

## 77. Sitzung

am Dienstag, dem 26. Januar 1993, 15.00 Uhr,  
in München

Geschäftliches . . . . . 5170

Geburtstagswünsche für die Abg. **Feneberg, Großer, Dr. Matschl, Gabsteiger, Schmitt** Hilmar und **Dr. Bittl** . . . . . 5170

Eintritt von Frau Abg. **Berg** in den Landtag . . . 5170

Aktuelle Stunde gem. § 75 GeschO auf Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN zum Thema: **MOX-Brennelemente-Einsatz in Bayern**

Frau Paulig (DIE GRÜNEN) . . . . . 5171, 5183  
Straßer (SPD) . . . . . 5171  
Großer (FDP) . . . . . 5172  
Welnhofer (CSU) . . . . . 5173  
Staatsminister Dr. Gauweiler . . . . . 5174  
Schindler (SPD) . . . . . 5180  
Beck (CSU) . . . . . 5181  
Kamm (DIE GRÜNEN) . . . . . 5182  
Kaul (CSU) . . . . . 5183

**Dringlichkeitsantrag** der Abg. Lödermann, Kamm, Paulig u. Frakt. DIE GRÜNEN betr. **Faire Gestaltung des Erörterungstermins im Genehmigungsverfahren für den Einsatz von plutoniumhaltigen MOX-Brennelementen in Gundremmingen** (Drs. 12/9172)

Beschlußempfehlungen des Landesentwicklungs- und des Wirtschaftsausschusses (Drs. 12/9338, 12/9672)

Kamm (DIE GRÜNEN) . . . . . 5184  
Schmid Georg (CSU) . . . . . 5186  
Großer (FDP) . . . . . 5186  
Schramm (DIE GRÜNEN) . . . . . 5186

Beschluß . . . . . 5187

**Gesetzentwurf** der Abg. Dr. Schmid Albert, Radermacher, Hering u. Frakt. SPD zur **Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes** (Drs. 12/9434)

**Gesetzentwurf** der Abg. Glück Alois, Dr. Schosser, Prof. Dr. Stockinger u.a. u. Frakt. CSU zur **Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes** (Drs. 12/9590)

Frau Radermacher (SPD) . . . . . 5187  
Dr. Schosser (CSU) . . . . . 5188

Beschluß . . . . . 5189

**Gesetzentwurf** der Staatsregierung zur **Änderung des Bayerischen Rundfunkgesetzes** (Drs. 12/9538)

Dr. Kaiser Heinz (SPD) . . . . . 5189  
Frhr. von Gumppenberg (FDP) . . . . . 5190  
Frhr. von Redwitz (CSU) . . . . . 5190  
Staatssekretär Böhm . . . . . 5190

Beschluß . . . . . 5191

**Gesetzentwurf** der Abg. Paulig, Kellner, Dr. Magerl u. Frakt. DIE GRÜNEN zur **Änderung der Bayerischen Bauordnung** (Drs. 12/9586)

Frau Kellner (DIE GRÜNEN) . . . . . 5192  
Kling (CSU) . . . . . 5192

Beschluß . . . . . 5193

**Gesetzentwurf** der Abg. Dr. Bittl, Neumeier, Rosenbauer Georg CSU zur **Änderung des Gesetzes über die Forstrechte** (Drs. 12/9443)

Beschluß . . . . . 5193

**Anträge**, die nicht einzeln beraten werden (Anlage)

Beschluß . . . . . 5193

**Antrag** der Abg. Hiersemann, Haas, Jungfer u. Frakt. SPD betr. **Vorlage eines Gesetzes zur Gleichstellung von Frauen und Männern im Verantwortungsbereich des Freistaates Bayern** (Drs. 12/2328)

Beschlußempfehlungen des Sozialpolitischen, des Dienstrechts-, des Wirtschafts-, des Kulturpolitischen, des Haushalts- und des Verfassungsausschusses (Drs. 12/6210, 12/6388, 12/6993, 12/8324, 12/8776, 12/9100)



Frau Haas (SPD), Berichterstatterin . . . . .	5193
Frau Haas (SPD) . . . . .	5193, 5196
Frau Deml (CSU) . . . . .	5195
Frau Bock (FDP) . . . . .	5195
Namentliche Abstimmung . . . . .	5196

**Antrag** der Abg. Radermacher, Narnhammer u. a. SPD betr. **Arbeitszeitverkürzung im Kindergarten** (Drs. 12/2735)

**Antrag** der Abg. Straßer, Narnhammer, Radermacher u. a. SPD betr. **Personalkostenzuschüsse nach dem Kindergartengesetz für staatlich anerkannte Kindergärten** (Drs. 12/3234)

**Antrag** der Abg. Radermacher, Narnhammer u. a. SPD betr. **Konsequenzen aus der Änderung der Durchführung des Vorpraktikums in der Erzieherinnenausbildung** (Drs. 12/3439)

und

**Antrag** der Abg. Hohlmeier, Fischer Anneliese, Prof. Dr. Stockinger u. a. CSU betr. **10 Stunden Verfügungszeit für Erzieherinnen und Erzieher an bayerischen Kindergärten** (Drs. 12/3990)

Beschlußempfehlungen des Kulturpolitischen, des Sozialpolitischen, des Dienstrechts-, des Verfassungs- und des Haushaltsausschusses (Drs. 12/4131, 12/4136, 12/4138, 12/4141; 12/4576, 12/4578, 12/4580, 12/4577; 12/5150, 12/5145, 12/5147, 12/5151; 12/5803, 12/5805, 12/5806, 12/5804; 12/8564, 12/8565, 12/8566, 12/8568)

Frau Narnhammer (SPD) . . . . .	5197
Frau Hohlmeier (CSU) . . . . .	5199
Frau Radermacher (SPD) . . . . .	5200
Brückner (DIE GRÜNEN) . . . . .	5200
Großer (FDP) . . . . .	5202
Frau Werner-Muggendorfer (SPD) . . . . .	5202
Beschluß . . . . .	5203

**Antrag** der Abg. Radermacher, Narnhammer u. a. SPD betr. **Berufsbegleitender Aufbaustudiengang zur Erlangung der Lehrbefähigung für das Lehramt an Schulen für Lernbehinderte** (Drs. 12/2938)

Beschlußempfehlungen des Kulturpolitischen, des Dienstrechts-, des Sozialpolitischen und des Haushaltsausschusses (Drs. 12/3697, 12/3912, 12/4755, 12/8953)

Irlinger (SPD) . . . . .	5203
Schluß der Sitzung . . . . .	5205

(Beginn der Sitzung: 15.04 Uhr)

**Präsident Dr. Vorndran:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 77. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Hörfunk und Fernsehen des Bayerischen Rundfunks, Bayerische Lokalsender sowie Pressefotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde, Ihre Zustimmung vorausgesetzt, erteilt.

Vor Eintritt in die neue Tagesordnung möchte ich noch einige Glückwünsche aussprechen.

Seinen 70. Geburtstag feierte am 25. Januar unser Kollege und Alterspräsident des Bayerischen Landtags, Josef **Feneberg**.

(Lebhafter Beifall)

Sein 65. Lebensjahr vollendete am 27. Dezember Herr Kollege Wolf-Dietrich **Großer**.

(Lebhafter Beifall)

Ebenfalls am 27. Dezember feierte Herr Kollege Dr. Gustav **Matschl** seinen 60. Geburtstag.

(Lebhafter Beifall)

Ihr 50. Lebensjahr vollendeten drei Kollegen: Am 23. Dezember Herr Kollege Günter **Gabsteiger**, am 28. Dezember Herr Kollege **Hilmar Schmitt** und am 6. Januar Herr Kollege Dr. Xaver **Bittl**.

(Beifall)

Im Namen des Hohen Hauses gratuliere ich allen Kollegen sehr herzlich. Ich wünsche Ihnen alles Gute, vor allem Gesundheit und Energie zur Bewältigung Ihrer parlamentarischen Arbeit.

Bevor ich in die Tagesordnung eintrete, darf ich die Nachfolgerin des Herrn Dr. Rolf **Seebauer**, Frau Irmilind **Berg**, recht herzlich in unserer Mitte begrüßen.

(Beifall)

Frau Kollegin, ich wünsche Ihnen viel Glück und Freude an Ihrer parlamentarischen Arbeit.

Nun rufe ich auf den Tagesordnungspunkt 1:

#### **Aktuelle Stunde**

Die Fraktion DIE GRÜNEN hat mit Schreiben vom 15. Januar 1993 eine Aktuelle Stunde beantragt zum Thema:

#### **MOX-Brennelemente-Einsatz in Bayern**

Die Dauer der Redezeit ist wie immer auf eine Stunde begrenzt. Die einzelnen Redner dürfen nicht länger als fünf Minuten sprechen. Wenn ein Mitglied der Staatsregierung in dieser seiner Eigenschaft das Wort nimmt, wird die Zeit seiner Rede nicht mitgerechnet.

Im unmittelbaren Zusammenhang mit der Aktuellen Stunde steht der Tagesordnungspunkt 83. Ich beabsichtige also, nach der Aktuellen Stunde den Tagesordnungspunkt 83 aufzurufen. Ich bitte Sie, dann auf mein Signal zu achten.

Die erste Rednerin ist Frau Paulig.

Frau **Paulig** (DIE GRÜNEN): Sehr geehrte Damen und Herren, Herr Präsident! Die sogenannte fachliche



(Frau Paulig [DIE GRÜNEN])

Erörterung zum MOX-Brennelemente-Einsatz unter Leitung des Umweltministeriums in der Schwabenhalle in Augsburg war eine Farce. Zwingend geboten ist es darum, hier und heute und sicher noch weiterhin die fachliche und politische Auseinandersetzung zu führen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit dem beantragten MOX-Brennelemente-Einsatz wird eine weitere Spirale in der hochriskanten Atomenergietechnologie angeheizt. Vergleichbar ist dies mit dem Flug eines Jet-Piloten über einer dichtbesiedelten Stadt, der trotz fehlender Landebahn und bei zu Ende gehendem Treibstoff damit beginnt, Loopings zu fliegen.

Die Atomenergienutzung ist bereits derzeit nicht verantwortbar. Mit dem Schritt, MOX-Brennelemente in Siedewasserreaktoren in weltweit einmaliger Premiere im Dauerbetrieb einzusetzen, wird allerdings eine neue Eskalation auf Kosten des Lebens der Menschen betrieben. Menschen werden durch den geplanten MOX-Einsatz zu Versuchskaninchen der Atommafia. Und dies, obwohl selbst RWE, zu 75 Prozent Mitbetreiberin Gundremmingens, im sogenannten Konsenspapier vom Dezember 1992 von einer nur noch begrenzten und übergangsweisen MOX-Brennelemente-Produktion spricht. Aber die Staatsregierung befleißigt sich vorausseilenden Gehorsams. Die Lobby der Bayernwerke läßt grüßen.

Die Durchführung des Erörterungstermins war Ausdruck der Verachtung kritischer Menschen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Einwenderinnen und Einwender wurden schikanösen Eingangsprozeduren unterworfen. Sie mußten Spalier laufen durch Containerburgen, als wären sie selbst und nicht die Atomkraftwerke das Sicherheitsrisiko. Die Ausstattung in der Halle mit Abstandsring zum Podium, mit festgeschraubten Tischen und Stühlen, mit versteckten Sicherheitskräften erinnerten an eine Prozeßführung im Sicherheitstrakt. Dies war schlichtweg der Versuch, Einwenderinnen und Einwender als gewaltbereites Risikopotential abzuqualifizieren und zu diffamieren. Und um davon keine anschaulichen Bilder zu bringen, wurden unter gröbster Beschneidung des Informationsrechts und der Pressefreiheit Fernsehen und Rundfunk ausgesperrt. So einfach macht man es sich hier in Bayern.

Einwendern oder Einwenderinnen beispielsweise, die ihre Einwände im gesamten vorbringen wollten, wurde unter Hinweis auf den laufenden Tagesordnungspunkt 1.1 das Mikrophon abgeschaltet. Ist es einer Mutter von drei Kindern zumutbar, ihre Bedenken während des gesamten Erörterungstermins unter den verschiedenen Gesichtspunkten einzubringen? Warum haben die einzelnen nicht durchgehend das Wort?

Wichtige Ergänzungen zur Tagesordnung, wie Wirtschaftlichkeit oder Sozialverträglichkeit, wurden ans Ende unter „Sonstiges“ verfrachtet. Der Antrag auf Akteneinsicht nach dem EG-Umweltinformations-

recht, seit dem 1. Januar 1993 rechtliche Grundlage hier in der Bundesrepublik, wurde abgelehnt. Eine UVP ist nicht durchgeführt worden. Hier wurde geltendes EG-Recht gebrochen. Die Klage bei der EG-Kommission in beiden Punkten ist logische und zwingende Konsequenz.

Die Verhandlungsführende in Person von Frau Böhm-Amtmann erwies sich als unfähig und unwillig, die inhaltlich-fachliche Debatte auf dem Erörterungstermin zu führen oder führen zu lassen.

(Widerspruch bei der CSU – Abg. Diethel:  
Das ist gelinde gesagt eine Frechheit! –  
Abg. Kaul: Die ist besser als ihr!)

Leider hat der Umweltminister sich geweigert, diese Sache selbst in die Hand zu nehmen. Er ist mehrfach von den Einwendern/Einwenderinnen gebeten worden, dort zu erscheinen. Er hat es aber nicht für nötig gehalten. So blieb die Frage unbeantwortet, ob dem Umweltministerium ein vertraulich zu handhabendes Gutachten des Bundesministeriums bekannt ist, das die sichere Steuerung beim MOX-Brennelemente-Einsatz in Frage stellt.

Nun weiter zum Inhalt: Wesentliche Isotopenberechnungen wurden nicht präsentiert. Der Anteil der verzögerten Neutronen wurde durchgängig fehlerhaft angegeben. Die Frage nach dem Rechenmodell bei der Bildung der schweren Transurane wurde nicht beantwortet. Das ist eine Frage, die zur Ermittlung des Störfallpotentials wichtig ist. Fragen zur Auswirkung auf die Gesundheit durch den Komplex der Plutoniumanlage wurden nicht beantwortet.

Statt dessen wurde, ohne den Einwenderinnen das Wort zu geben, nach vier Tagen der Erörterungstermin für beendet erklärt. Das war in der Tat der Höhepunkt staatlicher Verfahrenswillkür. Die Antragsteller wollen einen Persilschein. Die Staatsregierung hat ihn ausgestellt. Die politisch Verantwortlichen machen sich zu Handlangern für die Ewiggestrigen, und dies, obwohl die Antragsunterlagen völlig unzureichend waren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsident Dr. Vorndran:** Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Straßer.

**Straßer (SPD):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man über einen solchen Erörterungstermin redet, dann muß man auch sehen, in welche Kriterien diese Erörterung eingebuddelt ist. Ich sage bewußt „eingebuddelt“, und zwar deshalb, weil der Pressesprecher der Bayernwerke zu Beginn des letzten Jahres erklärt hatte: Wir können Plutonium nicht verbuddeln, wir haben riesige Entsorgungsnöte, und ohne die 40 000 Einwender wäre der Einsatz von MOX-Brennelementen schon längst genehmigt.

42 Tonnen Plutonium fallen bis 1999 an, nur 1,6 Tonnen können in Hanau jährlich verarbeitet werden. Das zeigt das eigentliche Problem, welches die Energiepolitik hat. Die Energiepolitik, die Kernkraft ist praktisch in der Sackgasse.



(Straßer [SPD])

Ein Zweites muß man noch betrachten, nämlich die Verträge zwischen den Energieunternehmen und Siemens. In der „Süddeutschen Zeitung“ war zu lesen, daß Siemens die Energieunternehmen knebelt; Konventionalstrafe ist angekündigt, wenn nicht entsorgt wird. Dies muß bei der Beurteilung des Erörterungstermins beachtet werden. Vor diesem Hintergrund nun ein paar Worte zum Erörterungstermin. Ich meine, der Staatsregierung und den Energieunternehmen ging es gar nicht darum, einen Erörterungstermin durchzuführen, sondern es sollte nur das durchgesetzt werden, was eigentlich schon längst durchgesetzt ist, nämlich der Einsatz von MOX-Brennelementen in den Kernkraftwerken. Das ist die Zielsetzung. Das Verfahren muß unter diesen Gesichtspunkten schon sehr kritisch betrachtet werden.

Nun einige Anmerkungen zu diesem Verfahren, zu dem Äußeren, zu dieser Hülse. Es ist doch unwahrscheinlich, daß Parteien wie CSU oder SPD in der Schwabenhalle immer wieder Parteitage und Veranstaltungen durchführen und den großen Parkplatz benutzen dürfen. Diejenigen, die berechtigt ihre Einwände gegen den Einsatz von MOX-Brennelementen vorbringen wollen, müssen weit weg, woanders parken. Das ist eine von vielen kleinen Schikanen, die angewendet wurden. Darüber hinaus muß man die Wagenburg betrachten, durch die die einzelnen gehen mußten. Wir Sozialdemokraten meinen, hier wurde eine Atmosphäre erzeugt, die von vornherein zum Ausdruck brachte, daß man es gar nicht so ernst meinte mit dem Verfahren, sondern daß man einfach sagte: Das Verfahren wird noch durchgezogen, aber viele Schikanen werden dazu beitragen, daß die Einwender behindert werden, ihre Einwände in ruhiger Atmosphäre vorzubringen.

Ein Drittes möchte ich als örtlicher Abgeordneter zu dem, was in Gundremmingen geschehen soll, sagen. Herr Staatsminister, was muten Sie dem Donautal noch alles zu? Im Donautal gibt es ein stillgelegtes Kernkraftwerk in Gundremmingen und ein Kernkraftwerk, das in Betrieb ist. Ein Kernkraftwerk ist geplant, und dazu ist ein Raumordnungsverfahren durchgeführt worden. Und nun sollen noch die MOX-Brennelemente in Gundremmingen eingesetzt werden, erstmals in einem Siedewasserreaktor. Und dann kommt Umweltminister Dr. Töpfer in das Donautal und erklärt, wie schön das Donautal ist. Ich meine, das Donautal darf nicht zu einer Versuchsregion der Energiewirtschaft werden.

(Beifall bei der SPD)

Sie, liebe Kollegen von der CSU, gebrauchen in letzter Zeit sehr oft den Begriff Mißbrauch. Wir Sozialdemokraten meinen, daß hier ein Verfahrensmißbrauch vorliegt, wenn man die gesamten Umstände wie Parkplätze, angeschraubte Stühle und Tische usw. betrachtet. Wir meinen, daß das auch ein Finanzmißbrauch ist, wenn man bedenkt, wie teuer MOX-Brennelemente kommen. Wir fordern auch: Keine Zustimmung zum Mißbrauch, keine Genehmigung für die MOX-Brennelemente in Gundremmingen!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Vorndran:** Herr Kollege Großer, Sie haben das Wort.

**Großer (FDP):** Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen! Durch die vorzeitige Beendigung der Augsburger Anhörung zum Einsatz von MOX-Brennelementen im Kernkraftwerk Gundremmingen am vergangenen Mittwoch erhält die heutige Aktuelle Stunde eine besondere Bedeutung. Sie war aber bereits vor der Anhörung beantragt worden und sollte sich deshalb auch nicht ausschließlich mit den Vorgängen bei der Anhörung, sondern vor allem mit der Frage des MOX-Brennelemente-Einsatzes befassen.

Der Antrag der RWE und der Bayernwerke, in Gundremmingen MOX-Brennelemente einzusetzen, erhält deshalb eine neue Dimension, weil bisher diese Brennelemente in Bayern nur in Druckwasserreaktoren eingesetzt waren und nun in Siedewasserreaktoren verwendet werden sollen. Siedewasserreaktoren, die praktisch veraltet sind und nicht mehr gebaut werden, haben durch den fehlenden Zwischenkreislauf einen geringeren Sicherheitsstandard als Druckwasserreaktoren. Das ist unter anderem die Ursache für die 40 000 Einwendungen, die gegen den Einsatz der MOX-Brennelemente in Gundremmingen vorgebracht wurden. Die Sicherheit ist bei MOX-Brennelementen geringer, da die Neutronen schneller sind und das den Reaktor umgebende Material früher verspröden lassen. Hinzu kommt, daß verzögerte Neutronen sich leichter regulieren lassen.

Der weitere Vorbehalt der 40 000 Einwender richtet sich gegen die Verwendung von MOX-Brennelementen überhaupt, da sie ein Weg der Wiederaufbereitung abgebrannter Brennelemente sind, der verarmlosend als Recycling umschrieben wird. Tatsache ist jedoch, daß die Herstellung von MOX-Brennelementen ein wesentlich teureres Verfahren ist als die Beschaffung von Uran-Brennstäben. Damit erfüllen die EVU den Auftrag des Energiewirtschaftsgesetzes nicht, preisgünstigen Strom zur Verfügung zu stellen. Es kommt hinzu, daß die Produktion von MOX-Brennelementen in Hanau derzeit gestoppt ist und daß in Belgien erzeugtes Material verwendet werden soll. Ob dies deutschen Standards entspricht, sollte auch im Rahmen der Anhörung geklärt werden. Weiterhin wird wiederum Plutonium erzeugt, dessen Endlagerung nicht gesichert ist.

Die FDP-Fraktion bedauert deshalb den vorzeitigen Abbruch der Anhörung. 40 000 Einwender werden dadurch ihrer Rechte beraubt und entfernen sich immer weiter vom Staat und seinen Organen. Das können Liberale nicht bedenkenlos zur Kenntnis nehmen. Es hat sich noch immer gezeigt, daß das Ausziehen als Ausdruck von Protest eine stumpfe Waffe ist. Sie gibt der Mehrheit, hier den staatlichen Organen und den Antragstellern, die Möglichkeit, ihre Auffassung ungehindert und unwidersprochen durchzusetzen.

Wenigstens einzelne Vertreter der Einwender hätten im Raum bleiben müssen, um den Abbruch der Anhörung zu verhindern; denn er gibt den Staatsorganen unberechtigterweise die Möglichkeit, in der Öffentlichkeit so zu tun, als hätten die Einwender ihr



(Großer [FDP])

Interesse an der Anhörung und der ernsthaften Erörterung ihrer Bedenken verloren.

Damit steigt aber auch die Verantwortung der Genehmigungsbehörde, die Fragen, die bei der Anhörung nicht geklärt werden konnten, nun besonders sachgerecht zu prüfen, um mit ihrer Entscheidung vor Gericht auch bestehen zu können.

Zu diesen offenen Fragen gehören erstens die Rechtmäßigkeit einzelner Teilerrichtungsgenehmigungen für das Kernkraftwerk Gundremmingen überhaupt, zweitens die Ergebnisse der angeblich in Bonn vorliegenden Gutachten über MOX-Brennelemente, drittens die Durchführung der von der EG vorgeschriebenen Umweltverträglichkeitsprüfung für den Einsatz von MOX-Brennelementen insbesondere in Siedewasserreaktoren und viertens die Auswirkungen des 1992 in Frankreich in Kraft getretenen Gesetzes über die sofortige Rücknahme aufbereiteter Brennelemente ohne weitere Zwischenlagerung in La Hague.

Für alle mit der Nutzung der Kernenergie befaßten Stellen wäre es wichtig, die Endlagerung abgebrannter Brennelemente voranzubringen und die Finger von der teuren und plutoniumerzeugenden Wiederaufbereitung zu lassen. Ob Gorleben oder Morsleben – die Endlagerung muß gelöst werden. Dazu braucht es den Konsens aller Verantwortung tragender Parteien.

Dieser Konsens wird gefährdet, wenn ohne Wenn und Aber der Einsatz der MOX-Brennelemente vorangetrieben wird. Bayern erweist sich und der Bundesrepublik keinen guten Dienst, wenn es hier besonders forsch die Muskeln spielen läßt.

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Dr. Vorndran:** Nächster Redner: Herr Abgeordneter Welnhöfer.

**Welnhöfer (CSU):** Herr Präsident, Hohes Haus! In MOX-Brennelementen wird Plutonium verarbeitet, das bei der Wiederaufarbeitung von Uran-Brennelementen anfällt. Nur wenn das Plutonium wiederverarbeitet wird, gilt der im Atomgesetz vorgeschriebene Nachweis der Entsorgung als erfüllt; das ergibt sich aus § 9a des Atomgesetzes. Ohne Nachweis der Entsorgung wird der Betrieb von Kernkraftwerken – nach gegenwärtiger Rechtslage jedenfalls – unter Umständen problematisch. Genau darum geht es auch den Kollegen, die die heutige Aktuelle Stunde beantragt haben. Sie wollen wieder einmal etwas als Hebel benutzen, um der friedlichen Nutzung der Kernenergie Lebewohl zu sagen.

(Abg. Kaul: Genau so ist es!)

Der Klimaschutz bleibt auf der Strecke.

(Abg. Dr. Fleischer: Heuchler!)

Meine Damen und Herren, mit der MOX-Technologie verfügen wir über ein erprobtes Verfahren zur Beseitigung von Plutonium durch Recycling.

(Frau Abg. Paulig: Wohin denn?)

Ich meine, wir sollten uns, nachdem wir uns international aus der Wiederaufarbeitungstechnologie und aus der Brütertechnologie abgemeldet haben, nicht auch noch aus der MOX-Technologie abmelden und als Folge davon alle damit verbundenen Nachteile in Kauf nehmen.

(Frau Abg. Paulig: Kein Land setzt MOX-Brennelemente in Siedewasserreaktoren ein!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der von mir schon erwähnte § 9a des Atomgesetzes ist 1976 in einem damals als besonders eilbedürftig bezeichneten Gesetzgebungsverfahren unter Bundeskanzler Schmidt, unter der sozialliberalen Koalition, nachträglich in das Atomgesetz aufgenommen worden.

(Frau Abg. Fischer: So ist es!)

Auch und besonders damals war die Verwendung von MOX-Brennelementen unwirtschaftlich und aus Gründen der Entsorgungssicherheit gesetzlich vorgeschrieben.

Nun zu einzelnen Argumenten der Vorredner. Wer ist ein Sicherheitsrisiko?

(Abg. Dr. Fleischer: Herr Welnhöfer!)

Natürlich gibt es unter den Personen, die gegen kerntechnische Anlagen demonstrieren, eine Menge Leute, die es ehrlich meinen und natürlich überhaupt kein Sicherheitsrisiko sind. Aber genauso sicher gibt es immer wieder einige – und nicht ganz wenige – ständig durch die Bundesrepublik Reisende, die sehr wohl ein Sicherheitsrisiko sind.

(Zustimmung bei der CSU)

Gegen diese „Handlungsreisenden“ muß Vorsorge getroffen werden.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Wer nichts zu befürchten hat, wird auch nichts dagegen haben, wenn Kontrollen durchgeführt werden. Schutzmaßnahmen müssen sein.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Der Verfahrensgang kann nicht nur von den Einwendern bestimmt werden. Funk und Fernsehen, die ich sehr schätze, meine Damen und Herren, sind auch bei einem Gerichtsverfahren nicht zugelassen. Ein förmliches Verwaltungsverfahren ist ein gerichtsähnliches Verfahren.

Zu der Forderung nach Erscheinen des Ministers: Ich hätte gerne gehört, wie reagiert worden wäre, wenn er erschienen wäre. Was wäre dann gesagt worden: Jetzt kommt der Politiker! Jetzt kommt die politische Einflußnahme! Jetzt läßt er die neutralen, unabhängigen Beamten, die dafür zuständig und berufen sind, nicht einmal mehr diese Angelegenheit erledigen.

(Abg. Diethei: Richtig!)

Sie nehmen es sich, wie Sie es brauchen. Egal, wie die Sache läuft, Sie finden Haare zuhauf in der Suppe, obwohl nichts zu beanstanden ist.

(Beifall bei der CSU)



(Weinhofer [CSU])

Die Nutzung der Kernenergie und der Umgang mit Plutonium sind prinzipiell verfassungsrechtlich zugelassen. Das wurde von der SPD-Bundestagsfraktion bestritten, die sich 1988 damit an das Bundesverfassungsgericht gewandt hat, welches leider noch nicht entschieden hat. Mit dieser grundsätzlichen verfassungsrechtlichen Zulassung ist zwangsläufig auch das Handling mit Plutonium verbunden, weil es naturgesetzlich in Kernkraftwerken anfällt; Sie wissen das.

Es gibt aber auch eine umfassende verfassungsrechtliche Pflicht zum Schutz des Lebens und der körperlichen Unversehrtheit. Dafür, daß dies realisiert wird, ist vom Gesetzgeber umfassend Vorsorge getroffen worden; ich kann dies wegen der Kürze der Zeit nicht detailliert darlegen. Im Einzelfall obliegt dieser Schutz den Behörden. Wenn der Landtag in ein förmliches Verwaltungsverfahren eingreifen würde, wäre das glatter Verfassungsbruch. Daß wir da nicht mitmachen, ist selbstverständlich.

Im übrigen hat das Umweltministerium alles Mögliche getan, um auch für die Einwander gute Bedingungen zu schaffen: von Verkehrsverbindungen bis hin zu einer Kinderspielecke und einer eigenen Halle für die technischen Vorrichtungen der Einwander. Was wollen Sie denn noch? Daß bei 40000 Einwander Zugangsregelungen nötig sind, ist doch selbstverständlich.

(Beifall bei der CSU)

**Präsident Dr. Vorndran:** Nun erteile ich das Wort dem Staatsminister für Landesentwicklung und Umweltfragen, Herrn Dr. Gauweiler.

**Staatsminister Dr. Gauweiler:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir reden heute einerseits über inhaltliche Fragen der Energiepolitik und der Energiewirtschaft, andererseits über die Frage, inwieweit Auflagen zur Durchführung eines sachgerechten Verfahrens nützlich, zweckmäßig und sinnvoll sind oder eine Schikane darstellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, leider stößt nicht nur bei atomrechtlichen Fragen, sondern genauso in der Abfallwirtschaft und in vielen anderen Bereichen die Eingriffsverwaltung des Staates auf den Protest von Betroffenen im weitesten Sinne. Es ist unvermeidlich, daß es bei den jeweiligen Anhörungen zu einer Fülle von Konfrontationen kommt. Wenn solche Anhörungen von beiden Seiten mit dem Willen geführt werden, nicht nur ein Sachgespräch zu führen, sondern die Möglichkeit zu eröffnen, Bedenken und Anregungen über ein bestimmtes Vorhaben zu sammeln, damit tatsächlich sachgerecht entschieden werden kann, so ist dies von allen Seiten nur zu begrüßen. Wenn aber berechtigte Reaktionen von Betroffenen ausschließlich dazu benutzt werden, um sie für die Verfolgung ideologischer Interessen nutzbar zu machen, widerspricht dies dem Sinne des rechtsstaatlichen Verfahrens.

(Beifall bei der CSU)

Wir – damit meine ich alle Umweltminister in allen deutschen Ländern – haben unsere einschlägigen Er-

fahrungen nicht nur aus dem Vollzug des Atomrechts. Das Genehmigungsverfahren zum Einsatz von MOX-Brennelementen im Kernkraftwerk Gundremmingen II im Landkreis Günzburg wird von den damit befaßten Beamtinnen und Beamten nach bestem Wissen und Gewissen durchgeführt. Insbesondere nach Durchführung der Anhörungsveranstaltung in Augsburg komme ich nicht umhin, hier als Umweltminister vor dem versammelten Bayerischen Landtag den befaßten Beamtinnen und Beamten meinen Dank und meine Anerkennung auszusprechen.

(Beifall bei der CSU)

Ich verzichte nur aus Zeitgründen auf einen Vortrag der Zumutungen, denen die Funktionsträger, die Ihnen allen verantwortlich sind, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, im Laufe dieser Verfahren, aber leider auch davor und danach bis in den privaten Bereich hinein ausgesetzt sind.

(Sehr richtig! bei der CSU)

Bei uns in der Politik, egal, ob wir schwarz, rot oder grün sind, gehört dies ja zum Alltag. Es ist aber verwerflich, zu versuchen, indem man auch Funktionsträger bis in ihren privatesten Bereich hinein Druck und Schikanen aussetzt, das Ergebnis eines solchen Verfahrens zu beeinflussen. Das machen wir nicht mit.

(Beifall bei der CSU)

Es ist dargetan worden, daß die Verfahrensordnungen strenger waren als bei der Anhörung in einem zum Festzelt umgewidmeten Anhörungsraum wie in Wackersdorf. Meine sehr verehrten Damen und Herren, in der Tat waren sie strenger. Die Störungen, die die Beamten damals in Wackersdorf haben über sich ergehen lassen, kann niemand in diesem Haus, egal, wie er zur Atomkraft steht, gutheißen.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin als Umweltminister nicht willens, meine Beamten diesen Zumutungen auszusetzen.

(Beifall bei der CSU)

Sie mögen mich dafür kritisieren, aber ich muß Ihnen sagen: Da sind Sie an den Falschen gekommen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Ich habe deswegen festgelegt, daß folgendes die goldene Regel des Erörterungstermins zu sein hat: die strikte Anwendung des Atomgesetzes und der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung. Diese Atomrechtliche Verfahrensverordnung ist nicht eine Böswilligkeit des bayerischen Umweltministers, sondern Bundesrecht und unter einer sozialdemokratischen Bundesregierung verabschiedet worden. Ich weise es zurück, daß Sie uns anlasten, daß wir genau diese Rechtsbestimmungen anwenden, in denen insbesondere die Fragen der Öffentlichkeit, etwa Zulassung des Fernsehens – bis hin zum Scheinwerferlicht und was alles dazugehört –, sehr detailliert geregelt sind.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Es ist heute hier vorgetragen worden – und dies ist auch in der Öffentlichkeit so gesagt worden –, daß



(Staatsminister Dr. Gauweiler)

dieses Verfahren deswegen beendet worden sei, weil die organisierten Einwender, angeführt von dem früheren Abgeordneten Weiß und einem Rechtsanwalt – – Wenn Herr Weiß und Frau Paulig einen Rechtsanwalt haben, der genau sieben Vollmachten von insgesamt 40 000 Einwendern vorgelegt hat, dann ist dieses Verfahren selbstverständlich nicht beendet. Deshalb hat die Genehmigungsstelle den Abbruchantrag, der von diesen Leuten gestellt worden ist, ausdrücklich abgelehnt. Das Gegenteil ist der Fall. Das Verfahren wird weitergeführt.

(Zuruf des Abg. Alois Glück)

Sie wollten es verhindern, und wir setzen es jetzt fort. Aber aus welchem Grunde die organisierten Einwender tatsächlich ausgezogen sind, ist ihnen offensichtlich selbst nicht klar.

(Zuruf der Frau Abg. Lödermann)

Der offizielle Abbruchantrag wurde mit der angeblichen Unvollständigkeit der ausgelegten Unterlagen begründet. Sie, Frau Paulig, teilen in der Öffentlichkeit mit – ich zitiere –, der Auszug sei angesichts der Provokationen der Verhandlungsleitung zwingend gewesen.

(Frau Abg. Paulig: Richtig!)

Wenn ich Sie richtig verstehe, sei dies ein bodenloses Verfahren, das Sie sich nicht gefallen lassen wollten. Deswegen seien Sie und der Rechtsanwalt Baumann ausgezogen.

(Abg. Spitzner: Der Rechtsanwalt Baumann!)

In Wahrheit, meine sehr verehrten Damen und Herren, zeigt eine Untersuchung vergleichbarer Verfahren, daß insbesondere der von mir gerade genannte Anwalt es offensichtlich zu seinem ständigen Repertoire zählt, aus einem Verfahren dann, wenn es ihm geeignet erscheint, auszuziehen. Das Umweltministerium von Rheinland-Pfalz – wir haben gute Kontakte dorthin, liebe Kollegen; Sie können sich gern erkundigen und es nachprüfen – teilt mir aus dem Protokoll des Erörterungstermins zum Müllheizkraftwerk Pirmasens, das ebenfalls gerade abgelaufen und wo der genannte Rechtsanwalt Baumann aufgetreten ist, folgendes Zitat von Herrn Baumann mit:

Ich darf Ihnen sagen, wir verlassen jetzt diesen Erörterungstermin. Für uns ist die Sache gelaufen in Anbetracht der mangelnden Unterlagen. Deswegen verlassen wir jetzt den Saal.

Ende des Zitats.

(Abg. Kaul: Hört, hört!)

Wenn Sie den Erörterungstermin für die Restmülldeponie Tiefenbach im Landkreis Neu-Ulm und ähnliches anschauen, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann werden Sie sehen, dies ist Taktik. In Wahrheit gehen diejenigen bedenkenlos mit den Einwendungen von 40 000 Menschen um, die immer

dann, wenn es für sie unangenehm wird, den Saal verlassen.

(Beifall bei der CSU)

Dies ist – das sage ich Ihnen als Rechtsanwalt – mit den Aufgaben der anwaltschaftlichen Standesordnung nicht vereinbar. Ich habe aus diesem Grunde verfügt, daß dieser Rechtsanwalt sich vor seiner eigenen Rechtsanwaltskammer und vor den zuständigen ehrengerichtlichen Instanzen dafür zu verantworten hat.

(Sehr richtig! bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe dies verfügt, weil ich als zuständiger Minister für dieses Verfahren eine entsprechende Erklärung bei der entsprechenden Rechtsanwaltskammer angegeben habe, die die dafür notwendigen Ermittlungen einleiten wird. Ich bin selbstverständlich gern bereit, Ihnen am Ende dieses Verfahrens wieder darüber zu berichten.

Nur eines kann nicht sein: Auf der einen Seite voller Gefühl vor der Bevölkerung hinzutreten und zu sagen, hier gehe es um Leben und Gesundheit von Hunderttausenden von Menschen, und dann leichtfertig den Abbruch einer Anhörung, wo genau das Für und Wider des entsprechenden atomrechtlichen Gegenstandes diskutiert wird, herbeizuführen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies kann nicht in Frage kommen.

(Beifall bei der CSU)

Dieser vordergründigen Taktik – das müssen Sie verstehen, Frau Paulig – leiste ich keinen Vorschub. Ich werde zum Thema Akteneinsichtsrecht noch etwas sagen. Wie leichtfertig mit den Interessen der Bürger umgegangen wird,

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

zeigt folgendes Beispiel: In Anwesenheit des Bürgermeisters der Landeshauptstadt München hat der von Oberbürgermeister Kronawitter bestellte Sachbeistand der Landeshauptstadt erklärt, er werde zu verschiedenen Tagesordnungspunkten im Laufe der Anhörung argumentieren, z. B. zur SWR-Problematik, zu Problemen des Normalbetriebs, zum Kühlkreislauf und zur Störfallfreisetzung. Sie haben es selber auch hören können. Der Sachbeistand der Landeshauptstadt München hat sich aber zusammen mit den organisierten Einwendern zurückgezogen, ist beim Aufruf der entsprechenden Themata überhaupt nicht mehr erschienen, obwohl zuvor erklärt worden ist, daß auch für die Landeshauptstadt München die Behandlung dieser Einwendung existentiell sei. Ich halte dies für kein korrektes Verhalten.

Die organisierten Einwender haben versucht, den atomrechtlichen Erörterungstermin mit den EG-Richtlinien zur Umweltverträglichkeitsprüfung und zum freien Zugang zu Informationen über die Umwelt anzuhebeln. Der Einwand hinsichtlich der Akteneinsicht ist hier in Zwischenrufen wiederholt worden.



(Staatsminister Dr. Gauweiler)

Selbstverständlich ist genau dieses Thema von uns insbesondere im Hinblick auf die Ergebnisse der Ratsgipfel von Lissabon und Edinburgh ausführlich überprüft worden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich muß, weil Frau Paulig mehrfach von Schikanen und der Beeinträchtigung unmittelbarer Rechte der Einwender durch kleinliches Auftreten der Genehmigungsbehörde und ihrer Beamten gesprochen hat, auf folgendes hinweisen: Offensichtlich hat man es bei diesen Beschwerden mit der Wahrheit nicht so genau genommen. Dies belegen z. B. ein Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN in diesem Haus und eine entsprechende Einwendung des sogenannten Einwenderbüros.

Es war so, daß die betreffenden Einwender längst informiert waren, daß ihnen – obwohl man, das wissen Sie, gar nicht dazu verpflichtet gewesen wäre – zusätzliche Logistik für Einwenderbüros und ähnliches mehr von uns zur Verfügung gestellt worden ist. Zum gleichen Zeitpunkt hat man hier im Bayerischen Landtag hochdramatische Anträge eingereicht, mit denen genau dieses erzielt werden sollte. Welchen Eindruck man damit zu erwecken versucht hat, liegt auf der Hand. Im Umwelt- und im Wirtschaftsausschuß hat mein Haus die tatsächlichen Abläufe dargelegt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte auch auf eine Entgleisung besonderer Art hinweisen. Ein Vertreter der GRÜNEN hat erklärt, unerträglich sei der Einsatz von sächsischen Mitarbeitern des in Augsburg herangezogenen privaten Sicherheitsdienstes. Tatsächlich gemeint war der Einsatz des Wach- und Schließdienstes, der vielleicht Karten abgerissen oder ähnliches gemacht hat.

Ein weiteres Zitat: „Man kann sich denken, woher diese sich rekrutieren.“ In der Presse war dann der Stasi-Hinweis nicht zu übersehen. Ausgerechnet von dieser Seite ist die Verhandlungsleitung aufgefordert worden, die sächsisch sprechenden Mitarbeiter der Wach- und Schließgesellschaft vom Verfassungsschutz überprüfen zu lassen. Das ausgerechnet von der gleichen politischen Richtung, die noch vor wenigen Jahren gemeinsam mit der Deutschen Kommunistischen Partei vor unseren Atomkraftwerken demonstriert hat! Heuchlerischer und unehrlicher kann es wohl überhaupt nicht mehr sein.

(Beifall bei der CSU – Abg. Kamm: Sie sagen die Unwahrheit!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Rechnung – Herr Kamm, ich freue mich, daß Sie in diesem Hause die Sprache wiedergefunden haben – der organisierten Einwender ging nicht auf. Ihre bisherige Vorgehensweise liegt fest. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ hat vor wenigen Tagen zutreffend geschrieben: „Kerntechnischer Sachverstand und die Lehre des Alls bei der Atomanhörung in Augsburg.“

Ich möchte auch Ihren Vorwurf, Frau Paulig, nicht stehen lassen, wir hätten uns der einzelnen Themen zu spät oder allgemein nicht angenommen. Die Ver-

handlungsleitung hat in Augsburg jedes Thema, das von der Einwender-Seite als Diskussionsgegenstand des Erörterungstermins genannt worden ist, entgegengenommen. Ich sage dies ohne Wertung. Ich nenne z. B. die Frage der Vorsorge für den Fall, daß die kollektive Bedienungsmannschaft wegen Salmonellose ausfallen würde, die Frage nach eventuellen Computerfehlern oder die Frage der langfristigen Verfügbarkeit von Plutonium für die Fertigung von MOX-Brennelementen. Aus Rechtsgründen wurden sie im Zusammenhang mit den Genehmigungsvoraussetzungen des § 7 des Atomgesetzes aufgerufen.

Sie sagen, wir hätten als Genehmigungsbehörde diese Einwände ganz am Schluß unter „Sonstiges“ eingereiht, um die von Ihnen sonst als wichtig bezeichneten Fragen des Verfahrens und der Lieferung von Brennelementen aus Belgien zu behandeln. Tatsächlich haben wir uns bereit erklärt, die anderen Themen vorher abzuhandeln. Interessant ist, daß diese Fragen, z. B. das Thema der Fertigungskapazitäten im Werk Dessel der Comco oder im Werk Hannau der Firma Siemens AG, wie sich jeder erinnern kann, hier in zahllosen Anträgen, Dringlichkeitsanträgen und Anfragen immer wieder als ganz entscheidend dargestellt worden sind. Als sie in Augsburg aufgerufen wurden und als man dann die Möglichkeit gehabt hätte, unangenehme Fragen zu stellen, ist dies vor leeren Stühlen erfolgt.

(Beifall bei der CSU)

Wer nur auf Provokation setzt, braucht sich nicht zu wundern, wenn die ernsthafte Erörterung zu kurz kommt. Man möchte hier wirklich den Kernenergiegegnern für ihre wichtigen Fragen manchmal andere und ernsthaftere bevollmächtigte Vertreter wünschen.

(Frau Abg. Paulig: Wechseln Sie halt die Seiten!)

– Ja, dann würde es anders laufen, das kann ich Ihnen sagen.

Die Fraktion der SPD hat einen Antrag angekündigt, wonach die Staatsregierung ein Konzept für derartige Anhörungsverfahren vorlegen soll. Die Staatsregierung müsse hier noch einmal die Spielregeln im einzelnen darlegen. Herr Fraktionsvorsitzender, ich habe vor Ihrer Ankunft darauf hingewiesen, daß die Spielregeln sehr klar in der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung festgeschrieben sind. Ich weiß nicht, ob Sie damals noch der Bundesregierung angehört haben, als diese in den siebziger Jahren verabschiedet worden sind. Unsere „Schuld“ liegt darin, daß wir diesmal mit der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung ernst gemacht haben. Wir haben gehofft, wenn wir schon nicht die GRÜNEN davon überzeugen können, daß wenigstens die Sozialdemokraten dabei auf unserer Seite stehen, zumal Ihre Beziehungen zur RWE, die ja die Hauptantragstellerin bei diesem Verfahren war, möglicherweise, mit aller Vorsicht gesagt, etwas enger sind als diejenigen der Bayerischen Staatsregierung.

(Beifall bei der CSU)

Bayern hat – man muß dies immer wieder sagen, obwohl es eigentlich Allgemeingut ist – keine Befugnis



(Staatsminister Dr. Gauweiler)

und keine Kompetenz, die Atomrechtliche Verfahrensverordnung des Bundes zu ändern. Ein Antrag dieses Inhalts kann von diesem Hause nur abgelehnt werden.

Meine Damen und Herren, ein neues Konzept sollten sich die Einwender überlegen, insbesondere wenn sie wollen, daß ihre fachlichen Einwendungen ernsthaft und intensiv geprüft werden, statt derart naiv aufzutreten, wie wir es immer wieder erleben müssen.

Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich hier Ihre Zeit beanspruche, aber ich muß auch etwas zu den Beschwerden zum Ablauf des Genehmigungsverfahrens sagen, die hier vorgetragen worden sind: überhastet, überstürzt und ähnliches mehr. Die Antragsteller im anhängigen atomrechtlichen Genehmigungsverfahren haben vor vier Jahren eine atomrechtliche Genehmigung zum Einsatz von MOX-Brennelementen beantragt. Der Einsatz dieser Elemente soll den bisher genehmigten Einsatz von Uranoxidbrennelementen ergänzen. Auf Wunsch des Bundesministers für Reaktorsicherheit hat das StMLU im September 1990 die Entscheidung getroffen, noch durch meinen verehrten Herrn Amtsvorgänger, am Genehmigungsverfahren die Öffentlichkeit zu beteiligen, obwohl – und auch dies ist unbetritten – die Frage, ob diese Beteiligung bei solchen Ergänzungsverfahren rechtlich zwingend ist, außerordentlich kontrovers beurteilt wird.

Dieses Vorhaben ist, nachdem die für die Auslegung erforderlichen Unterlagen vollständig vorlagen, am 11. Februar letzten Jahres von uns öffentlich bekanntgemacht worden. Wir haben einen Erörterungstermin anberaumt, und wir haben, nachdem 40 000 Einwendungen erhoben worden sind, wegen der hohen Zahl der Einwender einen anderen als den ursprünglich vorgesehenen Erörterungsort gewählt.

Sie wissen, daß uns in der Zwischenzeit wegen Problemen mit der Fertigung der zum Einsatz vorgesehenen MOX-Brennelemente in Hanau ernsthafte Zweifel gekommen sind, ob die beantragte Menge an Brennelementen überhaupt zur Verfügung steht. Aus diesem Grunde habe ich festgelegt, daß das Verfahren so lange zu unterbrechen ist, und zwar wegen Zweifeln am Verfahrensinteresse, bis der Nachweis erbracht wird, daß zumindest die notwendige Zahl von Brennelementstäben zum Einsatz gebracht werden kann.

Mitte 1992 haben die Antragsteller dem StMLU mitgeteilt, daß für die Fertigung gleichwertiger MOX-Brennelemente nunmehr in Belgien eine ausreichende Fertigungskapazität zur Verfügung stehe. Erst nachdem wir diese Angaben neuerlich überprüft hatten, haben wir das Verfahren weitergeführt.

Wir haben dann im Herbst dieses Jahres öffentlich bekanntgegeben, daß wir den Erörterungstermin durchführen, und dies nach Rücksprache mit einem wichtigen Einwender, dem Bund Naturschutz, der gebeten hatte, dies nicht schon im Dezember zu machen, sondern, um eine ausreichende Vorbereitungszeit zu haben, erst im Januar. Ich habe festgelegt,

daß dies selbstverständlich erst im Januar geschieht. Als ausreichend großes Versammlungslokal – ein größeres haben wir leider nicht – sollte die Schwabenhalle mit über 4000 Plätzen zur Verfügung gestellt werden.

Hinsichtlich der Akteneinsicht, die heute ebenfalls wieder angesprochen worden ist, sind Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, heute wieder nur mit der halben Wahrheit bedient worden: Das Ministerium habe wenige Tage zuvor die Akteneinsicht abgelehnt. In Wahrheit haben bereits im August 1991 Herr Weiß und Herr Rechtsanwalt Baumann auf ihren Antrag hin Akteneinsicht erhalten.

(Frau Abg. Paulig: Das war am 21. 8.!) )

Herr Abgeordneter Kamm, der Einwender ist, hat im September 1991 ebenfalls Akteneinsicht erhalten, und zwar nicht kurz, sondern genau sechseinhalb Stunden lang – ich habe mich erkundigt. Er hatte die Möglichkeit, zu dieser Akteneinsicht nicht nur einen Sachbeistand mitzubringen, sondern er hat sogar sieben Sachbeistände mitgebracht, darunter auch Herrn Seiler, der jetzt als Sachbeistand der Landeshauptstadt München auftritt. Die Landeshauptstadt München hat darüber hinaus im abgelaufenen Jahr nochmals gesondert Akteneinsicht erhalten, und sämtliche Antragsteller haben auf ihren Wunsch hin Ablichtungen von den Aktenstücken erhalten.

Vor kurzem, wenige Tage vor Beginn des Erörterungstermins, haben wir die Akteneinsicht aber abgelehnt. Diese Ablehnung war auf eine einschlägige Rechtsgrundlage gestützt. Das Ministerium hatte darauf hingewiesen, daß sich seit der letzten Akteneinsicht der Bestand der Akten nicht wesentlich verändert hat. In einem Fall haben wir sieben Vollmachten vorgelegt bekommen. Sie verwechseln sich permanent mit der Gesamtheit der 40 000 Einwender und setzen sich mit ihnen gleich. In solchen typisierten Massenverfahren – nicht nur die Juristen wissen, wovon ich rede – hat die Behörde natürlich vom Gleichbehandlungsgrundsatz auszugehen. Das hieße, daß wir wenige Tage vor der Erörterung den 40 000 Einwendern in ihrer Gesamtheit nochmals eine zusätzliche Akteneinsicht gewähren sollten. Das hat das Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen ausführlich und detailliert den einzelnen Antragstellern im Einzelfall mitgeteilt.

Hinsichtlich der Organisation und des Ablaufs des atomrechtlichen Erörterungstermins ist richtig, daß ich entschieden habe, daß die Leitung des Erörterungstermins diesmal bewußt mit Juristen besetzt wird. Die Leiterin dieses Erörterungstermins, die von Ihnen genannte Leitende Ministerialrätin Böhm-Amtmann, hat sich dieser Pflicht in hervorragender Weise unterzogen. Auch ihr gebührt der Dank dieses Hauses.

(Beifall bei der CSU)

Sie hat es nicht verdient, von Ihnen in dieser Weise heruntergemacht zu werden. Stellvertretender Leiter des Erörterungstermins war ein Techniker.

Neben weiteren Angehörigen der Genehmigungsbehörde nahmen auf der Behördenseite aus dem Ge-



(Staatsminister Dr. Gauweiler)

schäftsbereich des Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen Vertreter der Bayerischen Landesanstalt für Wasserforschung und des Bayerischen Landesamtes für Umweltschutz im Hinblick auf ihre gutachtliche und aufsichtliche Zuständigkeit für wasserökologische Verfahren und für Fragen des allgemeinen Strahlenschutzes teil. Im Hinblick auf eine gesonderte wasserrechtliche Zuständigkeit nahm ferner das Bayerische Landesamt für Wasserwirtschaft aus dem Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern teil. Beim Termin anwesend war ferner ein Vertreter des Technischen Überwachungsvereins Bayern-Sachsen, der als Sachverständiger im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren tätig war. Im Hinblick auf die Bundesauftragsverwaltung – ich sage es noch mal, wir vollziehen hier Bundesrecht – war ein Vertreter des Bundesministeriums für Reaktorsicherheit beim Erörterungstermin anwesend. Ich weiß nicht, was es hier zu kritisieren gibt. Wenn diese Vertreter nicht dagewesen wären, hätte man dies als Achtlosigkeit und mangelnde Beachtung des Erörterungstermins wiederum laut kritisiert.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Die einschlägigen Rechtsvorschriften des Erörterungstermins lese ich jetzt nicht vor. Sie sind allgemein bekannt und sollten hier Gemeingut sein, auch wenn hier immer wieder Zweifel auftauchen.

Ich muß auch etwas zu der Behauptung sagen, der Termin sei nicht öffentlich gewesen. Nichtöffentlichkeit in der Schwabenhalle ist an sich schon ein Widerspruch in sich. Sie sagen, die Zugangskontrolle sei martialisch gestaltet gewesen und viele Einwender seien schon durch die Art und Weise der Eingangskontrollen an einer Teilnahme gehindert worden. Diese Vorwürfe sind auch ausführlich verbreitet worden. Auch hier dient zur Wahrheitsfindung ein Blick ins Gesetz. § 12 Absatz 1 Satz 1 der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung legt fest, daß der atomrechtliche Erörterungstermin nichtöffentlich ist. So steht es in der Vorschrift, meine sehr verehrten Damen und Herren! Deshalb sind Einlaßkontrollen vorgenommen worden, was übrigens in der öffentlichen Bekanntmachung den Einwendern und auch allen Verbänden vorher angekündigt worden ist.

Unter dem Aspekt, daß 40 000 Bürgerinnen und Bürger berechtigt sind, an der Erörterung teilzunehmen, von einem Ausschluß der Öffentlichkeit zu reden, ist begrifflich schon sehr kühn. Vielmehr will der Gesetzgeber, daß vor allem der Personenkreis, der Einwendungen vorgetragen hat, bei der Erörterung der Einwendungen auch anwesend sein kann, aber keine Demonstranten. Das ist Sinn dieses Verfahrens. Es gibt eine Fülle von Möglichkeiten, die allgemeine Unzufriedenheit zu manifestieren. Wenn ich auf der einen Seite in einer Fülle von offenen Briefen ermahnt werde, dafür zu sorgen, daß die 40 000 „EinwenderInnen“ ausreichend Platz finden, Sie sich aber hinterher beschweren, daß wir auch dafür sorgen, daß die Einwender bevorrechtigt zum Termin kommen können, zeigt dies, wie hier nur um des Herunterma-

chens willen Vorwürfe an den Haaren herbeigezogen werden.

(Beifall bei der CSU)

Dafür, den Einwenderstatus zu erlangen, stellt die Rechtsordnung keine unüberwindbaren Hindernisse auf. Zur Wahrung der staatsbürgerlichen Rechte hätte es bereits ausgereicht, wenn sich jemand der fürchterlichen Mühe unterzogen hätte, innerhalb der Auslegungsfrist eine Postkarte mit entsprechenden Einwendungen an das Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen zu senden.

(Frau Abg. Fischer: Das ist schon sehr schwierig!)

Wenn es schon „um Leben und Tod“ geht, könnte eine Postkarte vielleicht noch zumutbar sein.

Zu den „Pannen und Schikanen“ bei der Eingangskontrolle ist klarzustellen, daß diese Eingangskontrolle perfekt funktioniert hat.

(Abg. Dr. Fleischer: Der Gauweiler is grad no neikumma! – Frau Abg. Paulig: Der Strom ist ausgefallen!)

Entgegen den Darstellungen von Ihrer Seite standen zum Zeitpunkt des Beginns der Erörterung am 14. Januar um 10.00 Uhr – jetzt zitiere ich Sie einmal selber – nicht Hunderte, sondern 20 bis 30 Personen an der Eingangskontrolle. Diese Personen konnten nur deshalb nicht bis zum Beginn der Verhandlung in das Erörterungslokal gelangen, weil sie nicht zum Zutritt berechtigt waren, weil sie eben keine Einwender waren. Sie waren nicht einmal angemeldet. Die Betreffenden, die sie abgewiesen haben, haben nicht unrecht getan, sondern nach Recht und Gesetz gehandelt und verdienen es, daß sie der Bayerische Landtag unterstützt und nicht versucht, sie in aller Öffentlichkeit herunterzumachen.

Ich erinnere an dieser Stelle auch daran, daß in der öffentlichen Bekanntmachung – das haben Sie auch nicht gesagt – ausdrücklich auf die Möglichkeit hingewiesen worden ist, daß beim Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen vorab ein Einlaßausweis beantragt werden kann, um jede Wartezeit zu vermeiden. Wir haben über 30 Stellen eingerichtet, um ja keine Schlange zu bekommen und über 50 Leute hingeschickt, um möglichst schnell bedienen zu können. Von dem Angebot, vorab eine Einlaßkarte zu beantragen, haben von 40 000 Einwendern genau 21 Gebrauch gemacht.

Was die Zulassung von Medien betrifft, ist am Anfang sogar verbreitet worden, wir hätten unterbinden wollen, daß die Presse an dieser Erörterung teilnimmt. Das Gegenteil ist der Fall. Es war im höchsten Interesse der Genehmigungsbehörde, daß die Presse ausreichend Zutritt hatte und sich ein umfassendes Bild über die Qualität und Seriosität von Einwendungen machen konnte. Nach der deutschen Rechtsordnung ist es aber verboten, in öffentlichen Gerichtsverhandlungen Filmaufnahmen zu machen. Dieses Verbot hat allgemeine Gründe, die vor allen Dingen auch im Persönlichkeitsrecht zu suchen sind. Falls auch nur ein einzelner Einwender oder Antragsteller



(Staatsminister Dr. Gauweiler)

der Zulassung von Film- bzw. Tonaufnahmen widersprochen hätte – auch dieses ist zulässig, da gibt es einschlägige Erfahrungen –, hätte dies zwingend zur Folge gehabt, entsprechende Räumungen durchzuführen.

(Frau Abg. Fischer: Das hätte ich auch erleben mögen!)

Nachdem ein ständiges Kommen und Gehen im Verhandlungssaal war und bei 4000 Plätzen damit auch zu rechnen war, hat die Verhandlungsleitung von Anfang an erklärt: Presse selbstverständlich ja, Filmaufnahmen bitte nur am Anfang. Auch diese Maßnahme war richtig, und ich stehe ausdrücklich hinter ihr, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Über die Reihenfolge der Tagesordnung habe ich schon etwas gesagt. War sie nun willkürlich zusammengesetzt, um möglicherweise die brisanten Themen in den Hintergrund zu schieben? Die gesamte Tagesordnung ist bereits in der öffentlichen Bekanntmachung mitgeteilt worden. Es hat also bewußt jeder die Möglichkeit bekommen, sich sehr detailliert auf die einzelnen Themen einzurichten. Sie wissen auch, daß wir uns bei der Tagesordnung genau an den Einwendungen orientiert haben.

Welches waren denn die Themen, die die Tagesordnung bestimmt haben? Reaktorregelung – von Ihnen selbst als zentrales Thema angesprochen –, zweitens Anlagentechnik, drittens Brennelemente-Handhabung und -Lagerung – von Ihnen im entsprechenden Ausschuß des Bayerischen Landtags als ganz dramatisch, ganz wichtig bezeichnet –, viertens radioaktive Stoffe, fünftens Zuverlässigkeit der Betreiber – was ist dazu hier schon alles erklärt worden! –, sechstens Entsorgung der MOX-Brennelemente und siebtens alles Weitere, was noch zusätzlich eingebracht werden konnte. Wir haben sogar angeboten, daß wir die Einwendungen, die von uns von Amts wegen abgefragt werden sollten, als allerletzten Punkt behandeln.

Im Interesse der Übersichtlichkeit – normalerweise muß man bei einer solchen Anhörung nicht nur mit Tagen, sondern mit Wochen rechnen – der zu erörternden Themen und damit der Termingestaltung für die Einwender sind die Einwendungen zusätzlich nach Themenblöcken untergliedert worden. Uns ist erklärt worden, wir sollten uns auf eine lange Einwendungsdauer, eine lange Anhörungsdauer einrichten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben dies ernstgenommen. Eine solche Tagesordnung ist kein Selbstzweck, sondern sie dient gerade dazu, daß dem Sinn eines Erörterungstermins entsprochen werden kann.

Natürlich legt dies auch ganz bestimmte Mitwirkungslasten auf. Ich darf nur ganz kurz, Herr Präsident, die Beanstandungen, mit denen ich selber konfrontiert worden bin, nennen, und jeder hier soll sich sein Bild darüber machen, ob diese Art des Vortrags dem entspricht, was man von einem „Thema auf Leben und Tod“, wie es immer heißt, erwartet.

Erstens wurde beanstandet, daß die Zahl der Mikrophone im Saal nicht ausreichend sei. Tatsache ist, daß im Saal 80 Mikrophone installiert waren, von den Einwendern wurden aber nur fünf Mikrophone benutzt.

Zweitens: Von dem Fachanwalt für Verwaltungsrecht ist gerügt worden, daß die Stühle in der Halle an einer Spanplatte fest auf dem Boden der Halle verschraubt waren. Eine Reihe von Kommentatoren hat sich ja mit diesem „gewichtigen“ Thema auseinandergesetzt. Dies war keine Schikane der Verhandlungsleitung, sondern die Art der Bestuhlung ist von der Versammlungsstättenverordnung vorgeschrieben. Nur zum Vergleich möchte ich, was das Anschrauben von Stühlen betrifft, sagen: Derselbe Anwalt hat beim Erörterungstermin für die Anlage Wackersdorf im Sommer 1988 – ich zitiere aus dem Tonbandprotokoll des fünften Tages, Seite 54 – „lautstark kritisiert, daß die Stuhlreihen im Saal nicht untereinander und an den Enden der Stuhlreihen mit dem Fußboden verankert waren“.

(Abg. Kaul: Das gibt's doch nicht!)

In Wackersdorf ist also damals genau das Gegenteil vorgetragen worden. Gibt es noch eine blamablere Form, als in dieser Art und Weise ein so ernsthaftes und wichtiges Verfahren zu überziehen?

Des weiteren ist gerügt worden – großartiges Thema! –, daß die erwähnte Spanplatte giftiges Formaldehyd abgibt, und es ist die Vorlage eines Prüfzeugnisses verlangt worden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Platten haben den gesetzlichen Vorschriften entsprochen und sind auch von den zuständigen kommunalen Ordnungsbehörden überprüft worden.

(Frau Abg. Paulig: Aber gestunken haben sie ganz erheblich!)

– Das muß nicht die Platte gewesen sein.

(Frau Abg. Paulig: Das war die Platte!)

Weiterhin wurde beanstandet, daß die Fluchtwege nicht den einschlägigen Vorschriften entsprächen, obwohl das alles von der Ordnungsbehörde geprüft wurde. Darüber setzt man sich nun endlos auseinander. Ich kann nur hoffen – ich sage es noch einmal –, daß gerade angesichts der Schwere der Einwendungen mit etwas mehr Ernst und Seriosität diese Einwendungen dort, wohin sie gehören, in der öffentlichen Anhörung, vorgetragen werden.

(Beifall bei der CSU)

Aus Zeitgründen – Sie wissen ja selber, Herr Abgeordneter, daß man angesichts dessen, was alles vorgetragen worden ist, seine Schwierigkeiten hat – möchte ich nur noch etwas zum Auszug der Einwender und zum weiteren Verfahrensablauf sagen.

(Zuruf der Frau Abg. Paulig)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit dem Auszug der organisierten Einwender am Nachmittag des dritten Verhandlungstages haben diese vom Erörterungsangebot der Genehmigungsbehörde kei-



(Staatsminister Dr. Gauweiler)

nen weiteren Gebrauch gemacht. Diesen Umstand hat die Genehmigungsbehörde nicht zu vertreten.

(Frau Abg. Würdinger: Sehr richtig!)

Die Verhandlungsleitung hat sich im Zuge des Erörterungstermins immer wieder und ausdrücklich an diejenigen Einwenderinnen und Einwender im Saal gewandt, die nicht durch das organisierte Bündnis vertreten waren. Im Hinblick auf die Tatsache, daß über 40 000 Einwendungen vorlagen, war diese Vorgehensweise auch geboten.

Die Verhandlungsleitung hat am vierten Tag des Erörterungstermins nach Beendigung des Tagesordnungspunktes 6 festgestellt, daß alle Einwendungen, die schriftlich eingegangen waren und die für die Prüfung der Genehmigungsvoraussetzung von Bedeutung sein können, mit den Antragstellern und den Einwendern erörtert worden sind. Des weiteren hat die Verhandlungsleitung festgestellt, daß darüber hinausgehende Themen, die beispielsweise auf Grund von Wortmeldungen der Einwender eingebracht wurden, im Rahmen dieses schon genannten nächsten Tagesordnungspunktes behandelt worden waren.

Als abschließendes Ergebnis bleibt festzuhalten, daß der Erörterungstermin im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren entsprechend den Bestimmungen des Gesetzes ordnungsgemäß durchgeführt und auch ordnungsgemäß abgeschlossen worden ist. Über das Ergebnis des Verfahrens in seiner Gesamtheit kann und werde ich Ihnen hier keine Auskünfte geben, denn dieses Verfahren läuft jetzt weiter.

Unabhängig davon ist aber, weil immer wieder die Frage der politischen Wertung dieses Einsatzes gestellt wird, darauf hinzuweisen, daß jenseits der verfahrensordnungsrechtlichen Bestimmungen, die diese Debatte bestimmen, nunmehr die Frage sein wird, ob der angebotene Konsens in der Energiepolitik, wie ihn jetzt der niedersächsische Ministerpräsident Schröder in die öffentliche Debatte eingebracht hat, ernstgemeint ist. Der Brief, den Herr Schröder an den Herrn Bundeskanzler gerichtet hat, bringt zum Ausdruck, daß er persönlich jedenfalls die Forderung seiner Partei auf dem Parteitag von Nürnberg im Jahr 1986, daß man bis 1996 aus der Kernenergie auszuweichen habe, so nicht mehr aufrechterhält. Er schreibt von einem „geordneten Auslaufen“ – das ist ja das Gegenteil von Abschalten – „der heute genutzten Kernkraftwerke“. Darüber hinaus hat sich dieser Ministerpräsident, der, wenn ich richtig informiert bin, ein rotgrünes Bündnis leitet, deutlich dafür ausgesprochen, daß die Mittel für die Forschung auf dem Gebiet der Kernenergie nicht gänzlich gestrichen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die bayerische SPD hat sich unmittelbar nach Bekanntgabe der Vorschläge von Herrn Schröder zu Wort gemeldet und die Staatsregierung aufgefordert, auf diese Vorschläge einzugehen. Ich habe noch am selben Tag bei der antragstellenden RWE angefragt, ob angesichts dieser auch von ihr unterstützten Vorschläge nicht vielleicht auf die MOX-Produktion – Ausstieg

aus der Wiederaufbereitung – verzichtet werden könnte.

Die RWE hat mir schriftlich mitgeteilt, sie müsse selbstverständlich auf ihrem Antrag beharren, auch wenn der Schrödersche Kompromißvorschlag ohne jedwede Änderung ab dem Jahr 2000 verwirklicht werden könnte. Sie wissen, daß es die Antragsteller in der Hand haben, in diesem Fall die RWE, das Verfahren in Gang zu setzen oder es durch Rücknahme zu beenden. Die Genehmigungsbehörde ist im atomrechtlichen Verfahren verpflichtet, den Antrag nach bestem Wissen und Gewissen zu überprüfen.

Ich halte es aber für nicht gut und nicht ehrlich, erstens dem Kompromiß das Wort zu reden, zweitens die RWE und Herrn Schröder ausdrücklich zu unterstützen und drittens die Behörde, die dem Verfahrensrecht und seiner ordnungsgemäßen Durchführung zur Durchsetzung verhilft, zu kritisieren oder ihr gar in den Arm zu fallen. So geht es nicht. Wir werden das Verfahren korrekt fortsetzen, verlangen aber von den Kritikern mehr Ehrlichkeit bei der Darstellung ihrer eigenen Ziele und Absichten.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Schindler das Wort.

**Schindler (SPD):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sowohl die langen Ausführungen des Umweltministers

(Frau Abg. Paulig: 42 Minuten! – Abg. Dr. Fleischer: 42 Minuten heiße Luft!)

– 42 Minuten waren es exakt – als auch der Ablauf des Erörterungstermins und der Diskussion haben meines Erachtens gezeigt, daß eine wesentliche Voraussetzung für die Nutzung der Atomenergie in diesem Land und für den Einsatz von MOX-Brennelementen insbesondere fehlt, und diese wesentliche Voraussetzung ist der Konsens.

(Beifall bei der SPD – Abg. Kaul: Wir haben doch geltendes Recht!)

– Herr Kaul, ich verstehe Sie leider nicht. Man kann den Konsens sicherlich nicht herbeiführen, wenn man es macht wie der Kollege Weinhofer und hier zwar über das Sicherheitsrisiko Mensch, nicht aber über das Sicherheitsrisiko Atomenergie oder die Konsequenzen des Einsatzes von MOX-Brennelementen spricht. So wird man es schwer haben, den erforderlichen Konsens herbeizuführen.

(Beifall bei der SPD)

Es geht mir nicht um den Ablauf des Erörterungstermins, denn ich habe es immer für falsch gehalten, seitens der Einwender Forderungen an die Genehmigungsbehörde zu stellen, die innerhalb des Verfahrens systemwidrig sind. Man darf nicht glauben, daß die Genehmigungsbehörde, die ja auch eine politische Spitze hat, nur anhand der Verfahrensordnung und anhand bestehender Gesetze vorgeht. Natürlich fließt da auch etwas anderes ein, denn sonst wäre



(Schindler [SPD])

nicht zu erklären, warum ein Verfahren in dem einen Bundesland so, in einem anderen Bundesland aber anders ausgeht. Das ist nicht zu kritisieren, sondern liegt in der Natur der Sache.

Herr Umweltminister, der Erörterungstermin für Wackersdorf war nicht dort, sondern in Neunburg vorm Wald. Das haben Sie offensichtlich durcheinandergebracht. Damals hat sich gezeigt und heute zeigt sich wieder, daß es keinen Konsens gibt.

Sie haben von sich aus das Konsenspapier angesprochen und dargestellt, welche unterschiedlichen Erwartungen und Einschätzungen es in den verschiedenen Energieversorgungsunternehmen gibt, bei RWE, Bayernwerk, VEBA und anderen. Ich darf aber daran erinnern, daß Sie und Ihre Partei sehr überrascht waren, als die Energieversorgungsunternehmen 1987 plötzlich bekanntgegeben haben, daß sie künftig auf den nationalen Weg der Wiederaufarbeitung verzichten werden. Ich weiß noch gut, wie ein ganz bedeutender Staatsmann aus der Oberpfalz – ich meine den Herrn Wirtschaftsminister August Lang – damals vor der Presse erklärt hat: Nun sind wir die Dummen! – Recht hat er. Ich hoffe, daß es Ihnen, Herr Staatsminister Gauweiler, in wenigen Monaten oder Jahren genauso ergehen wird.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Möslin:** Nächste Wortmeldung: Herr Abgeordneter Beck. Sie haben das Wort, Herr Kollege.

**Beck (CSU):** Herr Präsident, meine werten Kolleginnen und Kollegen! Ich gebe dem Herrn Kollegen Schindler insofern recht, als er sagt: Vieles in der Energieversorgung läuft auseinander, weil der Konsens nicht mehr vorhanden ist. Trotzdem muß ich die Frage stellen, wer denn diesen Konsens aufgekündigt hat. Wer hat denn zusammen mit uns die Kernenergie aufgebaut? Man hat doch die Kernenergie zusammen mit der SPD in der Bundesrepublik aufgebaut. Erst später haben Sie gesagt: Das war der falsche Weg! – Ich hoffe nur, daß Sie wieder auf den richtigen Weg zurückfinden.

(Lebhafte Zurufe von der SPD und den GRÜNEN – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Aus der Präambel des Godesberger Grundsatzprogramms geht hervor, daß man offen für die Kernenergie eintritt. Das steht doch nicht bei uns, sondern im Godesberger Grundsatzprogramm der SPD.

Meine Damen und Herren, wer gehört hat, was der Herr Minister eben zum Ablauf vorgetragen hat, muß sagen, daß es einem Teil der Einwander nicht mehr um die Sache, sondern nur noch um Spektakel ging. Wir sollten die Diskussionen über die Energieversorgung auf eine ernstere Basis stellen, denn ohne Energie werden wir unsere Wirtschaftsordnung nur schwer erhalten können. Die Wirtschaft steht auf drei Säulen: auf vernünftiger Energieversorgung, auf gu-

tem Straßenbau und auf guter Ausbildung. Wenn wir eine herausnehmen, bricht alles zusammen, wobei Sie diese drei Säulen selbstverständlich untereinander austauschen können.

Wir können nicht ohne weiteres auf Kernenergie verzichten. Ihr Primärenergieanteil liegt bei uns in Bayern bei 21 Prozent, in der Bundesrepublik bei 12 Prozent. Der Anteil von Öl liegt in Bayern bei 48 Prozent, in der Bundesrepublik bei 41 Prozent. Die Unfälle der Öltanker haben gezeigt, daß nicht alles ganz gefahrlos ist, was auf den Meeren passiert. Der Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung liegt in Bayern bei 59 Prozent, in der Bundesrepublik bei 24 Prozent.

Nun wird immer wieder gesagt, es müsse gespart werden. Dazu Zahlen zur Entwicklung des Stromverbrauchs bei Haushaltsgeräten zwischen den Jahren 1978 und 1991: Bei Waschmaschinen betrug die Einsparung 34 Prozent, bei Geschirrspülmaschinen 42 Prozent, bei Elektroherden 21 Prozent,

(Frau Abg. Paulig: Warum brauchen wir dann MOX-Brennelemente?)

bei Kühlschränken 30 Prozent, bei Gefriergeräten 39 Prozent und bei Warmwasserspeichern 46 Prozent. Irgendwo ist aber eine Grenze, ab der es keine Einsparmöglichkeiten mehr gibt.

Herr Kollege Großer hat recht, wenn er sagt: Man hängt das Thema MOX-Brennelemente nur deshalb so hoch, weil sie in einem Reaktor verwendet werden sollen, in dem sie seither nicht verwandt worden sind. Aber wir haben doch diese Technologie schon seit 1966 in Bayern, und sie wird in Frankreich, England, Amerika und in Japan ebenfalls angewandt.

(Frau Abg. Paulig: Aber nicht in Siedewasserreaktoren!)

Deshalb kann man sich nicht gegen den Einsatz von MOX-Brennelementen schlechthin, sondern, wenn überhaupt, nur gegen ihren erneuten Einsatz in Siedewasserreaktoren wenden.

Es war auch vom Ausstieg von RWE und VEBA die Rede. Ich habe das dunkle Gefühl, daß bei RWE und VEBA ein anderer Gedanke mitspielt. Wie Sie wissen, läuft der sogenannte Kohleverstromungsvertrag 1995 aus, d. h., er muß auf eine neue Basis gestellt werden. Ob er auch in Zukunft in herkömmlicher Art behandelt werden kann, ist eine andere Frage. Es geht also auch darum, wie die deutsche Steinkohle weiterhin eingesetzt werden kann. Deshalb sollte man das Angebot von RWE und VEBA auch einmal unter diesem Blickwinkel durchleuchten.

Wer zu den Ewiggestrigen gehört, wird die Zukunft zeigen, Frau Paulig. Zum Schluß möchte ich den Club of Rome zitieren – dann können Sie sagen, wer zu den Ewiggestrigen gehört:

Heute räumen wir widerwillig ein, daß die Verbrennung von Kohle und Öl wahrscheinlich noch gefährlicher ist als die Atomkraft.

Auch das sollten wir bedenken, wenn wir über Energie sprechen.

(Beifall bei der CSU)



**Erster Vizepräsident Möslein:** Nächster Redner: Herr Abgeordneter Kamm. Sie haben das Wort.

**Kamm (DIE GRÜNEN):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Umweltminister Gauweiler, ich möchte jetzt auf all Ihre Ausführungen zum Erörterungstermin hier nicht eingehen; wir haben anschließend einen Dringlichkeitsantrag zu behandeln. In meinen Augen gingen Ihre Ausführungen leider am Thema vorbei.

Das Thema lautet heute: MOX-Brennelemente-Einsatz in Bayern. Lassen Sie mich mit einer Äußerung beginnen, die Herr Wild, der Vorstand der Bayernwerke, im Fernsehinterview gemacht hat. Er sagte – ich betrachte das als zwei ganz entscheidende Aussagen –: Erstens könnten sie auf Wiederaufarbeitung und MOX-Brennelemente verzichten, wenn sie ein Endlager hätten. Zweitens seien sie überhaupt nicht darauf angewiesen, MOX-Brennelemente in Gundremmingen einzusetzen, weil ihnen die genehmigten Kapazitäten für den Einsatz von MOX-Brennelementen in den Druckwasserreaktoren in den Kraftwerken Isar II und Grafenrheinfeld genügen würden. Sie könnten aber den Menschen in Schweinfurt und Landshut nicht zumuten, daß dort Plutonium eingesetzt werde, das woanders in Bayern entstanden sei.

Meine Damen und Herren, bitte behalten Sie diese beiden Aussagen im Gedächtnis, wenn ich auf die folgenden Punkte zu sprechen komme. Herr Welnhöfer, der Einsatz von MOX-Brennelementen verringert die Plutonium-Menge nicht. Es ist ein alter Irrtum, daß durch den Einsatz von MOX-Brennelementen Plutonium verbrennen würde, verschwinden würde.

(Abg. Welnhöfer: Recycelt!)

– Nein, auch nicht recycelt, Herr Welnhöfer. Wenn in einem Brennstab Plutonium 239 als spaltbares Material eingesetzt wird, dann wird das Plutonium 239 in die ebenfalls sehr problematischen Transurane Americium und Curium umgewandelt. Gleichzeitig entsteht neues Plutonium durch Neutroneneinfang aus dem Uran 238. Wenn man bilanziert, dann kommt es darauf an, wieviel Uran 238 vorher darin war und wieviel Plutonium 239 darin ist. In der Summe verringert sich die Menge des Plutoniums nicht; das ist ganz entscheidend. Da gab es eine große Propaganda der Gegenseite. Durch den Einsatz von MOX-Brennelementen kann man Plutonium leider nicht vernichten; das muß hier ganz klar und deutlich gesagt werden.

Herr Dr. Gauweiler – jetzt ist er weg – –

(Zurufe von der CSU: Nein!)

– Entschuldigung. Herr Dr. Gauweiler, denken Sie an die Äußerung von Herrn Wild, daß wir den Menschen in Schweinfurt und Landshut nicht zumuten können, daß das Plutonium, das woanders in Bayern entstanden ist, dort eingesetzt wird. Die entscheidende Frage ist doch: Wo kommt das Plutonium her, das in Gundremmingen eingesetzt werden soll? Dieses Plutonium kommt nicht aus Gundremmingen, sondern es kommt aus Hessen, von den Reaktoren A und B in Biblis. Ich verstehe nicht, nachdem RWE von der rot-grünen Regierung in Hessen Gott sei Dank keine Ge-

nehmigung bekommt, warum Sie als bayerischer Umweltminister dazu bereit sind, für die Hessen die Plutonium-Kohlen aus dem Feuer zu holen. Das geht in meinen bayerischen Kopf nicht rein.

(Zurufe von der CSU: Was? Bayerisch? –  
Abg. Spitzner: Saupreiß, japanischer! –  
Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Herr Präsident, den Herrn Spitzner rügen wir dieses Mal nicht.

(Heiterkeit)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Ich konnte akustisch nicht verstehen, was Herr Spitzner von sich gegeben hat.

**Kamm (DIE GRÜNEN):** Eine seiner typischen rassistischen Äußerungen,

(Heiterkeit)

aber das kennen wir schon von ihm.

Kommen wir wieder zur Sache zurück. Warum sind die Umweltschützerinnen und Umweltschützer so eindeutig gegen den Einsatz von MOX? MOX ist ja schon ein irreführender Name: Das sind plutoniumhaltige Brennstäbe. Wir sind erstens dagegen, weil der Transport wesentlich problematischer ist als der Transport von nicht abgebrannten Brennelementen, zweitens weil der Betrieb kritischer wird und Sicherheitsmargen verringert werden, drittens weil im Störfall wesentlich Schlimmeres passieren kann, viertens weil die Müllproblematik zunimmt und fünftens weil es wesentlich teurer ist. Aus all diesen Gründen sagen wir zum Einsatz plutoniumhaltiger Brennelemente nein. Noch ein Grund kommt hinzu: Wenn man sich der Plutoniumtechnologie bedient und Plutoniumwirtschaft betreibt, ist man immer sehr nahe an der Waffentechnologie.

Was muß jetzt geschehen? Herr Dr. Gauweiler – ich will das jetzt nicht zu Frau Böhm-Amtmann sagen, sondern zu Ihnen –, wir sind davon überzeugt, daß eine Genehmigung nach dem Ablauf des Erörterungstermins nicht ausgesprochen werden kann. Die Unterlagen waren nicht komplett und korrekt, und der Erörterungstermin hat den Anforderungen nicht entsprochen.

Wir sind der Meinung – Herr Präsident, ich bin sofort am Ende –, daß die Neuproduktion von Plutonium durch den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergie beendet werden muß. Wir sind weiterhin der Meinung, daß das insbesondere dann möglich ist, wenn wir bei der Stromproduktion und beim Stromverbrauch mit Effizienz und Einsparung Ernst machen. Zum Schluß werden wir alle miteinander nach einem Endlager für den Atom Müll suchen müssen, wohl wissend, daß wir damit unseren Kindern eigentlich Untragbares aufbürden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Kaul das Wort. Bitte, Herr Kollege!



**Kaul** (CSU): Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Ich möchte mich nicht mehr zum Verfahrensverlauf der Anhörung äußern. Das Kinderspiel, das dabei abgelaufen ist, wurde uns schon deutlich geschildert.

(Zurufe von den GRÜNEN)

– Sie waren die Ursache. Herr Minister Gauweiler hat uns das nur noch einmal bildlich vorgeführt.

Mit dem Einsatz von MOX-Brennelementen in Siedewasserreaktoren – Kollege Beck hat das schon gesagt – haben wir seit 1966 in Kahl Erfahrung und seit 1974 in Gundremmingen. Frau Kollegin Paulig, bei der Vorbereitung auf diese Aktuelle Stunde habe ich mir wieder einmal die Unterlagen von der Vor-WAA-Zeit, der WAA-Bauzeit und der Nach-WAA-Zeit in diesem Parlament angesehen. All das, was von Grün und Rot in den letzten Jahren zum Einsatz von MOX-Brennelementen hier gesagt wurde und was die Staatsregierung darauf geantwortet hat, ist, so glaube ich, in Zukunft einer Analyse wert. Ich habe den Eindruck, daß es keinen rechtlichen und keinen technischen Aspekt des MOX-Themas mehr gibt, der nicht durch Anträge, Petitionen, Dringlichkeitsanträge, mündliche und schriftliche Anfragen und Aktuelle Stunden beleuchtet wurde. Das ist in meinen Augen auch ein Grund dafür, daß die organisierten Einwender beim Anhörungsverfahren zu Gundremmingen so frühzeitig aufgegeben haben, denn dem ständigen formaljuristischen Geplänkel gab es von seiten der Technik her keine Fragen mehr hinzuzufügen.

(Frau Abg. Paulig: Aber natürlich!  
Berechnungsmodelle!)

Mit dieser Aktuellen Stunde zum Einsatz von MOX-Brennelementen erleben wir wieder einmal die bekannte Doppel- und Dreifachstrategie von Rot und Grün; das haben wir eben an den Rednern gesehen. Ich vermisste sehr meinen Kollegen Kolo, der wahrscheinlich auch schon aufgegeben hat. Während Sie nämlich in Bayern alle Hebel in Bewegung setzen, um den weiteren Einsatz von MOX-Brennelementen zu verhindern – Herr Schindler mahnte den Konsens an –, wird in Bundesländern, die seit längerem rot oder rotgrün regiert werden, kräftig Strom in Kernkraftwerken mittels MOX-Brennelementen erzeugt, so zum Beispiel im Kernkraftwerk Unterweser in Niedersachsen, in Grohnde in Niedersachsen, in Brokdorf in Schleswig-Holstein, in zwei Kraftwerken in Baden-Württemberg. Es ist interessant, daß der Umweltminister in Baden-Württemberg, der für die Genehmigung zuständig ist, nachdem er aus der Opposition in Bonn in die Verantwortung in Baden-Württemberg gegangen ist, sogar eine Dauerbetriebsgenehmigung für das Kernkraftwerk Obrigheim gegeben hat. Das kann man wohl nicht anders als Doppel- oder Dreifach-Strategie bezeichnen.

(Zuruf des Abg. Kamm)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, in den Kernkraftwerken, in denen MOX-Brennelemente eingesetzt sind, erzeugen wir in Deutschland mittlerweile – Herr Kamm, hören Sie doch einmal zu! – mehr Strom als mit Wasserkraft, Erdgas, Heizöl und Müllverbrennung

zusammen. Es ist ja nicht nur so, daß in den rot oder rotgrün regierten Bundesländern mit dieser Technologie kräftig Strom erzeugt wird, sondern die abgebrannten Brennelemente werden sogar mit ausdrücklicher Genehmigung der dortigen Landesbehörden nach Frankreich und England zur Wiederaufarbeitung geschickt. Warum? Herr Straßer, hören Sie einmal zu! Damit das entstandene Plutonium ausgefällt werden kann, um es dann – hier schließt sich der Kreislauf wieder – in MOX-Brennelementen in diesen Kraftwerken wieder einsetzen zu können.

Herr Kamm, mit dem Auftreten von Plutonium, das Sie völlig falsch geschildert haben, verhält es sich in diesen Kraftwerken völlig anders. Ich werde mir erlauben, Ihnen das noch einmal schriftlich darzustellen. Sie wiederholen nämlich immer das, was Sie sich irgendwann einmal vor Jahren zurechtgelegt haben. Sie von der rotgrünen Opposition wissen sehr genau – Kollege Weinhofer hat das schon gesagt –, daß der Einsatz von MOX-Brennelementen einem sehr strengen rechtsstaatlichen Verfahren zu genügen hat. Das war bisher in Bayern so und wird auch so bleiben. Das war auch in den anderen Bundesländern so.

Unabhängig davon, zu welchem Ergebnis das Prüfungsverfahren kommt, wird die CSU-Fraktion allen Bürgern weiterhin rechtliches Gehör garantieren. Wir werden das Ergebnis der Anhörung in unsere Kernenergie-Bewertung einbauen und werden die bestehende MOX-Technologie – dessen können Sie von der Opposition versichert sein – besonders unter sicherheitstechnischen Gesichtspunkten weiterhin kritisch begleiten.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Nach § 75 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung erteile ich der Frau Abgeordneten Paulig das Wort.

**Frau Paulig** (DIE GRÜNEN): Sehr geehrte Damen und Herren, Herr Präsident! Herr Staatsminister, Sie haben lange und ausführlich darüber gesprochen, wie ungeschickt es von den Einwendern/Einwenderinnen war, daß sie gegangen sind. Nur war das die Folge dessen, daß eben wesentliche Fragen nicht beantwortet wurden, daß Akteneinsicht nicht in diesem Umfang gegeben wurde, sondern einmal am 21. August 1991 und dann noch zweimal – das ist richtig –, aber nicht, als es erneut beantragt wurde. Das lag zum anderen daran, daß die Teilgenehmigungen 1 bis 11 nicht in das Verfahren mit einbezogen wurden, obwohl sie eigentlich die rechtliche Voraussetzung für die nun neu anstehende Genehmigung wären. All das waren die Gründe, warum die Einwender/Einwenderinnen gesagt haben: Wenn hier nicht die Zusammenarbeit signalisiert wird, wenn hier nicht der problemorientierte Dialog möglich ist, dann brechen wir ab. Denn ein Spiel läßt man mit sich auch nicht machen.

Ich darf noch einmal darauf hinweisen, Herr Kaul, auch Sie haben mir wohl nicht zugehört. Es wurden wesentliche Isotopenberechnungen nicht dargestellt, Fragen dazu nicht beantwortet, Fragen nach vorliegenden Gutachten, Fragen nach Ergänzungen zum



(Frau Paulig [DIE GRÜNEN])

Sicherheitsbericht. All dies sind Dinge, die auf den Tisch kommen müssen, oder man kann so eine Erörterung sein lassen.

(Abg. Kaul: Das hätten Sie doch fragen können!)

– Danach ist ja gefragt worden, aber es ist eben nicht geantwortet worden.

Dann ist z. B. vor dem Erörterungstermin der Antrag eingereicht worden, der die Überprüfung der Betriebsgenehmigungen der Blöcke B und C zum Inhalt hat, da zu vermuten ist, daß keine hinreichende Sicherheitsprüfung stattgefunden hat. Daraus ist zwingend zu folgern, daß auch die Blöcke B und C in Gundremmingen stillzulegen sind, ähnlich wie dies 1988 in Mülheim-Kärlich erfolgt ist. Ich meine, das sind ganz wesentliche Punkte, und die müssen sachbezogen erörtert werden. Genau das ist aber nicht erfolgt.

Es wurde auch nicht die Frage beantwortet, wie es jetzt mit der Entsorgung der abgearbeiteten Brennelemente ist, nachdem doch in Frankreich keine Lagerung radioaktiven Abfalls mehr erlaubt ist, nach dem Gesetz vom 31. Dezember 1991.

Ich darf in dem Zusammenhang auch darauf hinweisen – und ich meine, auch darüber wäre eine offene Diskussion notwendig gewesen –, daß der Versuchseinsatz von MOX-Brennelementen in Gundremmingen im Block A in den Jahren 1974 bis 1976 zu Rissen in den Rohrleitungen und zu enormen Materialversprödungen geführt hat. Von den Betreibern bisher unwidersprochen, hält sich die Behauptung, daß dies Anlaß zur Stilllegung des Blockes A im Jahr 1977 war. Da muß man doch sagen, daß eine sachgerechte Diskussion wahrhaftig nötig wäre. Aber nein, das Risiko soll unbesehen eine Neuauflage finden.

Wir fordern Sie hiermit auf, Herr Staatsminister Gauweiler, daß Sie die eingeforderten Unterlagen, die nicht beantworteten Fragen, die fehlenden Antrags Teile, die UVP einfordern, durchführen, bereitlegen, eine neue Öffentlichkeitsbeteiligung durchführen und dann ein neues angemessenes Erörterungsverfahren eröffnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Die Aktuelle Stunde ist beendet. Da der Tagesordnungspunkt 83 in unmittelbarem Zusammenhang mit der Aktuellen Stunde steht, rufe ich jetzt auf Tagesordnungspunkt 83:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Lödermann, Kamm, Paulig und Fraktion DIE GRÜNEN betreffend Faire Gestaltung des Erörterungstermins im Genehmigungsverfahren für den Einsatz von plutoniumhaltigen MOX-Brennelementen in Gundremmingen (Drucksache 12/9172)**

Über die Beratungen des Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen (Drucksache 12/9338) berichtet Herr Abgeordneter Kamm.

(Abg. Diethei: Können wir denn darauf nicht verzichten? – Abg. Kamm: Herr Präsident, darauf war ich nicht vorbereitet! – Abg.

Diethei: Wir verzichten! – Weitere

Zurufe: Verzichten! Verzichten!)

– Sie können aber auch auf die Berichterstattung verzichten und sofort das Wort ergreifen.

(Abg. Kamm: Ich rede kurz dazu, fertig!)

– Also keine Berichterstattung, sondern wir treten in die Aussprache ein. Ich erteile Herrn Abg. Kamm das Wort.

(Abg. Kaul: Es wurde doch eben schon alles gesagt!)

**Kamm (DIE GRÜNEN):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Denjenigen, die sich Gedanken machen, wer hier redet und wer hier nicht redet, empfehle ich, sich Gedanken darüber zu machen, wie lange hier noch ein bestimmter Ministerpräsident reden kann. Ich denke, das ist wesentlich spannender als die Frage, wozu der Raimund Kamm hier redet.

(Abg. Kaul: Dann können Sie aufhören, Herr Kamm!)

Meine Damen und Herren, wir haben Anfang Dezember 1992 diesen Antrag gestellt, betreffend faire Gestaltung des Erörterungstermins im Genehmigungsverfahren für den Einsatz von plutoniumhaltigen MOX-Brennelementen in Gundremmingen. Hintergrund war damals – und ich sage das deshalb noch einmal; Frau Böhm-Amtmann ist gerade nicht da, sie hat das damals in einer mir nicht nachvollziehbaren Emotionalität im erstberatenden Umweltausschuß zurückgewiesen –: Als der Erörterungstermin terminiert war, wurde uns dankenswerterweise vom Umweltministerium mitgeteilt, daß wir dort in der Halle auch Räume haben könnten und dergleichen mehr. Dann haben mich aber Einwenderinnen und Einwender, die das versucht haben, angerufen und gesagt, in der Halle bekommen wir keine Räume. Daraufhin haben wir gesagt, wir seien sehr daran interessiert, daß dieser Erörterungstermin sachlich und fair durchgeführt wird.

Herr Dr. Gauweiler, ich, der ich kein Experte für Atomenergie bin, bin fest davon überzeugt, daß es gut wäre, wenn dort wirklich die Experten auf seiten der Antragsteller und die Experten auf seiten der Einwenderinnen und Einwender den Dialog führen könnten. Dann könnten sich nämlich die Einwenderinnen und Einwender, aber auch andere Leute ein Bild machen und die Argumente wirklich abwägen. Das war unser tiefes Anliegen, und wir haben gesagt, das muß so durchgeführt werden. Ich bedauere es sehr, daß der Erörterungstermin nicht so durchgeführt wurde.

Sie verweisen auf das Atomverfahrensgesetz, auf die Verwaltungsverfahrensverordnung usw. und sagen, das sei rechtlich gar nicht möglich. Dem möchte ich das entgegenhalten, was ich in Augsburg auch schon gesagt habe: Wir haben in Augsburg vor zwei, drei Jahren eine Erörterung zum Bau der dortigen Müllver-



(Kamm [DIE GRÜNEN])

brennungsanlage durchgeführt, wo in der Bevölkerung die Emotionen wesentlich größer waren als beim Thema MOX-Brennelemente. Damals haben wir es geschafft, mit dem Leiter dieses Erörterungstermins, einem Oberregierungsrat der Regierung von Schwaben, Verfahrensregeln abzusprechen, die es wirklich ermöglicht haben, daß sich die Diskussionen nicht immer in Verfahrensrangeleien erschöpft haben, sondern daß es wirklich um die Sache, den Inhalt ging.

Dabei gibt es ein altes grundsätzliches Problem. Sie können rein nach Themen gliedern. Das hat den Vorteil, daß man versuchen kann, das Gesamtthema möglichst gut zu erfassen. Sie können aber natürlich zum anderen auch nach Einwenderinnen und Einwendern gliedern, was wiederum den Vorteil hat, daß die Einwenderinnen und Einwender, die sprechen, immer ihre Themen insgesamt erörtern können.

Es ist leicht nachvollziehbar, daß beide Prinzipien bei sturer Beibehaltung nicht der Sache dienen. Deshalb müssen wir sie mischen. Wir müssen zum einen miteinander eine Themengliederung erarbeiten und zum anderen dann auch für die Bürgerinnen und Bürger, die ihren Einwand nicht analog zu einer solchen Themengliederung geschrieben haben, zu einem bestimmten Zeitpunkt Stunden einräumen, in denen sie ihren Einwand im Zusammenhang vorbringen können. Eine solche Mischung von Themengliederung und Sprechmöglichkeit für die Bürgerinnen und Bürger – Bürgerstunde wäre hier ein geeigneter Ausdruck – wäre meines Erachtens der Sache sehr, sehr dienlich. Es wäre der Sache auch sehr, sehr dienlich, wenn es im Vorfeld so wie bei anderen Auseinandersetzungen, die wir in dieser Gesellschaft immer wieder haben, möglich wäre, solche Dinge miteinander abzusprechen.

Seien Sie doch ehrlich: Ein Erörterungstermin hat mindestens zwei Funktionen. Es geht um die sachliche und rechtliche Erörterung, und es ist natürlich auch ein politischer Turnierplatz, wo ein grundsätzlicher Konflikt unserer Gesellschaft ausgetragen wird. Lassen Sie uns doch dazu stehen. Das ist doch eine wesentlich zivilere Umgangsform, als wenn das in mittelalterlicher Form ausgetragen würde. Dem sollten wir dadurch entgegenkommen, daß wir miteinander – zumindest wie auch in einem Parlament üblich – eine Verfahrensregelung, eine Geschäftsordnung, verabschieden.

Das, was dort in der Augsburger Schwabenhalle praktiziert wurde, entsprach dem leider nicht im geringsten. Es fängt an mit der Zugangskontrolle. Natürlich muß die Genehmigungsbehörde schauen, wer Einwender und wer Sachbeistand ist, und muß dort eine Ordnung gewährleisten. Das ist völlig in Ordnung.

(Abg. Diethei: Das sind doch alles Wiederholungen!)

Bei einem anderen großen Erörterungstermin, wo es um den Schacht Konrad in Salzgitter geht, ist das gemacht worden. Da hat man das im Foyer der Halle bzw. im Foyer dieses Zeltes gemacht, aber nicht

durch so eine Containerschleuse, wie sie in Augsburg aufgebaut wurde. Meine Damen und Herren, Sie sind nicht durch diese Containerschleuse gegangen. Ich persönlich habe so etwas zum letztenmal erlebt, als ich in die seinerzeit noch bestehende DDR einreisen wollte. Da wurde so schikanös kontrolliert. Ich habe das in dem anderen Deutschland nie vorher, nie nachher erlebt, und ich denke, es ist eines Rechtsstaates und es ist ziviler Umgangsformen unwürdig, was dort praktiziert wurde.

(Frau Abg. Würdinger: Bauarbeiter wohnen auch in Containern!)

Einen Punkt möchte ich Ihnen, Herr Gauweiler, noch nennen, weil Ihnen das anscheinend von Ihren Mitarbeitern falsch berichtet wurde. Als ich hörte, daß dort 11 Mitarbeiter – die Zahl wurde mir genannt – vom sächsischen Sicherheitsdienst sind, habe ich gesagt: Ich halte es für unumgänglich notwendig, daß sichergestellt wird, daß das keine Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter sind, die vorher beim Staatssicherheitsdienst beschäftigt waren. Das betrifft nicht den Verfassungsschutz. Wir erleben es in der ehemaligen DDR an vielen Stellen, daß klargestellt sein muß, daß in bestimmten Funktionen keine früheren Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes beschäftigt sind.

(Abg. Diethei: Das ist aber nicht der Tagesordnungspunkt!)

Meine Damen und Herren, ich halte das für eine Selbstverständlichkeit. Ich halte es auch für eine Selbstverständlichkeit, wenn man es auf ein faires Verfahren anlegt, daß man den Einwenderinnen und Einwendern Räumlichkeiten und Büros zur Verfügung stellt. In Augsburg war das nicht der Fall. Die Räume waren weit weg, man mußte außen durch die Containerschleuse herumgehen. Sie mögen sagen, daß das eine Kleinigkeit ist. Aber für den Ablauf spielt es sehr wohl eine Rolle, ob ich zum Büro fünf oder zehn Minuten Fußweg durch den Regen, durch eine Schlammwüste und dergleichen mehr habe. Die Antragsteller und die Behörde sitzen natürlich direkt am Ort des Geschehens. Was Sie dort praktiziert haben, ist keine Fairneß.

Lassen Sie mich auch zu zwei, drei anderen Punkten noch etwas sagen, die Sie hier angesprochen haben, Herr Dr. Gauweiler. Nichtöffentlichkeit: In meinen Augen ist das nicht so vorgeschrieben, wie Sie es dort praktizieren ließen. Beim Erörterungstermin in Salzgitter zum Schacht Konrad wurden Fernsehaufnahmen ermöglicht. Soweit ich mich erinnere, wurden bei dem schon angesprochenen Erörterungstermin zum Bau der Augsburger Müllverbrennungsanlage Tonaufnahmen ermöglicht.

Lassen Sie mich nicht alle weiteren Punkte angehen. Sie haben eine Menge Zitate gebracht. Ich will Ihnen aber noch eines sagen: Mein Kollege Schramm sprach mich darauf an, daß er, als er als Einwender hineingehen wollte, im Computer nicht gefunden wurde. Das mag eine Panne sein. Nehmen Sie aber bitte zur Kenntnis, daß es auch bei Ihrem mit zig Beamten praktizierten Verfahren Pannen gab und daß



(Kamm [DIE GRÜNEN])

dadurch auch Schwierigkeiten auf seiten der Einwenderinnen und Einwender provoziert wurden.

Abschließend: Die Umweltschützerinnen und Umweltschützer haben ein großes Interesse daran, daß die Diskussion über den erstmaligen Einsatz plutoniumhaltiger MOX-Brennelemente in diesem Umfang in einem Siedewasserreaktor – Herr Kaul, das ist nicht das, was Sie ablenkend alles gesagt haben – in einem, soweit zulässig, öffentlichen Verfahren praktiziert wird. Lassen Sie sich gesagt sein: Die Einwenderinnen und Einwender waren gespannt darauf, der Fachdiskussion zwischen den Experten auf Antragstellerseite und Einwenderinnen- und Einwenderseite zuzuhören.

Ich bedauere es zutiefst, daß es nicht möglich war, sich im Vorfeld auf Verfahrensregeln zu einigen. Ich bedauere es zutiefst, daß durch die schikanöse Leitung des Erörterungstermins in Augsburg diese Sache kaputtgemacht wurde und die sachliche Auseinandersetzung nicht möglich war.

(Abg. Diethei: Das ist doch unglaublich!  
Diese Dampfplauderei ist unmöglich!)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Die nächste Wortmeldung: Herr Abgeordneter Georg Schmid. Sie haben das Wort, Herr Kollege.

**Schmid Georg (CSU):** Herr Präsident, Hohes Haus! ich glaube, Herr Kollege Kamm, Sie haben dem Staatsminister Dr. Gauweiler nicht zugehört und versucht, die Aktuelle Stunde fortzusetzen. Ich glaube, daß Ihre Argumente, auch wenn Sie sie noch zweimal wiederholen, nicht besser werden. Ich möchte mich auf den Antrag konzentrieren, den die GRÜNEN am 2. Dezember 1992 als Dringlichkeitsantrag eingereicht haben. In diesem Antrag ging es darum, die Staatsregierung aufzufordern, dafür zu sorgen, daß Räumlichkeiten, Kopiermöglichkeiten, Telefon- und Telefaxanschlüsse für die Einwendungsführer zur Verfügung gestellt werden. Wir hielten und wir halten diesen Antrag nach wie vor für unnötig und werden ihn daher ablehnen.

(Abg. Kaul: Das hat sich auch bewahrheitet!)

Ich gebe mich zwar noch der Hoffnung hin, daß Sie den Antrag zurücknehmen werden, weil er sich eigentlich erledigt hat. Aber ich glaube, diese Hoffnung trägt.

Das Ministerium hat von Anfang an dafür gesorgt, daß faire Konditionen geboten werden, daß ausreichend Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden und die technischen Möglichkeiten geschaffen werden, die notwendig sind. Allerdings, Herr Kamm, darf ich Bezug nehmen auf das, was im Ausschuß für Landesentwicklung und Umweltfragen dargelegt wurde: Es kann natürlich nicht sein, daß die Staatsregierung die Geräte zur Verfügung stellt und anschließend dafür auch noch die Gebühren und die Kosten übernimmt. Das kann redlicherweise nicht erwartet werden.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Schramm?

**Schmid Georg (CSU):** Nein, ich möchte dieses Thema für heute beenden; wir haben lange genug in der Aktuellen Stunde über dieses Thema gesprochen. Es geht eigentlich nur noch um einen Antrag, der sich inhaltlich bereits erledigt hat.

Es hat keinen Grund gegeben, einen solchen Antrag zu stellen. Ein faires Verfahren war sichergestellt. Darauf haben wir im Ausschuß hingewiesen, und es hat sich jetzt auch so bestätigt. Eine Bestätigung hat sich auch heute ergeben: Als Frau Paulig umfassend gesprochen hat, hat sie keinen Kritikpunkt aus diesem Antrag vorgebracht. Ich glaube, Ihnen ging es nicht um ein faires Verfahren, nicht um die ganz konkreten Punkte, die Sie in Ihrem Antrag am 2. Dezember 1992 erwähnt haben, sondern Ihnen ging es um die Ablehnung der Kernenergie und der MOX-Brennelemente.

Lassen Sie mich zum Abschluß eine grundsätzliche Bemerkung machen, die über diesen Tag hinaus gelten soll: Es kann nicht Sache des Landtages ein, gleichsam im Vorgriff zu reagieren, wenn einzelne erwarten, daß Verwaltungsverfahren nicht nach ihren Wünschen und Vorstellungen ablaufen. Nach meinem Verfassungsverständnis ist es zuallererst nicht Aufgabe des Parlaments, des Gesetzgebers, sondern der Exekutive und der Gerichte, sachgerechte und faire Verwaltungsverfahren im Vollzug der gesetzlichen Vorschriften zu garantieren. Dafür gibt es ausreichend Rechtsprechung, gerichtliche Entscheidungen, die das dokumentieren.

Im übrigen darf ich auf das verweisen, was in den beiden Ausschüssen, dem Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr und dem Ausschuß für Landesentwicklung und Umweltfragen, zu diesem Antrag der GRÜNEN dargelegt wurde. Ich bitte um Ablehnung dieses Antrags.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Nächste Wortmeldung: Herr Abgeordneter Großer. Ich erteile Ihnen das Wort, Herr Kollege.

**Großer (FDP):** Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen! Ich will ausschließlich zum Tagesordnungspunkt 83 Stellung nehmen. Der Antrag ist vor Eröffnung des Anhörungsverfahrens gestellt und im Umweltausschuß beraten worden. Zum heutigen Zeitpunkt, nach Abschluß des Verfahrens, ist er im Grunde genommen obsolet. Die Grundforderungen haben wir unterstützt. Wir sind auch der Meinung, daß sie erfüllt worden sind. Wir werden uns in der Sache der Stimme enthalten.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Nächste Wortmeldung: Herr Abgeordneter Schramm.

**Schramm (DIE GRÜNEN):** Kolleginnen und Kollegen, Herr Präsident! Diese Wortmeldung hätte sich durch eine Zwischenfrage erübrigt. Ich möchte schon, Herr Kollege Schmid, darauf hinweisen, daß ein paar Dinge



(Schramm [DIE GRÜNEN])

nicht richtig dargestellt wurden. Ich kann mich nicht erinnern, daß Sie beim Erörterungstermin anwesend waren und beurteilen können, wie fair die Behandlung der Einwendungen dort von der Staatsregierung durchgeführt worden ist. Ich kann Ihnen aus eigener Ansicht sagen, daß ich sowohl im Büro als auch in der danebenliegenden Spielecke für die Kinder war und daß es von der Halle aus ein Fußweg – ich habe auf dem Rückweg extra auf die Uhr geschaut, weil ich das nicht für möglich hielt – von sechs Minuten war. Man mußte aus der Schwabenhalle heraus durch die Containerabsperzung hindurch und durch den Regen auf einem Schotterweg um die Hallen herumgehen, um zu der Halle zu gelangen, in der die Büros und die Spielecke waren.

(Abg. Georg Schmid: Dieser Beitrag ist eine Zumutung!)

Stellen Sie sich Eltern vor, die zu der Erörterung gehen wollen und ihre Kinder in der Spielecke abzugeben haben.

(Abg. Kaul: Nächstes Mal beantragt ihr noch Sänften! – Frau Abg. Würdinger: Haben Sie zu Hause den Kindergarten vor der Haustüre?)

– Herr Kollege Kaul, ich weiß, was mit Sänften gemeint ist. In dieser Halle hätte es Möglichkeiten gegeben, die Büros dort einzurichten. Das wäre möglich gewesen. Das hat nicht sein sollen, weil das zum System der Schikane gehört hat.

(Abg. Hölzl: Wir wollen doch Politik machen und keine Märchen erzählen!)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Herr Kollege, wir setzen doch jetzt die Aktuelle Stunde nicht fort. Das hat nun wirklich mit dem Inhalt dieses Antrags nichts zu tun. Sie möchten jetzt die Aktuelle Stunde fortsetzen, indem Sie weitere kritische Punkte zu dieser Anhörung vorbringen. Jetzt würde ich bitten, daß Sie sich auf den Antrag konzentrieren und dazu sprechen. Dazu erteile ich Ihnen das Wort.

**Schramm (DIE GRÜNEN):** Herr Präsident, genau dazu wollte ich gerade kommen. Im vorliegenden Antrag sind genau diese Probleme vorhergesehen worden. Wir haben deswegen eine faire Behandlung der Einwander beantragt. Gerade deswegen fordern wir, daß dieser Antrag unterstützt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Die Ausschüsse empfehlen Ablehnung. Wer dagegen für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Fraktion DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Fraktion der CSU. Das war die Mehrheit. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe auf zur gemeinsamen Aussprache die Tagesordnungspunkte 2a und 2b: Erste Lesung zum

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Dr. Schmid Albert, Radermacher, Hering und Fraktion SPD zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes (Drucksache 12/9434)**

und Erste Lesung zum

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Glück Alois, Dr. Schosser, Prof. Dr. Stockinger und anderer und Fraktion CSU zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes (Drucksache 12/9590)**

Der Gesetzentwurf der SPD wird begründet durch Frau Abgeordnete Radermacher. Ich erteile Ihnen das Wort, Frau Kollegin.

Frau **Radermacher (SPD):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Neben dem längst fälligen Bildungsgipfel von Bund und Ländern und der Einlösung der finanziellen Verpflichtung des Bundes bedarf es einer umfangreichen Studienreform. Vorschläge dazu gibt es genug. Zu dieser Reform gehört unserer Meinung nach auch eine Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes. Wir bringen heute einen umfassenden Änderungsentwurf ein. Ich will nur einige Schwerpunkte unseres Entwurfes darstellen.

Erstens: Frauenförderung. Durch eine Erweiterung der einschlägigen Bestimmungen sollen die Nachteile, die Wissenschaftlerinnen immer noch haben, beseitigt werden. Der Artikel für die Frauenbeauftragte wird neu gefaßt. Die Frauenbeauftragte soll konkrete Aufgaben zugewiesen bekommen. Sie soll ordentlich gewähltes Mitglied des Senats sein, ein umfangreiches Informationsrecht erhalten und von Lehrverpflichtungen freigestellt werden. Ein Beirat, bestehend aus den Frauenbeauftragten der Fachbereiche, Vertreterinnen der Studentinnen und des weiblichen nichtwissenschaftlichen Personals, soll geschaffen werden.

Zweitens. Wir sind für eine „Freischuß“-Regelung, die es Studierenden ermöglichen soll, sich ohne besonderes Risiko möglichst früh zur Prüfung zu melden.

Drittens. Die Fachhochschulen, die künftig die Bezeichnung „Hochschulen für Wirtschaft, Soziales, Technik und Gestaltung“ erhalten, sollen auch anwendungsbezogene Forschungs- und Entwicklungsvorhaben durchführen können. Den Absolventen muß die Promotion an den Universitäten erleichtert werden. Dies kann nicht länger in das Wohlwollen der Universitäten gestellt sein.

Viertens. Die Wiedereinführung der verfaßten Studierendenschaft ist überfällig. Bayern ist das einzige alte Bundesland ohne verfaßte Studierendenschaft. Selbst wenn wir es zum wiederholten Male fordern, bleibt dies eine berechtigte Forderung.

Fünftens: Der Zugang zu den Hochschulen für Berufstätige ist eine Forderung, mit der die SPD nicht alleinsteht. Industrie und Wirtschaft haben längst erkannt, daß dies notwendig ist. Bei besonderer berufli-



(Frau Radermacher [SPD])

cher Qualifikation soll ein Studium auch ohne Abitur möglich sein. Über nähere Einzelheiten ist sicher zu reden. Wir können aber unserer Meinung nach nicht ständig in Sonntagsreden von Gleichwertigkeit schulischer und beruflicher Bildung sprechen, ohne in diesem Bereich endlich zu handeln.

Das waren nur einige unserer Vorstellungen. Wer auch den Gesetzentwurf der CSU gelesen hat, weiß, daß dort einige unserer Vorstellungen ähnlich oder zum Teil gleichlautend auftauchen. Allerdings geht uns der CSU-Gesetzentwurf nicht weit genug, aber er enthält auch Änderungen, denen wir nicht zustimmen werden. Wir werden Sie, Herr Kollege Dr. Schosser, im kulturpolitischen Ausschuß hoffentlich davon überzeugen, daß die halbherzige Änderung, die Sie vorschlagen, zu kurz gesprungen ist, und Sie überzeugen, daß Sie unseren Vorschlägen auch zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Ich bedanke mich für die Begründung. Der Gesetzentwurf der CSU-Fraktion wird vom Kollegen Dr. Schosser begründet. Sie haben das Wort, Herr Kollege.

**Dr. Schosser (CSU):** Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Sie müssen eine sehr große Überzeugungskraft entwickeln, wenn Sie uns überzeugen wollen, geschätzte Kollegin.

(Abg. Dr. Heinz Kaiser: Das vermute ich auch!)

Warten wir es ab! Ich möchte heute keine Prognose abgeben. Wir sind jedenfalls offen für eine ernste und sorgfältige Beratung; das ist ganz klar.

Unser Gesetzentwurf geht in der Tat in manchen Punkten nicht so weit wie der Ihre. In einigen Punkten jedoch sagt er Dinge aus, die Sie gar nicht ansprechen. Ich darf die wichtigsten Teile aufzählen.

Wir wollen auch, daß die Fachhochschulen in Zukunft anwendungsorientierte Forschung treiben können. Wir halten das für überfällig. Wir binden das allerdings an die Drittmittel, die dafür „eingeworben“ werden können. Dafür gibt es zwei Gründe, die ich Ihnen ganz kurz schildern kann.

Zum einen wollen wir natürlich nicht, daß die Fachhochschulen letztlich Pseudo-Universitäten werden. Sie haben ihren eigenen Rang. Würden wir aber die Forschung gewissermaßen als Dienstaufgabe der Fachhochschulen billigen, würde der Ruf nach einer Grundausstattung analog zu der der Universitäten wohl erhoben werden. Diese Identifizierung der beiden Hochschularten halten wir für verkehrt. Daß es zum anderen auch ein finanzielles Problem wäre, brauche ich nicht weiter auszuführen.

Wir sind ebenfalls der Meinung, daß der Status der Frauenbeauftragten verbessert werden muß, und sehen hierfür bestimmte Entlastungszeiten vor, die nicht so weit gehen, wie in Ihrem Entwurf vorgesehen. Wir beschränken das auf die Frauenbeauftragte der Hochschule, während Sie auch die Frauen-

beauftragten der Fakultäten und Fachbereiche einbeziehen.

Wir haben einen Punkt, den Sie, wenn ich es recht im Kopf habe, offensichtlich gar nicht ansprechen, der aber politisch unstrittig ist, nämlich die Frage der Datenerhebung bei Studenten. Wir sind durch das Volkszählungsurteil des Bundesverwaltungsgerichts gebunden, das zu vollziehen. Wir versuchen dabei – und das ist eine sehr schwierige Frage gewesen –, die Balance zwischen den Interessen der Studenten und denen der Universität zu erreichen.

Ein wichtiger Artikel – einer der wichtigsten in unserem Gesetzentwurf – betrifft die Ordnung der Prüfungen. Jeder, der die Materie kennt, weiß, daß immer wieder Mißbrauch getrieben wird. Das trifft natürlich nicht auf jeden zu; ich möchte nicht pauschal urteilen. Das wäre falsch. Aber es gibt einen weitgehenden Mißbrauch der Prüfungsordnungen. Den versuchen wir abzustellen.

Unter anderem sehen wir wie Sie den „Freischuß“ vor, der sich bei den Juristen hervorragend bewährt hat, in manchen Disziplinen und vor allem an den Fachhochschulen aber wahrscheinlich nicht übernehmbar ist, was ich sehr bedauere. Das liegt aber an der Art der Prüfungen, die an den Fachhochschulen vorgenommen werden.

Wir haben außerdem vorgesehen, für die Gaststudierenden und namentlich die Senioren Studiengebühren einzuführen. Das scheint uns zwingend zu sein, und zwar weil wir ganz simpel aus Gründen der Gerechtigkeit nicht mehr tolerieren können, daß die Träger der Erwachsenenbildung von ihren Kunden Gebühren verlangen müssen, an den Universitäten aber alles umsonst ist. Das ist einfach nicht mehr miteinander vereinbar. Ich habe die Bitte der Erwachsenenbildungsträger seit zwei, drei Jahren auf dem Tisch, diesen Zustand zu ändern. Das ist keine parteipolitische Einsicht, sondern das ergibt sich aus der Sache selbst.

Schließlich versuchen wir, für die Studenten auch ein Angebot zur Benutzung des öffentlichen Nahverkehrs zu machen. Auch Sie haben das sogenannte Darmstädter Modell vorgesehen. Das heißt, daß der Student in Zukunft die öffentlichen Verkehrsmittel benutzen kann, ohne dafür zu bezahlen. Allerdings – das sage ich gleich jetzt ganz eindeutig – kann nur die Lösung in Frage kommen, daß dies eine Option und keine Verpflichtung ist. Aber auch die Option muß so aussehen, daß es kostenneutral ist; das heißt, das Studentenwerk darf nicht draufzahlen, sondern der Student und die Studentin müssen die Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel durch einen höheren Beitrag zum Studentenwerk mitfinanzieren. Das möchte ich ganz eindeutig sagen.

Damit habe ich die markanten Punkte unseres Entwurfs dargelegt. Ich hoffe auf einen guten Beratungsverlauf in den Ausschüssen.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Ich bedanke mich für die Begründung. – Ich eröffne die allgemeine Aussprache. Gibt es Wortmeldungen? – Das ist nicht der



(Erster Vizepräsident Möslein)

Fall. Die allgemeine Aussprache ist geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf auf Drucksache 12/9434 – das ist der SPD-Gesetzentwurf – dem Ausschuß für kulturpolitische Fragen, dem Ausschuß für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik, dem Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr, dem Ausschuß für Landesentwicklung und Umweltfragen, dem Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen, dem Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen, und den Gesetzentwurf auf Drucksache 12/9590 – das ist der CSU-Gesetzentwurf – dem Ausschuß für kulturpolitische Fragen, dem Ausschuß für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik, dem Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr, dem Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen und dem Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen zu überweisen. – Damit besteht Einverständnis. Es ist so beschlossen.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 2 c:  
Erste Lesung zum

**Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Rundfunkgesetzes (Drucksache 12/9538)**

Wird der Gesetzentwurf von seiten der Staatsregierung begründet

(Zuruf von der CSU: Nein!)

– Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Gibt es dazu Wortmeldungen? –

(Zuruf von der CSU: Nein!)

Eine Wortmeldung des Abgeordneten Dr. Kaiser. Sie haben das Wort.

(Zuruf von der CSU: Überall redet der Kaiser!)

**Dr. Kaiser** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Rundfunkgesetzes beschränkt sich im wesentlichen auf eine bloße rechtstechnische Anpassung an den Rundfunkstaatsvertrag. Die große Chance, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Bayern zu modernisieren, weiterzuentwickeln und damit im publizistischen Wettbewerb mit den privaten Programmanbietern zu stärken, wurde nicht ergriffen. Dazu fehlte es der Staatsregierung an Kraft, medienpolitischer Aktivität und Phantasie. Damit bestätigt sich erneut das Urteil der Fachwelt: In Bayern wird Medienpolitik nicht mehr gestaltet, sondern nur noch verwaltet.

Die öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt BR als Institution der gesamten Gesellschaft und nicht des Freistaates oder gar der Regierung bedarf einer Demokratisierung. Es gilt, die Rechte des Rundfunkrates als Vertreter der bedeutsamen politischen, weltanschaulichen und gesellschaftlichen Gruppen wesentlich zu stärken und damit die vergrößerten Strukturen einer überholten Intendantenverfassung des BR aufzubrechen. Die SPD-Fraktion wird für die Beratungen des Rundfunkgesetzes deshalb drei wichtige Änderungen beantragen.

Erstens. Die Besetzung der führenden Funktionen an der Spitze des BR erfolgt durch echte Wahlen im Rundfunkrat. Dazu gehört vor allem ein Vorschlagsrecht der Mitglieder des Rundfunkrates. Bisher hat allein der Intendant diese Möglichkeit. Der Rundfunkrat kann lediglich nach dem Motto „Vogel friß oder stirb!“ zustimmen oder ablehnen, ohne selbst irgendwelche Alternativen zu haben. Ja, der Intendant kann sogar einen Bewerber, der nicht von einer Mehrheit bestätigt wird, ein zweites Mal für den Rundfunkrat vorschlagen. Die Besetzung der verantwortlichen Positionen wird durch diese Verfahrensweise zu einem Personalgeckel im Vorfeld.

Zweitens. Der Rundfunkrat erhält ein wirkliches Budgetrecht für den Haushalt des Senders, d. h. die Möglichkeit, Änderungs- und Umschichtungsvorschläge zu machen und nicht nur dem vom Intendanten vorgeschlagenen Haushalt insgesamt zuzustimmen oder ihn abzulehnen.

Drittens. Zur Stärkung der journalistischen Verantwortung zur Abwehr von Eingriffen in die grundgesetzlich verbürgte Rundfunkfreiheit, wie sie in Bayern leider an der Tagesordnung sind, schlägt die SPD-Fraktion vor, dem Bayerischen Rundfunk ein Redakteurstatut zu geben. Es ist bezeichnend für das Demokratiedefizit im BR, daß Intendant Scharf sich seit fast zwei Jahren weigert, ein von der Sprechergruppe, der Redakteurgruppe, ausgearbeitetes Statut zu unterschreiben. Dieses Statut sollte den BR-Redakteuren und Programm-Mitarbeitern die Möglichkeit der Anhörung und Mitentscheidung bei Programmkonflikten und Personalentscheidungen einräumen. Dazu sollte der Redakteurausschuß als Schlichtungsinstanz in Aktion treten.

Wie schon beim Mediengesetz verweisen wir auch beim Rundfunkgesetz darauf, daß das bei einem Streit zwischen BR und BLM über Frequenzvergaben vorgegebene Stichentscheidungsrecht der Staatsregierung unseres Erachtens verfassungswidrig ist. Wir werden deshalb erneut einen gemeinsamen Frequenzvergabeausschuß aus Mitgliedern des Medienrates und des Rundfunkrates unter neutralem Vorsitz vorschlagen.

Meine Damen und Herren, mit der von der Union und der FDP betriebenen und durchgesetzten Einführung von privatem Rundfunk und Fernsehen hat sich in der Bundesrepublik ein duales Rundfunksystem entwickelt. Der Kampf um Einschaltquoten hat, wie von vielen gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere den Kirchen, den Gewerkschaften und auch der SPD, vorausgesetzt, zu einer Programmverflachung, zu einer Inflation von Gewaltdarstellungen auf unseren Bildschirmen geführt, einer Entwicklung, der sich leider oftmals auch die öffentlich-rechtlichen Sender nicht entziehen zu können glauben. Es ist schon bemerkenswert pharisäerhaft, wie gerade die dafür politisch verantwortlichen Kräfte heute mit lautem Klagen in Unterschriftenaktionen usw. von ihrer Urhebererschaft für diese Fehlentwicklung abzulenken versuchen.

Staatspolitisch äußerst bedenklich ist die Meinungskonzentration im privaten Fernsehen auf wenige Konzerne, die auch bei den Printmedien über eine starke



(Dr. Kaiser Heinz [SPD])

mationsauftrag zu erfüllen haben. Wir, die Politiker, haben die Verantwortung, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen.

Wir werden die Gelegenheit bei diesen Gesetzesberatungen nutzen, die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, den BR vom rechtlich-öffentlichen Sender wieder auf den Weg zum öffentlich-rechtlichen Sender zu bringen.

(Ha, ha! bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Nächste Wortmeldung: Herr Abgeordneter von Gumpenberg. Sie haben, das Wort.

**Freiherr von Gumpenberg (FDP):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich will nur wenige Sätze sagen. Wir haben hinreichend Gelegenheit, dies in den Ausschüssen zu beraten.

Der hier vorliegende Gesetzentwurf verpaßt die Chance, die seitens der Staatsregierung durchaus gegeben war, dem Anliegen unsererseits, dem berechtigten Anliegen der Liberalen, zu entsprechen, was die Demokratisierung und die Zusammensetzung des Rundfunkrates angeht. Wir hätten uns gewünscht, daß man die Chance nutzt, die man gegenwärtig hat, um dieses Gremium sehr viel pluraler, als dies gegenwärtig der Fall ist, zu besetzen. Dies ist eigentlich der wesentliche Punkt, der uns irritiert.

Zu den weiteren Einzelheiten des hier vorliegenden Gesetzentwurfes werden wir uns in den Ausschüssen äußern. Ich belasse es dabei in dieser Aussprache.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Nächste Wortmeldung: Herr Abgeordneter von Redwitz. Sie haben das Wort, Herr Kollege.

**Freiherr von Redwitz (CSU):** Herr Präsident, Hohes Haus! Im Gegensatz zur Meinung des Herrn Kaiser geht die Anpassung der Neuerung des Bayerischen Rundfunkgesetzes nicht nur auf den Rundfunkstaatsvertrag ein, sondern berücksichtigt eine ganze Menge anderer Neuerungen, die sich in den letzten Jahren ergeben haben. So geht es auf jeden Fall auf die neue Rechtsprechung ein, auf die 6. Rundfunkentscheidung, die einiges an neuen Gewichten gesetzt hat. Sie geht ein auf den neuen ZDF-Staatsvertrag in bezug auf den Fernsehtext, die Sicherung der Daten in diesem Zusammenhang und führt ganz neu all das ein, was sich mit Datenschutz, speziell im Zusammenhang des Bayerischen Rundfunks, beschäftigt. Insofern steckt mehr Inhalt darin, als Sie in der Rede, die Ihnen irgend jemand aufgeschrieben hat, Herr Kaiser, erwähnt haben.

Zudem hat sich inzwischen der Senat mit diesem Gesetzentwurf der Staatsregierung beschäftigt. Er hat dazu am 28. Juli eine Reihe von sehr konstruktiven Vorschlägen vorgelegt, die inzwischen in den jetzt vorliegenden Entwurf weitestgehend eingearbeitet sind.

Ein wesentlicher Punkt wird dabei angeschnitten, nämlich die Frage, inwieweit sich der Bayerische Rundfunk an anderen Funkanstalten, sowohl programmlich wie auch unternehmensmäßig, kapitalmäßig beteiligen kann. Es wird im Zuge der Beratungen zu klären sein, welche Rechte man dem Bayerischen Rundfunk hier einräumt. Es ist nicht einzusehen, daß andere Funkanstalten, wie der Westdeutsche Rundfunk oder Radio Luxemburg, das Recht haben, sich in Bayern in solcher Art zu beteiligen, aber der Bayerische Rundfunk dieses Recht nicht haben soll. Wir meinen, daß wir hier in der Verantwortung stehen, den Bayerischen Rundfunk entsprechend zu stärken.

Geregelt wird in dem neuen Bayerischen Rundfunkgesetz auch die Werbung über Satellit. Hier scheint sich inzwischen eine Einigung zu ergeben.

Die Frage, ob man, wie die FDP meint, die Pluralität im Rundfunkrat erhöhen sollte, ist eine Grundsatzfrage. Diese kann man sich beim Senat und bei anderen Gremien stellen. Ich glaube nicht, daß im Augenblick der richtige Zeitpunkt ist, diese Grundsatzfrage aufzugreifen. Aber es wird der FDP überlassen sein, im Rahmen der Beratungen entsprechend konkrete Vorschläge zu machen.

(Abg. Frh. von Gumpenberg: Herzlichen Dank, Herr Kollege!)

– Bitte sehr, Herr Kollege von Gumpenberg.

Insgesamt meine ich, daß durch dieses Rundfunkgesetz eine Stärkung des Bayerischen Rundfunks erfolgt. Ich halte es bei der jetzigen Lage für gerechtfertigt und richtig, daß bestimmte bisher nicht geklärte Vorgänge geklärt werden und auch Vorgaben geregelt werden, die der Rundfunk-Staatsvertrag erfordert. Trotzdem läßt das Gesetz dem Bayerischen Rundfunk genügend Freiheit für eine sinnvolle Gestaltung seiner weiteren Arbeit. Die weitere Auseinandersetzung, so meine ich, sollten wir den Ausschußberatungen überlassen.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Das Wort erteile ich nun dem Leiter der Staatskanzlei, Herrn Staatssekretär Böhm.

**Staatssekretär Böhm:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Das novellierte Rundfunkgesetz findet doch sehr viel Interesse im Haus. Deswegen sage ich entgegen meiner ursprünglichen Absicht doch einiges zu den Intentionen der Staatsregierung. Mit dem Ihnen heute in Erster Lesung vorliegenden Gesetzentwurf soll das Bayerische Rundfunkgesetz maßvoll weiterentwickelt und modernisiert werden. Die Notwendigkeit dieser Änderungen ergibt sich nach Auffassung der Staatsregierung aus den folgenden Gründen.

Erstens. Am 1. Januar 1992 ist der neue Rundfunkstaatsvertrag in Kraft getreten. Dieser fordert in einigen Bereichen Änderungen des Bayerischen Rundfunkgesetzes, die allerdings mehr redaktioneller Natur sind.

Zweitens. Beginnend mit dem sogenannten Niedersachsen-Urteil vom 4. November 1986, hat das Bun-



(Staatssekretär Böhm)

desverfassungsgericht in den vergangenen Jahren mehrfach die Anforderungen definiert, die sich dem Gesetzgeber bei der Ausformung des dualen Rundfunksystems nach dem Grundrecht der Rundfunkfreiheit stellen. Das Bundesverfassungsgericht hat dabei mehrfach auch zur Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks Stellung genommen, insbesondere zu Fragen der Finanzierung, des Programmauftrages und der Bestands- und Entwicklungsgarantie. Diese Rechtsprechung soll nun ihren Niederschlag im Bayerischen Rundfunkgesetz finden, wie dies bereits beim ZDF durch den neuen ZDF-Staatsvertrag und zum Teil bei einzelnen ARD-Anstalten geschehen ist.

Drittens. Die Staatsregierung will mit dem Gesetzentwurf die Stellung des Bayerischen Rundfunks in einer größer gewordenen ARD und in einem schwieriger gewordenen medienpolitischen Umfeld stärken. Der Bayerische Rundfunk ist die drittgrößte Anstalt der ARD nach dem Westdeutschen Rundfunk und dem Norddeutschen Rundfunk. Es liegt im Interesse Bayerns, daß der Bayerische Rundfunk über dieselben rechtlichen Möglichkeiten verfügt wie der WDR und der NDR und andere ARD-Anstalten.

In diesem Zusammenhang war im Senat vor allem die im Gesetzentwurf enthaltene Möglichkeit umstritten, daß der Bayerische Rundfunk zur Veranstaltung von Rundfunk mit Privaten kooperieren und sich auch am Programm oder am Programm und am Kapital privater Veranstalter beteiligen kann. Die Staatsregierung hat diese Frage aufgrund des Senatsgutachtens noch einmal intensiv geprüft mit dem Ergebnis, daß sie an ihrem ursprünglichen Vorschlag festhält. Hierfür waren die folgenden Überlegungen maßgebend.

Die ARD ist ohne Strukturreform immer weniger in der Lage, Entscheidungen im Konsens zu treffen. Dies haben nicht zuletzt die Vorgänge um Euronews im vergangenen Jahr gezeigt. Der Gesetzgeber muß deshalb nach Auffassung der Staatsregierung Vorsorge treffen, daß der Bayerische Rundfunk im Programmbereich auch unabhängig von der ARD tätig werden kann. Den beiden größten ARD-Anstalten, WDR und NDR, wurden bereits entsprechende Kooperations- und Beteiligungsmöglichkeiten eingeräumt. Ich verstehe, daß der Intendant des Bayerischen Rundfunks es für die Positionierung des BR innerhalb der ARD für wichtig erachtet, daß auf diesem Gebiet eine Gleichberechtigung hergestellt wird. Dem Bayerischen Rundfunk sollte nicht versagt werden, was anderen Rundfunkanstalten erlaubt ist. Es wäre widersinnig, wenn sich zwar WDR und NDR und ausländische Veranstalter an bayerischen privaten Anbietern beteiligen oder mit diesen kooperieren könnten, dem Bayerischen Rundfunk dies aber untersagt würde.

Das duale Rundfunksystem wird mit solchen Kooperations- und Beteiligungsmöglichkeiten nicht auf den Kopf gestellt. Der Intendant des Bayerischen Rundfunks hat deutlich gemacht, daß er derzeit überhaupt keine Absicht hat, irgendwelche Beteiligungen einzugehen. Die Genehmigungsbefugnisse der Bayerischen Landeszentrale für Neue Medien für solche

Kooperationen und Beteiligungen bleiben voll erhalten. Solange also aus der Sicht der Landeszentrale solche Beteiligungen und Kooperationen unerwünscht sind, hat sie es selbst in der Hand, sie zu verhindern.

Unstreitig war bei den Beratungen im Senat die Möglichkeit der Beteiligung des Bayerischen Rundfunks an nationalen und internationalen Programmen, auch solchen in privater Rechtsform. Würde man nun die Beteiligungen an solchen Programmen zulassen, gleichzeitig aber eine Beteiligung an in Bayern ansässigen Veranstaltungen untersagen, dann würde dies bedeuten, daß kein derartiges nationales oder internationales Kooperationsprogramm seinen Sitz in Bayern nehmen könnte. Dies wäre medienpolitisch verfehlt. Deswegen ist die Staatsregierung in diesem Punkt der Anregung des Senats nicht gefolgt.

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist in der letzten Zeit ins Gerede gekommen, vornehmlich allerdings durch Äußerungen von unzuständiger Seite. Ich bin nicht der Auffassung, daß sich öffentlich-rechtliche und private Fernsehprogramme nicht mehr unterscheiden lassen. Bereits ein vergleichender Blick auf die Programmorschau etwa des Bayerischen Fernsehens und eines der vier großen privaten Fernsehanbieter zeigt deutliche Unterschiede, nicht nur am Samstagabend.

Die Einnahmen des größten deutschen privaten Fernsehveranstalters dürften in diesem Jahre fast doppelt so hoch sein wie die des Bayerischen Rundfunks. Wenn man bedenkt, daß der Bayerische Rundfunk mit diesen Mitteln nicht nur seinen Anteil am Gemeinschaftsprogramm der ARD finanziert, sondern auch mit dem Bayerischen Fernsehen das bundesweit erfolgreichste Dritte Fernsehprogramm und fünf Hörfunkprogramme ausstrahlt, dann sollte man jedenfalls nicht der Versuchung erliegen, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk über einen Kamm zu scheren.

Wir beteiligen uns nicht an medienpolitischen Sandkastenspielen. Wir haben im vergangenen Jahr für die privaten Rundfunkanbieter mit dem Bayerischen Mediengesetz eine dauerhafte Rechtsgrundlage geschaffen, und wir wollen nun mit der Novelle zum Bayerischen Rundfunkgesetz den Bestand und die Entwicklung des Bayerischen Rundfunks in weniger politisch bewegten Zeiten sichern.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Möslin:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuß für kulturpolitische Fragen, dem Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr, dem Ausschuß für Bundes- und Europaangelegenheiten und dem Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen zu überweisen. – Damit besteht Einverständnis. Es ist so beschlossen.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 2d: Erste Lesung zum



(Erster Vizepräsident Möslin)

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Paulig, Kellner, Dr. Magerl und Fraktion DIE GRÜNEN zur Änderung der Bayerischen Bauordnung (Drucksache 12/9586)**

Der Gesetzentwurf wird von der Frau Abgeordneten Kellner begründet. Dazu erteile ich Ihnen das Wort.

Frau **Kellner** (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Bei diesem Gesetzentwurf zur Änderung der Bayerischen Bauordnung geht es ganz konkret um die Stellplatzverordnung. Wir sind der Meinung, daß die Stellplatzverordnung längst an die veränderten verkehrspolitischen Ziele, nämlich der Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs und der Förderung des Radverkehrs und des ÖPNV, angepaßt werden müßte.

Wir schlagen in diesem Gesetzentwurf ganz konkret vor, daß bei öffentlichen und privaten Bauten Fahrradstellplätze vorgeschrieben werden müssen. Bisher erfahren gerade die Radfahrerinnen und Radfahrer eine eher stiefmütterliche Behandlung, wie alle diejenigen unter uns, die das Fahrrad als Hauptverkehrsmittel benutzen, täglich feststellen können.

Eine weitere Forderung ist die Befreiung vom Stellplatznachweis für öffentliche Anlagen wie Krankenhäuser, Verwaltungseinrichtungen, Universitäten und Freizeitstätten, wenn diese mit dem ÖPNV gut erreicht werden können. Die Ablöse soll dann auch für Maßnahmen zur Verbesserung des ÖPNV verwendet werden können. Zum Beispiel könnte man damit Buswartehäuschen und ähnliches finanzieren.

Meine Damen und Herren, Sie wissen alle, daß die Novellierung der Stellplatzverordnung längst überfällig ist. Die Stellplatzverordnung geht nämlich zurück auf die Reichsgaragenverordnung von 1936. Der Innenminister kündigt seit eineinhalb Jahren immer wieder einmal an, daß er demnächst eine Novellierung vorschlagen wird. Bisher habe ich leider noch nichts gesehen. In Berlin und Hessen wurde die Stellplatzverordnung bereits in ähnlicher Weise geändert, in Hamburg und in Niedersachsen ist eine Änderung in Vorbereitung. Wir sind der Meinung, daß das in Bayern jetzt auch geschehen sollte, und bitten deshalb um Überweisung des Entwurfs an die Ausschüsse.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Möslin:** Ich eröffne die Aussprache. Erste Wortmeldung: Herr Abgeordneter Kling. Sie haben das Wort, Herr Kollege.

**Kling** (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Antrag der GRÜNEN auf Änderung der Stellplatzverordnung hat drei Ziele: erstens die Einführung einer generellen Stellplatzpflicht für Fahrräder, zweitens den Verzicht auf Kfz-Stellplätze bei öffentlichen und unter dem Einsatz öffentlicher Mittel errichteten Gebäuden, drittens einen Einsatz der Stellplatzablösebeträge für bauliche Maßnahmen zum Ausbau und zur Modernisierung von Einrichtungen des öffentlichen Personennahverkehrs.

Schon in der Begründung haben Sie, Frau Kollegin Kellner, drei Tatsachen angeführt, die unzutreffend sind, die ich richtigstellen und zu denen ich in den Ausschüssen weitere Erläuterungen geben werde.

Erstens wird geschrieben, eine entsprechende Vorschrift für Fahrradabstellplätze fehle in Bayern. Das ist unzutreffend, weil die Bayerische Bauordnung in Artikel 91 ausdrücklich eine Satzungsermächtigung enthält, nach der Satzungen über Fahrradstellplätze geschaffen werden können. In der Satzung der Stadt Nürnberg und in einer vorbildlichen Satzung der Stadt Ingolstadt können Sie erkennen, daß unsere Bauordnung den Kommunen diese Möglichkeit eröffnet. In Bayern ist in vielen Fällen von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht worden. Man kann vielleicht beklagen, daß davon noch zu wenig Gebrauch gemacht wird. Jedenfalls aber war Ihre Darstellung vorhin unzutreffend. Das, was im Vorspann Ihres Gesetzentwurfes steht, ist nicht haltbar.

Eine zweite Anmerkung, die Sie gemacht haben, ist ebenfalls unrichtig. Sie sagen, öffentliche Anlagen und Arbeitsstätten seien so gut an den öffentlichen Personennahverkehr angebunden, daß für Sie die Notwendigkeit von Kfz-Stellplätzen nicht mehr bestehe.

(Frau Abg. Kellner: Das habe ich doch nicht gesagt!)

Das ist eine Illusion, ich werde Ihnen im Ausschuß auch nachweisen, daß dies unzutreffend ist.

Drittens behaupten Sie, daß in Zukunft weniger Stellplätze notwendig sind. Sie wollen deshalb die Mittel, die für Stellplätze bezahlt werden müssen, für den öffentlichen Personennahverkehr verwenden. Auch dazu wird Ihnen im Ausschuß angemessen geantwortet werden. Ich weise nur darauf hin, daß aus Ihrem Vorschlag überhaupt nicht nachzuvollziehen ist, warum die Stellplatzpflicht so zu verändern ist, wie Sie das wollen. Der Zu- und Abfahrtsverkehr außerhalb einer öffentlichen Verkehrsfläche muß geregelt werden. Im übrigen macht es hinsichtlich der Tatsache, daß ein Zu- und Abfahrtsverkehr stattfindet, überhaupt keinen Unterschied, ob eine Fläche öffentlichen oder privaten Zwecken dient. Auch zum Verkehrsaufkommen und seiner Differenzierung kann man viel sagen. Das wird im Ausschuß noch geschehen.

Noch etwas zum Einsatz von Stellplatzablösebeträgen: Die Vorschrift über die Stellplatzablöse in Artikel 56 wollen Sie neu fassen. Ihre Regelung aber enthält erhebliche Widersprüche. Sie vermischen das eine mit dem anderen. Ich will das nicht weiter vertiefen.

Ich kündige an, daß wir nach einer entsprechenden Begründung den Gesetzentwurf ablehnen werden, nicht zuletzt deshalb, weil wir das Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr neu fassen wollen und auch eine Neufassung der Bayerischen Bauordnung in der Diskussion ist. Dann kann man auch über einige Ihrer Anliegen reden.



**Erster Vizepräsident Möslin:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf erstens dem Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr, zweitens dem Ausschuß für Landesentwicklung und Umweltfragen, drittens dem Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen und viertens dem Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen zu überweisen. – Damit besteht Einverständnis. Es ist so beschlossen.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 2e: Erste Lesung zum

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Dr. Bittl, Neu-meier, Rosenbauer Georg CSU zur Änderung des Gesetzes über die Forstrechte (Drucksache 12/9443)**

Wird der Gesetzentwurf von seiten der Antragsteller begründet? – Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die allgemeine Aussprache. Gibt es Wortmeldungen? – Auch das ist nicht der Fall. Die Aussprache ist geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, dem Ausschuß für Landesentwicklung und Umweltfragen, dem Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen und dem Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen zu überweisen. – Damit besteht Einverständnis. Es ist so beschlossen.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 7:

**Abstimmung über Anträge, die nicht einzeln beraten werden\*)**

Ich stelle die in der Anlage aufgelisteten Anträge insgesamt zur Abstimmung. Die Voten der Ausschüsse zu den Anträgen liegen Ihnen vor. Hinsichtlich der zustimmenden Kenntnisnahme, die sich auf das Abstimmungsverhalten der eigenen Fraktion in den Ausschüssen bezieht, bitte ich um Ihr Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag die von den Ausschüssen empfohlenen Voten.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 9:

**Antrag der Abgeordneten Hiersemann, Haas, Jungfer und Fraktion SPD Vorlage eines Gesetzes zur Gleichstellung von Frauen und Männern im Verantwortungsbereich des Freistaates Bayern (Drucksache 12/2328)**

Über die Beratungen im Ausschuß für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik (Drs. 12/6210) berichtet die Frau Kollegin Haas. Ich erteile ihr das Wort.

Frau **Haas** (SPD), Berichterstatterin: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Sozialpolitische Ausschuß befaßte sich am 30. April letzten Jahres mit dem aufgerufenen Antrag. In der Beratung wies ich als Berichterstatterin auf das Anliegen in der

Antragstellung hin und auch auf die Tatsache, daß mit der Antragstellung keinerlei Festschreibungen verbunden seien, sondern daß im Gegenteil noch Spielräume bleiben, die das Parlament zur Gestaltung nutzen könne.

Mitberichterstatterin war die Frau Kollegin Deml. Sie betonte, daß es ein gemeinsames Anliegen sei, den Verfassungsauftrag der Gleichbehandlung von Mann und Frau besser zu erfüllen, daß es aber seitens der CSU-Fraktion noch Skepsis gebe, ob die Ziele im Detail gemeinsam so verfolgt werden könnten. Sie wies ihrerseits auf die aus ihrer Sicht bereits vorhandenen Verbesserungen hin, die in Bayern vom Gesetzgeber schon getroffen worden seien. Sie beantragte die Ablehnung dieses Antrags, auch unter Hinweis darauf, daß vom Bundesgesetzgeber ein solches Gesetz zu erwarten sei und diesem nicht vorgegriffen werden solle.

Frau Abgeordnete Scheel von den GRÜNEN schloß sich dem SPD-Antrag in der Intention an und unterstrich auch ihrerseits, daß Gegenstand dieses Antrages nicht Einzelfestlegungen seien, sondern der Auftrag an die Gesetzgebung, auch an die Ministerialbürokratie, dem Anliegen in der entsprechenden Form Rechnung zu tragen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der Antrag mit den Stimmen der CSU gegen die Stimmen der SPD und der GRÜNEN bei Stimmengleichheit in Abwesenheit der Vertreterin der FDP abgelehnt.

Alles Weitere möchte ich in der Allgemeinen Aussprache ausführen.

**Erster Vizepräsident Möslin:** Danke für die Berichterstattung. Ich eröffne die Allgemeine Aussprache. Dazu erteile ich Ihnen das Wort.

Frau **Haas** (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Sie haben gespürt, daß ich mich bei der Berichterstattung so kurz wie möglich gefaßt habe, damit mir noch die Chance bleibt, zumindest in einigen Passagen die Antragstellung zu erörtern.

Ich möchte Sie bitten, diesen Antrag ein weiteres Mal als Chance zu betrachten, als Chance, Ihre eigenen Mitgestaltungsmöglichkeiten wahrzunehmen. Was besagt der Antrag der SPD-Fraktion? Er formuliert, daß ein Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern im Verantwortungsbereich des Freistaates Bayern vorgelegt werden möge. Er gibt lediglich vor, daß die Staatsregierung einen Gesetzentwurf auf den Weg bringen möge, der die gleiche Teilhabe von Frauen und Männern an der Erwerbsarbeit, der Familienarbeit, also in keiner Weise einseitig, am gesellschaftlichen Leben, am kulturellen Leben und am politischen Leben in Bayern regeln soll. Wenn ich dies heute an dieser Stelle vortrage, darf ich Sie daran erinnern, daß zum Beispiel mit der Vorlage eines Gesetzentwurfs zum Bayerischen Rundfunkgesetz wieder so ein Punkt erreicht wäre, an dem überprüft werden müßte, ob sich die scheinbar selbstverständliche Forderung, die ich mit diesem Antrag erhoben habe, dort wiederfindet. Ist es denn in diesem Gesetzentwurf wie in anderen, die aus dem bisherigen Nicht-

\*) Anlage



(Frau Haas [SPD])

vorliegen einer solchen gesetzlichen Festschreibung herrühren, tatsächlich so, daß die gleiche Teilhabe von Frauen und Männern gegeben ist? Meines Wissens ist diese gleiche Teilhabe weder im Rundfunkrat noch im Medienrat gewährleistet, obwohl doch im Kreis derer, die dort vertreten werden sollen, Frauen und Männer gleichermaßen vertreten sind; ob das die Hörerschaft ist, ob es die Veranstalter sind, ob es die Produzierenden sind. Sie finden sich in dieser Gesetzgebung nicht gleichermaßen wieder. Diese Gesetzgebung gibt es eben noch nicht. Wir konzedieren durchaus, daß auf dem Weg zur Erreichung dieses Zieles von den verschiedenen Betrachtungsweisen her durchaus verschiedene Wege gangbar sind. – Ich betone dies insbesondere deswegen, weil ich keiner Fraktion hinsichtlich des Weges, wie das Ziel erreicht werden soll, vorgeifen möchte. Daß aber das Ziel erreicht werden soll, das wird – jedenfalls in der Öffentlichkeit – als gemeinsames Anliegen vermittelt, wenn sich zum Beispiel Frau Staatssekretärin Stamm dafür einsetzt, daß der sich aus dem Grundgesetz ergebende Anspruch tatsächlich in die Wirklichkeit umgesetzt werden soll. Soweit wir selbst gefordert sind, sind wir aber auf der Ebene des Freistaates Bayern diesen Beweis bisher schuldig geblieben. Diesen zu erbringen, nur darum, Kolleginnen und Kollegen, bitte ich Sie.

Ich muß an dieser Stelle auch noch die für mich und für uns beschämende Geschichte dieses Antrags in Erinnerung rufen. Allein aus der Drucksachennummer können Sie ersehen, daß diese Antragstellung einen längeren Vorlauf hatte, als es sich aus der Behandlung im Sozialpolitischen Ausschuß entnehmen läßt. Die Antragstellung – das ist unzweideutig zu erkennen – erfolgte bereits im Frühsommer 1991, die erste Befassung damit auch noch 1991. Damals vertrauten wir noch darauf, daß es dem Landtag bzw. den Vertreterinnen und Vertretern in den zuständigen Ausschüssen mindestens so notwendig erscheinen würde wie den Kolleginnen und Kollegen im Senat, sich ernsthaft mit der Problematik der Gleichstellung auseinanderzusetzen. Bei einem vergleichbaren Antrag – der allerdings wesentlich bindender war, weil er die Gesetzesformulierung bereits beinhaltete – war es zum Beispiel im Senat zu einem interfraktionellen Arbeitsausschuß gekommen, der sich mit der Thematik befaßte. Dabei spielt es für mich überhaupt keine Rolle, zu welchem Ergebnis dieser Arbeitsausschuß gekommen ist. Wichtig ist für mich, daß damit von allen zugegeben wurde: Es ist ein Anliegen, das wir teilen, und wir überprüfen jetzt, wie der richtige Weg zu seiner Umsetzung aussieht.

So konnten wir denn auch davon ausgehen, daß im Sozialpolitischen Ausschuß die gleiche Bereitschaft bestehen würde, was zunächst auch in einer gemeinsamen Beschlußfassung zum Ausdruck kam. Wir Frauen – jetzt greife ich vielleicht den Ausführungen der Kollegin Deml vor –, jedenfalls die meisten von uns, waren der Ansicht, wir könnten uns tatsächlich der Thematik ein Stück nähern, zumindest gemeinsam ein paar Eckpunkte festzurren, bei denen es keine Divergenzen geben werde.

Um so entsetzter – das muß ich so eindeutig sagen – waren wir, als dieser Beschluß zu Beginn des Jahres 1992 im gleichen Ausschuß wohl auf Druck der Kollegen – das muß ich jetzt so unverblümt sagen – aus der CSU wieder aufgehoben wurde und damit der Ausschuß zum Ausdruck brachte, daß es kein gemeinsames Anliegen ist, das wir verfolgen wollen, daß wir uns nicht gemeinsam vornehmen, wenigstens bestimmte Rahmendaten miteinander zu verabreden.

Dies zu korrigieren besteht nach wie vor die Möglichkeit. Deshalb habe ich meinen Redebeitrag auch damit begonnen, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß nach wie vor die Chance besteht, uns gemeinsam der Zielvorstellung gleicher Beteiligung von Männern und Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen zu nähern.

Unsere Bereitschaft ist nach wie vor gegeben. Sie sehen es in dem Antrag schwarz auf weiß: Keinen einzigen Punkt haben wir von der SPD als verbindlich und unabänderlich vorgegeben. Wir haben Vorschläge gemacht, wie wir uns diesem Weg nähern könnten, wie wir gemeinsam ans Ziel kommen könnten, ohne daß wir gesagt haben: Das ist die absolut einzige Möglichkeit, das Ziel zu erreichen. Nur das Ziel haben wir eindeutig formuliert. In der Eingangspassage haben wir die eindeutige Forderung zum Ausdruck gebracht, daß ein Gesetzentwurf vorgelegt wird, der die gleiche Teilhabe von Frauen und Männern in allen diesen Bereichen regelt, und zwar dort, wo der Freistaat Bayern zuständig ist.

Ich bitte Sie an dieser Stelle ganz besonders herzlich: Glauben Sie nicht, daß es in der derzeitigen Situation in der Bundesrepublik, aber auch in unserem Land Dinge gibt, die Sie als wichtiger oder eiliger betrachten müßten. Es sind die Punkte, über die wir seit Jahren in diesem Hause sprechen, in denen wir Beschlußfassungen herbeigeführt haben, teilweise übereinstimmend, die sich hier wiederfinden.

Glauben Sie nur nicht, daß in wirtschaftlich schwierigen Zeiten Prioritäten gesetzt werden müßten, von denen die Hälfte der Bevölkerung nicht mehr berücksichtigt wird. Gerade jetzt ist es besonders wichtig, dafür zu sorgen, daß alle gleichermaßen beteiligt werden, denn nur dann haben wir die Gewißheit, daß alle ernst genommen werden, daß alle ihren Beitrag leisten und daß nicht ein Teil der Menschheit ein weiteres Mal zu den Verliererinnen gehört. Unser Land hat, von seiner wirtschaftlichen Ausgangssituation her gesehen, noch größeren Gestaltungsspielraum. Geben wir den Menschen die Gewißheit, daß das Anliegen der Gleichstellung bei uns ernst genommen und umgesetzt wird. Damit wird nichts anderem als der Selbstverständlichkeit Rechnung getragen, daß der Kerngehalt von Artikel 3 des Grundgesetzes, das für uns alle gilt, nicht geändert werden, sondern möglicherweise erweitert werden wird. Da mag die Verfassungsreform aussehen, wie sie will. Der Auftrag für die Ausfüllung dieses Artikels wird stante pede wieder zu uns zurückkommen. Deshalb bitte ich Sie: Lassen Sie uns heute beginnen und nicht darauf warten, bis wir gezwungen sind, es zu tun, denn wenn wir heute beginnen, setzen wir ein Zeichen und ermu-



(Frau Haas [SPD])

tigen die Frauen in unserem Lande. Damit geben wir auch – es soll ja kein Mißverständnis aufkommen – ein Zeichen, daß wir alle gelernt haben, nicht nur Gleichstellungspolitik, sondern auch Familienpolitik ernst zu nehmen. In diesem Sinne bitte ich Sie um Zustimmung.

(Beifall bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Hiersemann:** Vielen Dank, Frau Kollegin Haas! Das Wort hat Frau Abgeordnete Deml.

Frau **Deml** (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin Ihnen sehr dankbar, Frau Haas, daß Sie das gemeinsame Anliegen herausgestellt haben. Auch unser Anliegen ist, daß der verfassungsrechtliche Grundsatz der gleichen Teilhabe und der Gleichbehandlung für Frauen und Männer faktisch verwirklicht wird. Wie Sie in Ihrer Berichterstattung erwähnt haben, habe ich im sozialpolitischen Ausschuß darauf hingewiesen, daß in Bonn derzeit ein Gesetzentwurf erarbeitet wird. Aus einer Pressemitteilung vom 22. Januar habe ich erfahren, daß der Referentenentwurf mittlerweile vorliegt. Die Länder haben jetzt die Möglichkeit, dazu bis zum 1. März Stellungnahmen abzugeben. Wir müssen uns also ohnehin beeilen.

Ich wiederhole noch einmal: Auch wir wollen, daß Frauen am öffentlichen Leben und am Erwerbsleben faktisch die gleiche Teilhabe erhalten. Aber es macht doch keinen Sinn, wenn der Bund und Bayern parallel Gesetzentwürfe vorlegen, denn der Referentenentwurf des Bundes ist ja schon da. Lassen Sie ihn uns miteinander anschauen. Erst dann können wir beurteilen, ob für den Freistaat Bayern auch aus der unterschiedlichen Gesetzgebungskompetenz heraus immer noch Handlungsbedarf besteht. Es ist durchaus auch unser Ziel, daß Frauen in Gremien, zum Beispiel im Rundfunkrat, wo man delegieren kann, eine wesentlich stärkere Teilhabe erhalten. Wir wollen allerdings nicht – um einen anderen Punkt aus Ihrem Antrag herauszugreifen –, daß in die Familien hineingeregelt wird. Sie haben das zwar als Vorschlag bezeichnet, wir werden aber auch in Zukunft sehr darauf achten, daß es nicht so weit kommt, denn Ihr Antrag lautet: Die Staatsregierung wird aufgefordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die gleiche Teilhabe von Frauen und Männern an der Erwerbsarbeit, der Familienarbeit, dem gesellschaftlichen Leben usw. regelt. Weiter heißt es dann: Dazu gehört insbesondere, daß das Gesetz so gestaltet sein muß, daß es nicht nur Vorschriften erläßt, sondern zugleich Instrumente schafft, deren Einhaltung kontrollierbar und damit wirklich verbindlich ist.

(Frau Abg. Anneliese Fischer: Schrecklich!)

Das wollen wir nicht. Wir glauben auch, daß zum Beispiel die Forderung, die Bevorzugung von Frauen bei gleicher Qualifikation solle solange verbindlich sein, bis ihr Anteil bei Einstellungen, Beförderungen und Höhergruppierungen erreicht ist, mit der Verfassung nicht vereinbar ist. Ich schlage deshalb vor, daß wir

uns den Referentenentwurf ansehen, daraus Folgerungen ziehen, welche Konsequenzen Bayern für den Gesetzentwurf zu ziehen hat, und beantrage heute Ablehnung.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Hiersemann:** Vielen Dank, Frau Kollegin Deml! Das Wort hat Frau Kollegin Bock.

Frau **Bock** (FDP): Sehr verehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Weil der Referentenentwurf jetzt vorliegt, stimme ich Frau Kollegin Deml zu. Man sollte ihn sich genau anschauen und dann eventuell Änderungswünsche einbringen.

Es ist überhaupt keine Frage, Frau Kollegin Haas, daß wir alle in der Zielsetzung übereinstimmen, nur stellen Sie in Ihrem Antrag den Anspruch, gleiche Teilhabe an der Familienarbeit zu regeln.

(Frau Abg. Anneliese Fischer: Kontrollieren!)

Das kann man meiner Ansicht nach nicht. Dann geht es weiter: Das Gesetz muß so gestaltet sein, daß seine Einhaltung kontrollierbar ist. – Das ist bei einem Gesetz an und für sich selbstverständlich, denn sonst hätte es keinen Sinn. Wollen Sie wirklich mit gesetzlichen Regelungen in die Familien hineingehen mit der Folge, daß dann überhaupt nichts mehr auf freiwilliger Basis funktioniert? Ich möchte das jedenfalls nicht.

(Beifall bei der FDP)

Der Antrag beinhaltet Forderungen, denen wir ausdrücklich zustimmen; andere sind schon geregelt. Das ist aber nicht Ihre Schuld, denn der Antrag ist vom 27. Juni 1991. In der Zwischenzeit wurde in Bonn das Recht auf einen Kindergartenplatz festgeschrieben, was Sie damals nicht wissen konnten.

(Abg. Spatz: Bayern ist das einzige Bundesland, wo es das nicht gibt!)

– Ja, das ist der besondere Trick in Bayern. Für nicht durchführbar halte ich persönlich die Benennung und Entsendung in Gremien, weil unter Umständen nicht genügend Frauen mit der nötigen Sachkompetenz zur Verfügung stehen, d.h. noch nicht so weit sind. Außerdem halten wir es für falsch, den Frauen immer mangelndes Vertrauen entgegenzubringen. Ihre Ausbildung wird immer besser, ihre Qualifikation auch. In den meisten Studienfächern schließen Frauen mittlerweile besser als Männer ab. Deshalb halte ich etwas mehr Mut und Vertrauen in Qualifikation und Selbstbewußtsein der Frauen für notwendig. Es hat keinen Sinn, mit starren Regelungen Gegnerschaft zwischen Männern und Frauen aufzubauen.

(Beifall bei der FDP)

Ich bin davon überzeugt, daß Frauen aufgrund ihrer Qualifikation immer höher steigen werden, weil sie eben gut ausgebildet sind, was Bestandteil eines gesellschaftlichen Prozesses ist.



(Frau Bock [FDP])

Am Schluß darf ich eine etwas ironische Bemerkung machen: Wenn Sie auf gleiche Einstellung und Beförderung pochen, werden wir irgendwann wirklich so weit sein, daß wir für Männer Förderpläne brauchen. Davon bin ich fest überzeugt.

(Beifall bei der FDP – Abg. Diethel:  
Eine kühne Behauptung!)

**Zweiter Vizepräsident Hiersemann:** Vielen Dank, Frau Kollegin Bock! Das Wort hat Frau Abgeordnete Haas.

Frau **Haas** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Keine Angst, ich werde die Diskussion nicht noch einmal im Detail vertiefen, sondern will nur zwei Punkte ins Gedächtnis rufen. Zum einen werden Sie in unserem Antrag kaum einen Spiegelstrich finden, der sich nicht auch im Referentenentwurf der Bundesregierung fände, zum anderen werden Sie nach wie vor kein überzeugendes Argument dagegen bringen können, daß wir als Landesparlament mit eigenen Überlegungen bereits heute beginnen müssen.

Wann wir das Gesetz dann vorlegen, ist damit überhaupt nicht festgelegt. Wenn es denn tatsächlich das ernsthafte Bemühen dieses Parlaments ist und aller Fraktionen, die sich hier zu Wort gemeldet haben, daß wir in dieser Frage ein Stück weiterkommen, dann können wir das als Landesparlament auch dadurch dokumentieren, daß wir, wie ich es jetzt für die Fraktion der SPD beantragen werde, über diesen Antrag in namentlicher Abstimmung befinden.

(Zuruf der Frau Abg. Würdinger – Unruhe)

**Zweiter Vizepräsident Hiersemann:** Vielen Dank, Frau Kollegin Haas. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Habe ich Sie richtig verstanden, daß namentliche Abstimmung beantragt wurde? – Wir kommen damit zur Abstimmung. Die Ausschüsse empfehlen die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich, mit „Ja“ zu stimmen. Gegenstimmen bitte ich mit „Nein“ anzuzeigen; Stimmenthaltungen sind klar.

Ich bitte die Schriftführer, mit der Vorbereitung der namentlichen Abstimmung zu beginnen.

(Folgt Namensaufruf)

Das Alphabet wird einmal wiederholt. –

Vielen Dank. Die Sitzung wird zum Zwecke der Stimmenauszählung unterbrochen.

(Unterbrechung der Sitzung  
von 18.02 bis 18.05 Uhr)

**Zweiter Vizepräsident Hiersemann:** Ich darf Sie bitten, die Plätze wieder einzunehmen.

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt. Mit Ja stimmten 42 Mitglieder des Hohen Hau-

ses, mit Nein 89, eine Stimmenthaltung. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Mit **Ja** stimmten die Abgeordneten Frau Dr. Baumann, Frau Berg, Brandl, Brückner, Daxenberger, Eckstein Herbert, Dr. Fleischer, Franzke, Gausmann, Frau Haas, Hiersemann, Hoderlein, Irlinger, Dr. Heinz Kaiser, Walter Knauer, Frau König, Langenberger, Frau Lochner-Fischer, Frau Lödermann, Dr. Magerl, Maget, Moser, Herbert Müller, Frau Narnhammer, Hermann Niedermeier, Frau Radermacher, Dr. Ritzer, Schieder, Schimpl, Schindler, Schläger, Dr. Albert Schmid, Schramm, Dr. Manfred Schuhmann, Schultz, Dr. Simon, Sommerkorn, Starzmann, Frau Steiger, Frau Voget, Wahnschaffe und Frau Werner-Muggendorfer.

Mit **Nein** stimmten die Abgeordneten Beck, Dr. Bernhard, Blöchl, Frau Bock, Böhm, Breitner, Breitschwert, Brosch, Christ, Frau Deml, Diethel, Dinglreiter, Donhauser, Rudolf Engelhard, Eppeneder, Dr. Eykmann, Falk, Frau Anneliese Fischer, Herbert Fischer, Gabsteiger, Dr. Gebhard Glück, Frau Grabmair, Grabner, Großer, Grossmann, Gruber, Freiherr von Gumpenberg, Heckel, Frau Hecker, Hofmann, Frau Hohlmeier, Dr. Herbert Huber (Landshut), Ihle, Jetz, Gebhard Kaiser, Kaul, Dr. Kempfle, Erich Kiesel, Kling, Klinger, Kobler, Kuchenbaur, Kupka, Leeb, Lerchenmüller, Loscher-Frühwald, Dr. Christoph Maier, Dr. Matschl, Maurer, Dr. Merkl, Michl, Dr. Helmut Müller, Willi Müller, Nätscher, Neumeier, Josef Niedermayer, Nüssel, Ponnath, Ranner, Freiherr von Redwitz, Regensburger, Frau Riess, Ritter, Georg Rosenbauer, Rotter, Sackmann, Sauter, Albert Schmid, Georg Schmid, Dr. Schosser, Frau Schweder, Frau Schweiger, Seehuber, Seitz, Sinner, Spatz, Spitzner, Frau Stamm, Stein, Dr. Stockinger, Strehle, Traublinger, Vollkommer, Wallner, Dr. Weiß, Welnhöfer, Winter, Frau Würdinger und Dr. Zech.

Mit **Ich enthalte mich** stimmte die Abgeordnete Frau Köhler.

Also ich wäre jetzt wirklich dankbar, wenn dann langsam wieder Platz genommen würde, bevor wir weitermachen.

Ich rufe auf die Tagesordnungspunkte 10 bis 14:

**Antrag der Abgeordneten Radermacher, Narnhammer und anderer betreffend Arbeitszeitverkürzung im Kindergarten (Drucksache 12/2735)**

**Antrag der Abgeordneten Straßer, Narnhammer, Radermacher und anderer betreffend Personalkostenzuschüsse nach dem Kindergartengesetz für staatlich anerkannte Kindergärten (Drucksache 12/3234)**

**Antrag der Abgeordneten Radermacher, Narnhammer und anderer betreffend Konsequenzen aus der Änderung der Durchführung des Vorpraktikums in der Erzieherinnenausbildung (Drucksache 12/3439)**

**Antrag der Abgeordneten Hohlmeier, Fischer Anneliese, Prof. Dr. Stockinger und anderer betreffend 10 Stunden Verfügungszeit für Erzieherinnen und**



(Zweiter Vizepräsident Hiersemann)

**Erzieher an bayerischen Kindergärten (Drucksache 12/3990)**

**Antrag der Abgeordneten Falk, Hohlmeier, Donhauser und anderer betreffend Personalkostenförderung in Kindergärten (Drucksache 12/3991)**

Der letzte Punkt wird auf Wunsch der CSU-Fraktion zurückgestellt,

(Abg. Diethei: Ja!)

so daß wir zur Berichterstattung lediglich die Punkte 10 bis 13 haben und dazu dann eine gemeinsame Aussprache durchführen.

Auf die Berichterstattung über die Beratungen des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drucksache 12/8564) zum Tagesordnungspunkt 10 hat die Frau Kollegin Lochner-Fischer verzichtet.

Über die Beratungen des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen zum Antrag auf Drucksache 12/3990 (Drucksache 12/8568) berichtet Herr Kollege Dr. Bernhard. – Wird auch verzichtet.

Auf die Berichterstattung über die Beratungen des Ausschusses für kulturpolitische Fragen zum Antrag 12/3234 (Drucksache 12/4136) verzichtet Frau Kollegin Narnhammer ebenfalls.

Betrifft das auch den Tagesordnungspunkt 12? – Damit sind alle Berichterstattungen dem Verzicht anheimgefallen. Ich eröffne hiermit die gemeinsame Aussprache und bitte um Wortmeldungen. – Das Wort hat die Frau Abgeordnete Narnhammer.

Frau **Narnhammer** (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon erstaunlich, welch wechselvolle Geschichte manche Anträge in diesem Hohen Hause durchlaufen. Ich bin hocherfreut, d.h. ich war es eigentlich bis vor ein paar Minuten, daß es jetzt auch der CSU-Fraktion endlich möglich schien, über ihre eigenen Anträge zu diskutieren und vielleicht auch mal abzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Für diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die nicht so genau über die Geschichte der jetzt zu beratenden Anträge Bescheid wissen, möchte ich diese noch einmal kurz darstellen. Die SPD-Anträge auf der Tagesordnung stammen alle von Mitte des Jahres 1991. Als sie dann auf der Tagesordnung des kulturpolitischen Ausschusses standen, wurden sie auf Wunsch der CSU wieder abgesetzt und auf eine spätere Sitzung verschoben. Ich habe damals gedacht, na ja, das ist vielleicht gar nicht so schlecht, die CSU hat jetzt die Sinnhaftigkeit dieser Anträge erkannt und schiebt vielleicht ein paar eigene Anträge nach, und dann können wir ja vielleicht gemeinsam zu einem guten Ergebnis kommen.

Nun war es zwar auch so, daß die CSU-Fraktion eigene Anträge nachgeschoben hat. Nur sind die natürlich nicht so weitgehend gewesen wie unsere, und trotzdem habe ich gedacht, na ja, es wäre ein guter Einstieg.

Nun vielleicht kurz zu den Inhalten, bevor ich in der Geschichte dann weiterfahre.

Unter Tagesordnungspunkt 10 geht es um die Vorbereitungszeit für die Erzieherinnen. Hier ist folgendes passiert: Das Kultusministerium hat ohne jegliche vorherige Ankündigung und ohne überhaupt mit den Trägern von Einrichtungen zu reden, die Vorbereitungszeit für Erzieherinnen im Elementarbereich drastisch beschnitten. Ich denke, daß die pädagogische Arbeit der Erzieherinnen damit in unverantwortlicher Weise mißachtet wird.

(Beifall bei der SPD)

Bei der aktuellen, extrem angespannten Situation, die wir im Kindergartenbereich haben – wir haben auch einen großen Mangel an qualifizierten Erzieherinnen und Erziehern –, steht die Reduzierung der Vorbereitungszeit im krassen Gegensatz zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Kindergarten.

Meine Damen und Herren, ich habe es schon öfter in diesem Hohen Hause kundgetan, aber ich möchte es heute noch mal sagen: Die Arbeit im Elementarbereich ist für Erzieherinnen und Erzieher mit den Jahren immer schwieriger geworden. Dabei haben –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Danke schön, Herr Präsident, es war wirklich sehr laut – Erzieherinnen und Erzieher nicht nur auf Erschwernisse in der Gruppenarbeit zu reagieren, sondern sie haben in zunehmendem Maße auch verstärkt Elternbildung wahrzunehmen, Kooperation mit anderen Institutionen, Teamgespräche in den Einrichtungen durchzuführen, und es wird auch mehr Verwaltungsarbeit gefordert. Das sind nur ein paar wenige Bereiche, die ich hier angesprochen habe, was eine Erzieherin neben der Arbeit mit dem Kind noch zu leisten hat.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der CSU, wenn Ihre politischen Aussagen zur Notwendigkeit der Betreuung, Bildung und Erziehung von Kindern auch tatsächlich Ihr politischer Wille sind, muß diese Regelung umgehend zumindest auf die bisherige Regelung zurückgeführt werden.

(Beifall bei der SPD)

Kurz zum nächsten Antrag: Die Damen und Herren in diesem Hohen Hause, die aus der Kommunalpolitik kommen oder vielleicht sich auch des öfteren mal mit Kommunalpolitikern unterhalten, wissen sehr genau, wie schwierig es inzwischen für die Träger von Kindergärten und für die Kommunen geworden ist, daß Kindergärten und Kinderhorte ausreichend finanziert werden. Von den Trägern der Einrichtungen wird immer wieder beklagt, daß die Personalkostenzuschüsse nach dem Kindergartengesetz nicht ausreichend sind. Für mich ist unverständlich, daß auch hier die Staatsregierung weiter an den Realitäten vorbeigeht. Zur Finanzierung der Personalkosten gehört für uns nicht nur das Erziehungspersonal, sondern auch die Reinigungskräfte und zum Beispiel auch die Köchinnen. Ich weiß aus der Praxis, daß es heute noch viele Einrichtungen gibt, in denen die Fachkräfte Putzarbeiten übernehmen müssen. Wenn die



(Frau Narnhammer [SPD])

Erzieherinnen – und das tun sie ja alle, davon bin ich überzeugt – ihren Dienst am Kind ernst nehmen, heißt das, daß sie abends, nach dem Dienst am Kind, noch putzen müssen. Nun, Kolleginnen und Kollegen, zeigen Sie mir mal den Betrieb, wo das heute noch üblich ist.

(Beifall bei der SPD – Frau Abg. Fischer:  
In der Familie, die Mutter!)

– Ich denke, Familie kann man mit Kindergarten oder Hort nicht vergleichen.

(Frau Abg. Fischer: Das kann man schon  
vergleichen!)

– Gut, wenn Sie, Frau Fischer, Familie als Betrieb definieren, dann ist das Ihre Angelegenheit.

Ich denke, daß es endlich an der Zeit ist, daß die Öffnungszeiten eines Kindergartens bei der Förderung entsprechend berücksichtigt werden. In den Ausführungen des Ministeriums wird immer noch von einer Gruppenöffnungszeit von 30 Stunden ausgegangen. Das bedeutet eine tägliche Öffnungszeit von sechs Stunden. Viele Einrichtungen aber sind zehn bis elf Stunden geöffnet. Diese verlängerten Öffnungszeiten verlangen natürlich auch mehr Personal. Ich denke, daß die Berücksichtigung der Öffnungszeiten in den Einrichtungen auch ein Anreiz dafür sein könnte, daß dort bedarfsgerechte Öffnungszeiten angeboten werden. Das wäre ein Anreiz für die Träger von Kindergärten, vor allem auch im Umland von Ballungsräumen. Die Praxis schaut ja so aus, daß viele Mütter oder auch Väter frühmorgens ihre Kinder mit zur Arbeit in die Stadt nehmen, weil im Heimatort die entsprechend langen Öffnungszeiten im Kindergarten nicht angeboten werden. Dabei möchte ich jetzt gar nicht mal auf die Probleme, die die Städte damit haben, hinweisen, sondern vor allem auf die Bedürfnisse der Kinder. Für mich ist es wesentlich sinnvoller und kindgemäßer, wenn die Kinder in ihrem sozialen Umfeld, das heißt in ihrem Heimatort, in den Kindergarten oder Hort gehen können.

(Abg. Spitzner: Um sechs Uhr  
in der Frühe?)

Es kann auch keine Lösung sein, wenn berufstätige Mütter und Väter ständig auf die Dienste von Omas und Opas, von Tanten, von Nachbarn angewiesen sind, falls die überhaupt vorhanden sind,

(Abg. Schimpl: Die Onkel nicht zu  
vergessen!)

bloß weil die Kindergartenöffnungszeiten nicht entsprechend den Bedürfnissen ausgerichtet sind. Ich denke, Kolleginnen und Kollegen, das ist ein Beispiel dafür, welche inhaltlichen und strukturellen Folgen Förderrichtlinien für die Einrichtungen haben.

Die SPD-Kulturpolitikerinnen und -Kulturpolitiker sind sich in einem Punkt mit den CSU-Politikern – Kulturpolitikern muß ich richtigerweise sagen –, man höre und staune, sogar einig. Dieser Punkt betrifft die Vorpraktikantinnen und Vorpraktikanten in den Kindergärten. Sie wissen alle: Wir haben einen ständig stei-

genden Bedarf an Fachpersonal in den Kindergärten, und dadurch ist es nötig, daß die Träger entsprechender Einrichtungen in die Lage versetzt werden, jungen Menschen den Einstieg in den Beruf der Erzieherin oder des Erziehers zu ermöglichen. Viele Träger sind aufgrund der fehlenden Finanzmittel nicht in der Lage, Vorpraktikantinnen und Vorpraktikanten zusätzlich zum Fachpersonal einzustellen. Deshalb ist heute oft geübte Praxis, daß Vorpraktikantinnen auf Kinderpflegerinnenstellen eingesetzt werden. Da sich aber eine Vorpraktikantin oder ein Vorpraktikant erst im Vorfeld der eigentlichen Ausbildung befindet, kann sie beziehungsweise er doch nicht als vollwertige Fachkraft gesehen werden.

Ich denke, da weiß ich mich wirklich mit den CSU-Kulturpolitikern einig, daß durch die Änderung der bisherigen Personalkostenförderung sichergestellt werden muß, daß Vorpraktikantinnen nicht mehr als pädagogische Hilfskräfte im Sinne des Kindergartengesetzes in den Kindergärten eingesetzt werden.

Einen dementsprechenden Antrag der CSU gab es im kulturpolitischen Ausschuß zu beraten. Wir haben dem natürlich aus voller Überzeugung zugestimmt, denn dieser Antrag der CSU hätte einen Einstieg in die veränderte Personalkostenförderung bedeutet. Leider muß ich jetzt hören, daß der Antrag der CSU, der sich mit diesem Thema beschäftigt, heute wieder von der Tagesordnung genommen wurde. Ich frage Sie jetzt wirklich: Diese Anträge sind jetzt fast ein- und ein halbes Jahr alt, wann kommen Sie nun endlich zu Potte mit diesem Antrag?

(Beifall bei der SPD – Abg. Großer: Wenn  
die Kinder in der Schule sind!)

– Wahrscheinlich, ja.

Zurück zur Geschichte: Im kulturpolitischen Ausschuß sind diese Anträge, die wir heute zu beraten und über die wir abzustimmen haben, im Dezember 1991 behandelt und vor allem die CSU-Anträge mit großer Mehrheit beschlossen worden. Was mir völlig unverständlich ist, daß die CSU-Mehrheit des Haushaltsausschusses Ihre eigenen Anträge abgelehnt hat.

(Frau Radermacher: Die sollen ihre Anträge  
doch erst in der Fraktion vorberaten!)

Für mich ist das leider wieder ein Beispiel dafür, daß nicht die Fachleute die politischen Richtlinien bestimmen, sondern einzig und allein die Finanzpolitiker. Wozu brauchen wir überhaupt Fachausschüsse, in denen beraten und abgestimmt wird,

(Beifall bei der SPD – Abg. Diethei: Das sind  
auch Fachleute im Haushaltsausschuß!)

wenn deren Voten dann im Haushaltsausschuß vom Tisch gewischt werden?

Kolleginnen und Kollegen von der CSU! Nachdem Sie mehrmals die Kindergartenanträge von der Plenartagesordnung herunternehmen ließen, heute aber anscheinend bereit sind, mit Ausnahme Ihres Antrages darüber abzustimmen, denke ich, sollten Sie die



(Frau Narnhammer [SPD])

große Chance wahrnehmen und die Entscheidung des Haushaltsausschusses korrigieren.

Lassen Sie doch Ihre eigenen Kulturpolitiker nicht im Regen stehen, und lassen Sie sie vor allem nicht wieder als ewige Ankündigungspolitiker herumlaufen!

(Beifall bei der SPD)

Stimmen Sie diesen Anträgen zu! Ich denke, auch das wäre ein Akt gegen die Politikverdrossenheit, wenn hier und heute das Signal gesetzt würde, daß sich doch die Fachleute und nicht immer die Finanzpolitiker durchsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Ein letztes Wort an die CSU-Fraktion! Kolleginnen und Kollegen von der CSU, wenn Sie Ihre Sympathieverluste in der bayerischen Bevölkerung noch beschleunigen wollen, dann stimmen Sie wieder einmal gegen die Interessen von Eltern und Kindern.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Abg.

Josef Niedermayer: Dazu brauchen wir nicht Ihre Belehrungen!)

**Zweiter Vizepräsident Hiersemann:** Vielen Dank, Frau Kollegin Narnhammer! Das Wort hat Frau Abgeordnete Hohlmeier.

Frau **Hohlmeier** (CSU): Hohes Haus, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sie sehen, es reden nicht die „Finanzer“.

(Abg. Diethei: Sondern Fachfrauen! – Weitere Zurufe)

Wissen Sie, bei uns kann man nicht in „Fachpolitiker“ und „Finanzer“ aufteilen, sondern die CSU-Fraktion zählt sich als Einheit und läßt sich auch durch Sie nicht dividieren.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Frau Narnhammer, Sie haben versucht, das Ganze ein wenig ins Lächerliche zu ziehen. Sicherlich, das mag Ihnen recht Vergnügen bereiten.

(Widerspruch von der SPD)

Aber ich glaube nicht, daß dieses Thema für die Lächerlichkeit geeignet ist, sondern ein recht ernstes Thema ist. Als solches wird es von der CSU-Fraktion behandelt.

Es war relativ klar, daß sich die Zeitverzögerungen aufgrund der Haushaltssituation ergeben haben; das haben wir auch im Ausschuß mehrfach ausgeführt. Dies war nichts Besonderes. Es ist auch ein Wunsch der CSU-Fraktion, aber es ist ja schon vieles geschehen, um die Situation im Kindergartenbereich zu verbessern. Die CSU-Fraktion hat in den letzten zwei, drei Jahren nicht nur geredet, sondern eindeutig auch gehandelt. Das wurde auch von Ihnen, Frau Narnhammer, im Ausschuß mehrfach eingeräumt. Wir haben immer wieder –

(Zuruf des Abg. Franzke und anderer)

– Vielleicht können Sie, anstatt zu reden, auch mal anfangen zu denken. Dies wäre auch für Sie, Herr Kollege von der SPD, vorteilhaft.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch von der SPD)

In der CSU denkt man nicht mit den Stimmbändern, sondern man pflegt dort mit dem Kopf zu denken.

(Lachen bei der SPD)

Auf Antrag der CSU-Fraktion hat der Landtag – auch mit Ihren Stimmen – beschlossen, im Haushalt 100 Millionen DM für Baukosten einzusetzen, was 15000 neue Kindergartenplätze pro Jahr und damit eine beträchtliche Erleichterung auch für die Fachkräfte der so bedrängten Kindergärten bedeutet, wenn die Wartelisten groß waren. Die Probleme bestehen z.B. insbesondere in den Großstädten. Dort werden wir allerdings allein durch den Bau von Kindergärten nicht mehr weiterkommen. Dort werden auch andere Maßnahmen erforderlich sein. Auch hierzu hat die CSU-Fraktion in diesem Haushalt Mittel eingestellt, um zusätzliche Maßnahmen zu erproben und dabei auch z.B. Oberbürgermeister zu unterstützen, die nicht der CSU angehören; diese sollten sachpolitisch unterstützt werden. Dies sollte von Ihrer Fraktion nicht ständig belächelt werden; denn das nützt uns allen miteinander gar nichts und dem Thema schon überhaupt nichts.

Sie haben in Ihren Anträgen natürlich all das zusammengetragen, was zwar wünschenswert, aber auch in anderen Bundesländern aufgrund der derzeitigen Haushaltslage einfach nicht finanzierbar ist. Im nächsten Doppelhaushalt sind immerhin für 1993 475 Millionen DM und für 1994 550 Millionen DM für Personalkosten enthalten.

(Beifall bei der CSU)

Dies sind gewaltige Sprünge, die nicht so leicht finanziert werden können.

(Abg. Diethei: Das kann man wohl sagen!)

Auch als Fachpolitikerin muß ich das knapper werdende Haushaltsvolumen berücksichtigen und klipp und klar sagen: Es ist halt nicht alles zu realisieren, was ich mir als Fachpolitikerin wünschen würde.

Wir haben eine höhere Einstufung der Erzieherinnen bei der Bezahlung erreicht; dies war für die Wertstellung der Erzieherinnen sehr wichtig.

Außerdem soll der Auszahlungszeitpunkt von Abschlagszahlungen vorverlegt werden. Darüber werden wir im nächsten Ausschuß noch zu diskutieren haben. Die Anträge stehen, Frau Radermacher, auf der Tagesordnung für die nächste Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses. Die Höhe der Auszahlungen ist so zu gestalten, daß tatsächlich die 40 Prozent der Personalkosten bei den Trägern ankommen, die vom Freistaat Bayern bezahlt werden, und daß durch Zinszahlungen der Träger nichts verlorengeht.

Im übrigen werden die Öffnungszeiten, Frau Narnhammer, nicht vom Freistaat Bayern bestimmt. Wenn von manchen Trägern nach wie vor nur vier Stunden



(Frau Hohlmeier [CSU])

geöffnet wird, dann ist dies bei der Bezuschussung durch den Freistaat Bayern schlicht und einfach zu wenig, wenn der Bedarf höher ist. Dann muß vor Ort gehandelt werden. Der Freistaat Bayern gewährt weit mehr, als daß nur vier oder fünf Stunden geöffnet werden könnte. Eine Öffnungszeit von sechs bis sieben Stunden ist durchaus möglich; das wird auch von den Wohlfahrtsverbänden eingeräumt. Durch die zweite Fachkraft wurde dazu ein großer Beitrag geleistet. Es war nicht selbstverständlich, daß diese finanziert wird.

Nun zu den einzelnen Anträgen! Wir werden unseren Antrag unter Tagesordnungspunkt 13 – auch mit dem Einverständnis der Wohlfahrtsverbände – umformulieren. Er lautet nunmehr:

Die Staatsregierung wird gebeten, bei der Personalkostenförderung von Ganztagsgruppen und ganztags beschäftigten Kräften auszugehen, wenn der Leitung von Kindergärten eine Verfügungszeit von bis zu zehn Stunden eingeräumt wird.

Dies wurde in Zusammenarbeit mit den Haushaltspolitikern und den Wohlfahrtsverbänden erreicht. Ich glaube, das ist ein tragbarer Kompromiß. Dieser hilft insbesondere den Leitungen von Kindergärten, die tatsächlich mehr Verfügungszeit brauchen. Die Träger und Wohlfahrtsverbände haben uns mitgeteilt, daß eine generell längere Verfügungszeit aus ihrer Sicht derzeit in den Arbeitsverträgen nicht eingeräumt werden kann. Auf diese hat der Bayerische Landtag keinen Einfluß.

**Zweiter Vizepräsident Hiersemann:** Frau Kollegin Hohlmeier, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Radermacher? – Das ist der Fall.

Frau **Radermacher** (SPD): Frau Kollegin Hohlmeier, es ist Ihnen aber doch klar, daß Sie jetzt einen ganz anderen Antrag stellen? Es ging bei der Verfügungszeit zunächst um die Erzieherinnen und Erzieher und jetzt wohl nur noch um die Leiterinnen. Also das ist ein neuer Antrag.

(Beifall bei der SPD)

Frau **Hohlmeier** (CSU): Das ist kein neuer Antrag, sondern wir setzen nur statt den Erzieherinnen und Erziehern die Leitung ein. Auch dies sind Erzieherinnen oder Erzieher.

(Zuruf von der SPD)

Das haben wir in Übereinstimmung mit den Wohlfahrtsverbänden erreicht. Ich bitte Sie, dies mitzutragen. Ihr Antrag ist ganz anders. Sie verlangen eine Zurücknahme. Während wir zunächst für Erzieherinnen und Erzieher eine Verfügungszeit von bis zu zehn Stunden beantragt haben, haben wir uns nun darauf geeinigt, diese für die Leitung der Kindergärten zu beantragen. Ich bitte Sie, diesen Antrag mitzutragen. Er ist in der Sache gerechtfertigt. Damit erreichen wir zwar nicht das optimale Maß; das ist leider in der jetzigen Situation nicht möglich.

Unseren Antrag zu den Vorpraktikanten haben wir zurückgestellt, da wir uns über die Ausbildung der Erzieherinnen innerhalb der CSU-Landtagsfraktion noch Gedanken machen möchten. Es hat keinen Sinn, einen Antrag zu verabschieden, bevor man sich über die endgültige Form entschieden hat.

Wie ich schon im Ausschuß gesagt habe, verlangen Sie in Ihren Anträgen einfach zuviel. Das können wir mit den derzeitigen finanziellen Mitteln nicht darstellen.

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag unter Tagesordnungspunkt 13, um Zurückstellung des Antrags unter Tagesordnungspunkt 14, wie vom Präsidenten bereits angekündigt wurde. Die SPD-Anträge können wir nicht befürworten.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Hiersemann:** Frau Kollegin Hohlmeier, ich bitte in der Tat die CSU, einmal zu überlegen, ob ihr Änderungsantrag nicht einen völlig neuen Antrag schafft; denn allein der Betreff ihres Antrags lautet: zehn Stunden Verfügungszeit für Erzieherinnen und Erzieher an bayerischen Kindergärten.

(Zurufe von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich will das jetzt hier nicht sonderlich provozieren. Ich empfehle einfach mal während der weiteren Diskussion ein Gespräch zwischen den Fraktionen. – Das Wort hat der Abgeordnete Brückner.

**Brückner** (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Hohlmeier, diese Ausführungen heute waren kein Meisterstück. Es war nicht einmal ein Gesellenstück.

(Zurufe von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich fürchte, daß es vielleicht trotzdem reicht, um Karrieren in der CSU zu machen, aber das habe ich nicht zu beurteilen.

Ganz kurz zu den Inhalten. Dann möchte ich auch mehr auf das Umgehen mit den Anträgen und ein ursprünglich gemeinsames Anliegen eingehen; denn es erscheint mir wirklich bedeutsamer als jetzt der Inhalt im einzelnen.

Zu der Vorbereitungszeit, die jetzt zuletzt angesprochen wurde, ist zu sagen: Wenn im öffentlichen Dienst eine Arbeitszeitverkürzung von eineinhalb Stunden durch die Tarifpartner beschlossen wurde – und eine Seite der Tarifpartner war ja immerhin auch der Staat – und dann der bayerische Staat dieses für seinen Bereich so umsetzt, daß er die eineinhalb Stunden einfach von der Vorbereitungszeit abzieht – und damit spart er sich natürlich die eineinhalb Stunden Kosten ein, aber die Arbeit bleibt dieselbe –, dann ist es schon ein sehr schäbiges Verhalten und hinterläuft eigentlich die Tarifaussmachungen, die Tarifverhandlungen.

Man muß ja dazusagen, daß die Arbeit mit den Kindern nicht gleichgeblieben ist, sondern schwieriger geworden ist. In Bayern kommt dann noch einmal die



(Brückner [DIE GRÜNEN])

besondere Belastung durch Doppelbelegungen von Gruppen, vormittags und nachmittags, dazu.

Deswegen denke ich, daß wirklich das mindeste der Erhalt der alten Regelung mit mindestens zehn Stunden sein muß. Alles andere muß ich, obwohl Frau Hohlmeier das im Ausschuß bestritten hat, als Geringschätzung der Tätigkeit und des Berufsstandes der Erzieherinnen bezeichnen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wenn Sie jetzt hier einen völlig geänderten Antrag vorstellen, dann ist es vielleicht irgendwo formal mit irgendwelchen Tricks noch zu rechtfertigen. Aber im Grunde ist es von dem Schritt nach vorn, den Sie groß angekündigt haben, schon wieder 90 Prozent zurück in die andere Richtung. Da bleibt eigentlich nichts mehr übrig von dem, was wir einmal quer durch die Fraktionen gemeinsam wollten.

Zu dem anderen Antrag bezüglich der Vorpraktikantinnen ist zu sagen, daß man es doch wirklich nicht für gut heißen kann, wenn diese anstelle von Kinderpflegerinnen als pädagogische Zweitkraft mißbraucht werden. Damit erweist man weder den Praktikantinnen noch den Kindern einen Gefallen.

(Zuruf des Abgeordneten Asenbeck)

– Es ist so, Kollege Asenbeck. – Es wäre erforderlich, die Förderung von Vorpraktikantinnen eben nicht an diese mißbräuchliche Verwendung zu knüpfen, sondern sie unabhängig davon in die Förderung aufzunehmen. Das wäre ja im Grunde genauso, wie wenn man Lehramtsstudenten in der Schule als vollwertige Lehrer einsetzt. Ich weiß nicht, vielleicht kommt die Überraschung auch noch aus dem Kultusministerium in seiner verzweifelten Suche nach der Verwaltung des Schulnotstandes. Aber wir lehnen das ab.

Deswegen halten wir auch den SPD-Antrag für den wesentlich konsequenteren und geeigneteren, die Mißstände zu beseitigen.

Wir hätten in diesem Punkt auch dem CSU-Antrag zugestimmt, auch wenn er nicht so weit geht und ein kleinerer Schritt ist. Aber das wäre ein Schritt in die richtige Richtung gewesen; der zweite, nicht der jetzt geänderte, der andere Antrag, Kollege Diethel. Aber diese Gelegenheit haben Sie uns heute ja wieder vorenthalten, indem Sie ihn erneut zurückstellen. Man muß schon sagen, dieses Verhalten, dieses Umgehen mit diesem Antrag ist überhaupt von keiner Seite her mehr zu verstehen.

Auf der einen Seite haben diese Anträge, sowohl die SPD-Anträge als auch die CSU-Anträge, in den Ausschüssen einstimmige Zustimmung gefunden. Dann wird im Haushalts- und Finanzausschuß das mit ein paar lapidaren Pseudoargumenten abgelehnt. Da heißt es dann nur: Die Anträge würden zwar so manche fachlich richtige Forderung enthalten, aber es gebe keine Möglichkeit zur Zustimmung, weil es massive überplanmäßige Ausgaben verursachen würde.

Wenn vorher quer durch die Fraktionen gesagt worden ist, daß das fachlich notwendig ist, dann ist es

eigentlich nichts Außerplanmäßiges, sondern dann müßte das etwas Planmäßiges sein. Da ist es so, daß das Ministerium seine Hausaufgaben wieder einmal nicht gemacht hat und hier einen Stufenplan vorgelegt hat, wie man diese fachlichen Erfordernisse auch zu Zeiten schwieriger Finanzen Schritt für Schritt hätte umsetzen können.

Das wäre notwendig gewesen und nicht zu sagen, das stürzt uns jetzt in außerplanmäßige Ausgaben. Man muß sagen, es ist hier schon eine treffliche Arbeitsteilung. Auf der einen Seite reist die Frau Kollegin Hohlmeier in den Kindergärten im Land herum und erzählt vom Netz für Kinder, das die CSU spinnt. Und wenn es dann drauf ankommt, dieses Netz für Kinder wirklich umzusetzen, wenn man die finanziellen Prioritäten setzen müßte, um das Netz finanzieren zu können, dann kommt der Rückzug.

Wenn Frau Hohlmeier heute gesagt hat, es sei halt leider nicht alles finanzierbar, was wünschenswert sei, dann muß ich Sie fragen: Wieso hat denn die CSU diese Anträge überhaupt gestellt? Da ist sie doch wohl selber davon ausgegangen, daß das zu finanzieren sei.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der FDP)

Denn vor allem hat sie ja darauf hingewiesen, daß die CSU hier nicht gespalten vorgeht, sondern in einer Einheit handelt. Also was ist denn da in dem Jahr dazwischen passiert mit der Einheit CSU? Erst wird es für finanzierbar gehalten und dann auf einmal nicht mehr.

Auch der Verweis auf die Erhöhung der Zuschüsse zu den Baukosten war ein ganz schlechter Hinweis; denn hier braucht es überhaupt keines Beschlusses. Dazu ist der Staat ja ohnehin gesetzlich verpflichtet, diese Zuschüsse zu leisten. Man hat überhaupt den Eindruck, wenn es um Baumaßnahmen jeglicher Art, insbesondere natürlich bei technischen Großprojekten, geht, dann hört man diese Einwände, daß alles nicht mehr finanzierbar sei, nicht. Ich erinnere nur: Atomforschungsreaktor Garching, Staatskanzlei, Straßenbau, das Jahrhundert-Unsinnsbauwerk Rhein-Main-Donau-Kanal, jetzt der weitere Donaubau, Tiefgarage, und, und, und,

(Zurufe von der SPD und Gegenrufe von der CSU)

Theaterakademie, eine lange Liste, wo keiner von der CSU gesagt hat: Aber wir sind in finanziell schwierigen Zeiten. Wir können das jetzt nicht finanzieren. Wir müssen da mal kürzertreten.

Da wird es nicht gesagt. Da drängt sich doch der Eindruck auf, daß immer dann, wenn in harter D-Mark Profit gemacht werden kann, eine Unterstützung gegeben wird. Und wenn es sich – in Anführungsstrichen – „nur“ um Kinder handelt, mit denen man natürlich keinen Profit in D-Mark machen kann, dann versagt die CSU-Fraktion diesen Absichten die Unterstützung. Das finde ich nicht christlich, das finde ich schäbig, familien-, frauen- und kinderfeindlich.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)



**Zweiter Vizepräsident Hiersemann:** Vielen Dank, Herr Kollege Brückner! – Also, um die Diskussion und die dann folgende Abstimmung auf die gesicherten rechtlichen Grundlagen zu stellen, sprich die Geschäftsordnung: Ein Blick in das Gesetz erleichtert die Rechtsfindung. Nach wie vor bin ich der Meinung, daß es sich um eine wesentliche Änderung handelt. Gemäß § 63 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung ist eine derartige Änderung jedoch mit dem Einverständnis der Antragsteller zulässig. Die CSU-Fraktion gehört zu den Antragstellern. Dies ist die Antragstellerin. Damit ist dieser Antrag auch als wesentliche Änderung zulässig. Es wird nachher über ihn abgestimmt. – Das Wort hat der Abgeordnete Großer.

**Großer (FDP):** Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte in aller Kürze das Abstimmungsverhalten der FDP-Fraktion zu diesem Bündel der Anträge begründen, möchte allerdings auf einige Bemerkungen von Ihnen, Frau Kollegin Hohlmeier, doch eingehen.

Nach der Änderung des Antrages nach Tagesordnungspunkt 13 und der Zurückstellung des Tagesordnungspunktes 14 kann man wohl davon ausgehen, daß in der nächsten oder übernächsten Plenarsitzung, wenn sich Ihre Fraktion geeinigt hat, auch hier eine neue Fassung erscheinen wird, damit Sie einen so lange einstimmig durch die Ausschüsse geführten Antrag nicht am Ende wieder scheitern lassen müssen wegen Ihrer Haushaltspolitik. Es sind ja nicht nur die Kulturpolitikerinnen und -politiker Ihrer Fraktion gewesen, sondern die Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausschuß für Fragen des öffentlichen Dienstes, dem Rechts- und Verfassungsausschuß und dem Sozialpolitischen Ausschuß. Alle waren der Meinung, daß dieses Ansinnen, das Sie ja auch seit 1991 schon in der Öffentlichkeit vortragen und vertreten, sinnvoll ist

(Zuruf von der SPD: Eben!)

und daß dieser Umdenkprozeß erst in den 14 Tagen vor Weihnachten eingetreten sein muß oder kann, sozusagen als Weihnachtsgeschenk.

Die neue Finanzsituation, Herr Kollege Niedermayer, war seit dem Sommer 1992 ersichtlich und bekannt. Es hat natürlich nachher noch schnell einen Nachschlag gegeben, damit die Frau Kollegin Hohlmeier nicht völlig im Regen dastand, mit allgemeinen Verstärkungsmitteln zu dieser Frage, sonst wäre es noch schwieriger gewesen. Ich vergönne Ihnen das ja, das ist ja gar nicht so schlimm, das hat vielleicht auch den einen oder anderen Neidkomplex in Ihrer Fraktion bei anderen hervorgerufen. Es waren halt die Fakten, die auch der Außenstehende oder der nicht mit Kulturpolitik in erster Linie Befäßte zur Kenntnis nehmen mußte, wie die Sache gelaufen ist.

Ich habe insofern aus Ihrer Sicht Verständnis, daß Sie den SPD-Antrag, den Sie ja inhaltlich nicht verändern können und dem Sie auch in allen Ausschüssen zugestimmt haben, hier jetzt ablehnen und soweit dem Votum Ihrer Haushaltspolitik folgen. Bei Ihren eigenen Anträgen haben Sie jetzt versucht, die Kurve zu bekommen über eine Änderung, damit wenigstens

etwas stehenbleibt. Es ist ja ziemlich blamabel, wenn man nach so einer Fahrt dann plötzlich bremsen muß.

Wir werden also den Anträgen, denen wir auch bisher zugestimmt haben, auch jetzt zustimmen. Das sind die Anträge 10, 11 und wahrscheinlich auch 13 in Ihrer Fassung, weil es sinnvoller ist, dies zu machen, als gar nichts zu tun. Ich meine, wenn das Anliegen berechtigt war und auch von allen Fachpolitikern so gesehen wurde, auch von unseren Fachpolitikern im Ausschuß, dann ist Handlungsbedarf für die Zukunft gegeben. Das ist nicht anders zu machen. Wir bleiben allerdings auch bei der Ablehnung des Tagesordnungspunktes 12, weil wir diese Geschichte als FDP-Fraktion für finanziell nicht darstellbar halten.

**Zweiter Vizepräsident Hiersemann:** Vielen Dank, Herr Kollege Großer. Das Wort hat die Frau Abgeordnete Werner-Muggendorfer.

**Frau Werner-Muggendorfer (SPD):** Herr Präsident, liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Es ist ja oft so, daß in diesem Hause zu Sachen geredet wird, von denen die einzelnen nicht sehr viel verstehen. Das muß man wirklich einmal sagen. Aber heute habe ich Gelegenheit, über eine Sache zu sprechen, über die ich Bescheid weiß und von der ich etwas verstehe. Es ist noch gar nicht so lange her, da mußte ich mich mit diesen Dingen rumschlagen, über die wir heute sprechen. Es ist für mich ziemlich unverschämt, wenn jemand sagt, daß dieses Thema lächerlich gemacht wird. Ich finde dies unverfroren, weil ich glaube, daß sich die CSU lächerlich macht und nicht die SPD.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich habe in dem Kindergarten und in der Kindertagesstätte, wo ich Leiterin war, Kinder betreut, wo die Mütter nicht das Kindermädchen zu Hause hatten, sondern auf die Einrichtungen angewiesen waren.

(Beifall bei der SPD)

Mir ist die Thematik bekannt, mir ist die Sache auch sehr ernst, und ich möchte nicht, daß sich darüber jemand lustig macht. Die CSU, so glaube ich, hat es eher nötig, hier einige Jahre aufzuarbeiten. Die SPD liegt bei diesem Thema vorne, weil wir uns seit Jahren mit diesem Thema beschäftigen. Die CSU hat da jetzt eine Fürsprecherin, was ihr ja zugestanden sei, weil sie sich da auch sehr bemüht, aber scheinbar kann sie sich in der CSU-Fraktion so nicht durchsetzen, wie mir scheint.

(Beifall bei der SPD)

Hier sieht es ganz so aus, als wenn vor den Finanzern kapituliert wird; vielleicht wurde dieser Antrag auch zurückgezogen, weil man Angst hat, wenn in sechs Ausschüssen bereits zugestimmt ist, daß diese dann auch hier im Plenum zustimmen; vielleicht haben Sie Angst davor, ich weiß es nicht.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man sagt, in dieser schwierigen Zeit heute müsse man Schwerpunkte setzen, dann muß ich mich fragen, wo denn diese Schwerpunkte gesetzt



(Frau Werner-Muggendorfer [SPD])

werden, etwa bei unsinnigen Projekten wie der Theaterakademie oder bei der Bezuschussung von Praktikanten in Kindergärten. Da muß man halt wissen, was man macht.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie schon, Frau Hohlmeier, meine Kollegen ermuntern, sie sollten vorher denken, bevor sie einen Zwischenruf machten, dann muß ich auch sagen, die CSU-Fraktion sollte vorher auch denken und in ihrer Fraktion Absprache halten, bevor sie Anträge stellt und wieder zurückzieht.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

– Ich weiß es ja nicht, was bei Ihnen so vorgeht. I wui's a gar net wissen!

(Heiterkeit)

Es könnte ja sein, daß Sie Anträge stellen und dann zurückziehen und verschwinden lassen. Dann warten wir jetzt amoi, was dann passiert. Es kann ja wohl nicht sein, daß man so etwas in der Fraktion vorher nicht durchspricht. Wir sind so etwas nicht gewöhnt.

(Abg. Spitzner: Sie unterschätzen das gruppensdynamische Element!)

Wenn ich mir die Thematik ansehe, dann muß ich sagen, daß der Berufsstand der Erzieherinnen und Erzieher hier wirklich mißachtet wird. Ich kann so etwas sagen, denn ich habe in diesem Beruf jahrelang gearbeitet, und niemand hat sich darum gekümmert. Wenn Anträge gestellt werden, vor allem von der Opposition, dann werden sie abgelehnt; wenn dann erfreulicherweise Anträge von der Regierungsfraktion kommen und man sich darüber freut, wenn man draußen seinen Kolleginnen erzählt, daß nun etwas komme – paßt's auf! – und auch die Kollegin Hohlmeier durch die Lande zieht und sich feiern läßt, dann glaubt man, jetzt kommt endlich etwas. Dann muß man wieder hinausgehen und sagen: Es tut mir leid, es hat nicht geklappt; dies waren nur Seifenblasen.

Da muß man dann schon fragen, was aus dem Netz werden soll. Bis jetzt habe ich nur immer die Löcher in dem Netz gesehen. Auf jeden Fall ist von dem Netz nicht sehr viel übrig geblieben. Sie wollen wohl ein Hupfseil daraus machen. Mir scheint, daß das mehr hohle Versprechungen als alles andere sind.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Hiersemann:** Vielen Dank, Frau Kollegin Werner-Muggendorfer. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt.

Ich lasse zuerst abstimmen über den Antrag auf Drucksache 12/2735. Das ist der Tagesordnungspunkt 10. Während die erstgenannten Ausschüsse empfehlen, den Antrag unverändert anzunehmen, schlägt der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen die Ablehnung vor. Wer entgegen der Empfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt

und Finanzfragen für die Annahme des Antrages ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der GRÜNEN und der FDP. Gegenstimmen? – Bei vier Stimmenthaltungen aus den Reihen der CSU ist der Antrag damit abgelehnt.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 11, Drucksache 12/3234. Ich komme zur Abstimmung. Die Ausschüsse empfehlen die Ablehnung. Wer dagegen für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen der SPD, der GRÜNEN und der FDP. Gegenstimmen? – Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 12, Drucksache 12/3439. Die Ausschüsse empfehlen die Ablehnung des Antrages. Wer dagegen für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen der SPD und der GRÜNEN. Gegenstimmen? – Die Fraktionen der CSU und der FDP. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 13, das ist die Drucksache 12/3990. Hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der CSU in folgender Fassung vor:

Die Staatsregierung wird gebeten, bei der Personalkostenförderung von Ganztagsgruppe und ganztags beschäftigter Kraft auszugehen, wenn der Leitung von Kindergärten eine Verfügungszeit von bis zu zehn Stunden eingeräumt wird.

Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen der CSU und der FDP. Gegenstimmen? – Die Fraktionen der SPD und der GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist dieser Änderungsantrag beschlossen.

Darf ich einmal geschäftsleitend fragen, ob es bei Tagesordnungspunkt 15 eine Debatte gibt?

(Abg. Diethei: Ja!)

Bei 16 auch?

(Abg. Diethei: Nein!)

Dann rufe ich auf Tagesordnungspunkt 16:

**Antrag der Abgeordneten Radermacher, Narnhammer und anderer SPD betreffend berufsbegleitenden Aufbaustudiengang zur Erlangung der Lehrbefähigung für das Lehramt an Schulen für Lernbehinderte (Drucksache 12/2938).**

Über die Beratungen im Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drucksache 12/8953) berichtet Herr Kollege Walter Engelhardt.

(Zuruf: Wird verzichtet!)

– Wird verzichtet. Wortmeldungen? – Herr Kollege Irlinger.

**Irlinger (SPD):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Politisches Handeln, meine ich, sollte die Betroffenen unter anderem durch Klarheit, Vergleichbarkeit und Gerechtigkeit überzeugen. Dies gilt für die großen Themen, aber auch für kleinere Detailbereiche,



(Irlinger [SPD])

wie z. B. für die Sonderschule und einen Teil ihrer Lehrkräfte, um die es in unserem Antrag geht.

Die Situation der Sonderschule ist im Moment ja nicht gerade optimal zu nennen. Bei den Unterrichtenden und Unterrichtsbegleitenden an der Sonderschule gibt es große Sorgen und große Belastungen. Ich sage nur stichwortartig, daß immer weniger Personal einen immer verdichteteren Unterricht erteilen muß. Die Kinder an den Sonderschulen werden immer schwieriger. Ein großer Teil der Sonderschulen sind Sonderschulen für Behinderte, und wir wissen, daß die Behinderungsarten immer vielfältiger und komplizierter werden und daß dadurch auch mehr Belastung auf die Lehrkräfte zukommt. Und ich verweise auch auf die steigenden Klassen- und Gruppenstärken, die teilweise von Abstrichen in der Lehrerstundenzuweisung begleitet sind. Diese Maßnahmen verstärken nochmals die Schwierigkeiten. Teilweise haben die Gruppen- oder Klassenstärken Ausmaße erreicht, die im normalen Schulbereich auch üblich sind.

Diesen Unterricht tragen zum erheblichen Teil abgeordnete Grund- und Hauptschullehrer. In einigen Regierungsbezirken machen sie bis zu 50 Prozent der Lehrer an Sonderschulen aus. Das heißt, an einer Sonderschule gibt es zwei Sorten von Lehrerinnen und Lehrern, einmal die Sonderschullehrer, die dafür studienmäßig ausgebildet sind, und dann die abgeordneten Volksschullehrer, die einen nach A 13 besoldet und die anderen nach A 12 besoldet mit einer monatlichen Zulage von 100 Mark.

(Abg. Spitzner: Das ist das Schlimmste!)

– Das ist entscheidend. Ich möchte wissen, was Sie sagen würden, wenn Sie als stellvertretender Fraktionsvorsitzender weniger bezahlt bekämen als Ihre Kollegin Fischer. Dieser Einwurf, Herr Spitzner, setzt nur Ihre berühmten Zwischenrufe fort.

(Abg. Spitzner: Meine Frau war Lehrerin an der Sonderschule und hat sich nie aufgeregt über die zu geringe Bezahlung, wie viele andere auch.)

– Das ist ehrenhaft und verdient sicherlich Beachtung. Damit aber sollte man nicht quer durch die Lande ziehen, auch wenn es Leute gibt, die sich über diese Situation nicht aufregen.

Gleichzeitig sind diese Volksschullehrer aber nicht nur in der Besoldung, sondern auch in den Aufstiegsmöglichkeiten benachteiligt.

(Abg. Spitzner: Das ist etwas anderes, ich habe nur auf die Besoldung abgehoben!)

Sie haben ja nicht die Möglichkeit, an den an der Sonderschule zwar geringen, aber immerhin vorhandenen Beförderungsmöglichkeiten teilzuhaben.

(Abg. Spitzner: Das ist ein anderes Thema!)

Das heißt, die Folge dieser Benachteiligung ist, wie ich mir von Betroffenen habe sagen lassen, auch ein schlechteres Image. An einer Schule gibt es zwei

Sorten von Lehrern, die einen haben ein schlechteres Image.

Aus dieser Situation der Ungleichbehandlung kamen und kommen von den betroffenen Lehrern immer wieder die Forderungen nach der Möglichkeit der Nachqualifizierung, damit die, die es wollen, laufbahnrechtlich und besoldungsmäßig gleichgestellt werden können.

Die SPD hat in ihrem Antrag diese Forderungen aufgegriffen und die Staatsregierung aufgefordert, für Lehrkräfte mit der Lehrbefähigung für Grund- und Hauptschulen an Schulen für Behinderte einen Aufbaustudiengang zur Erlangung der Lehrbefähigung für das Lehramt an Schulen für Lernbehinderte einzurichten. Wir wollen ein berufsbegleitendes Zusatzstudium und kein Abbrechen des Studiums. Dieses berufsbegleitende Studium kann eventuell auch mit Fernlehrgängen oder Wochenendlehrgängen organisiert werden. Damit wollen wir die genannte Gerechtigkeitslücke schließen, nach dem Motto „für gleiche Tätigkeit auch die gleiche Bezahlung“.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Die Einwände, die von der CSU in der Diskussion in den Ausschüssen kamen, sind für mich vordergründig, und ihnen ist im praktischen Vollzug auch jederzeit zu begegnen. Zum einen wurde eingewandt, daß mit erheblichen Unterrichtsausfällen gerechnet werden muß, wenn die Lehrer zum Studium herausgezogen werden. Wir sagen dagegen, daß man diese berufsbegleitenden Studiengänge so organisieren kann, daß es nicht zu einer Belastung des laufenden Unterrichts kommt. Ich sagte schon, daß es eventuell die Möglichkeit eines Fernstudiums gibt. Auch trifft diese Ausbildung nicht alle Lehrkräfte auf einmal, so daß der Unterricht in den Sonderschulen draußen so fortgeführt werden kann, wie wir es wünschen.

Zum zweiten wurde eingewandt, daß sich die Gefahr eines Lehrerüberschusses an Sonderschulen ergeben könnte, weil wir Volksschullehrer zu Sonderschullehrern qualifizierten und im Moment auch die Zahlen der Studierenden für das Lehramt an Sonderschulen im Steigen begriffen sei. Ausgerechnet wurde, daß wir eines Tages mehr Sonderschullehrer als Planstellen dafür zur Verfügung hätten. Wir sagen dagegen, daß diese Situation für die nächsten Jahre nicht gegeben sein wird, das zeigt auch die neueste Lehrerprognose des Kultusministeriums. Zum anderen wollen wir – darin sind wir uns hoffentlich einig – eines Tages auch wieder die Klassen- und Gruppenstärken verringern. Dafür brauchen wir auch wieder mehr Lehrer. Und schließlich wollen wir – ich hoffe, in einigen Jahren auch Sie – mehr Integration an unseren Schulen, mehr Unterrichtung und Erziehung von Behinderten und auch Lernbehinderten an normalen Regelschulen. Das aber würde wiederum bedeuten, daß mehr Sonderschullehrer an den Volksschulen unterrichten müssen. Das Argument, wir würden einen Lehrerüberschuß erzeugen, trifft im Moment nicht zu.

Die Fachleute unter Ihnen, vor allem die Bildungspolitiker, konnten wir in einigen Punkten überzeugen, so daß es im Kulturpolitischen Ausschuß bei einer Ent-



(Irlinger [SPD])

haltung zu dem ansonsten einstimmigen Beschluß kam, mit dem das Kultusministerium aufgefordert wurde, ein Konzept der Nachqualifizierung vorzulegen. Das war immerhin ein Kompromiß, den wir als Antragsteller mitgetragen haben. Wie so oft aber und wie auch bei der vorangegangenen Diskussion über den Kindergartenbereich kippten die Finanzpolitiker unter Ihnen in der CSU-Fraktion die im Kulturpolitischen Ausschuß und in den folgenden Ausschüssen für Sozialpolitik und den öffentlichen Dienst einstimmig gefaßten Beschlüsse. Für mich wird deutlich, daß das Geld die Gerechtigkeit aussticht.

(Frau Abg. Rademacher: So ist es!)

Fazit: Der Einstieg in die Gerechtigkeit nach dem Motto „gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit“ ist mit Qualifikationsangeboten und Aufbaustudiengängen organisierbar und praktikierbar. Er schafft ein Stückchen Gerechtigkeit und, was wichtig ist, Motivation. Motivation aber bedeutet wiederum engagiertere Lehrer, und das – das ist auch ein wichtiges Argument – kommt den Kindern in diesen Schulen zugute.

Schlußbemerkung: Ich befürchte, daß die Finanzpolitiker und das Kultusministerium, nachdem auch dieser Antrag abgelehnt werden wird, die Unterrichts-

versorgung mit Tricks aufrechterhalten werden. Ich nenne nur die Kürzung des Wahlunterrichts in Form der Kürzung des Nebenunterrichts und den zusätzlichen Einsatz von Lehrern in der zweiten Ausbildungsphase. Ich erinnere daran, wie in enormem und steigendem Maße die pädagogischen Assistenten die Unterrichtsversorgung aufrechterhalten müssen, obwohl sie das eigentlich gar nicht dürfen. Im Teilbereich Sonderschule müssen jetzt auch nichtausgebildete Sonderschullehrer den Unterricht aufrechterhalten, aber bei nicht gleicher Bezahlung. Ich hoffe, daß wir die Chance wahrnehmen, hier ein bißchen mehr Klarheit und damit auch Gerechtigkeit zu schaffen. Deswegen bitte ich, unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Hiersemann:** Vielen Dank, Herr Kollege Irlinger. Nachdem weitere Wortmeldungen vorliegen, sind wir nicht mehr in der Lage, diesen Tagesordnungspunkt heute zu Ende zu beraten. Es ist gleich neunzehn Uhr. Ich unterbreche die Sitzung bis morgen früh um 9 Uhr.

(Schluß der Sitzung: 18.59 Uhr)



**Abstimmung über Anträge, die nicht einzeln beraten werden**

1. Antrag der Abgeordneten Knauer Walter, Starzmann u. a. SPD  
Flurbereinigung – Vorstandschaft (FlurbG § 21 Abs. 7)  
Drs. 12/7040, 12/8549 (E), 12/9264 (E)
2. Antrag der Abgeordneten Hierseemann, Dr. Seebauer u. a. SPD  
Steuerfreie Investitionsrücklage  
Drs. 12/7058, 12/8196 (E), 12/8598 (E), 12/9258 (E)
3. Antrag der Abgeordneten Engelhard Rudolf, Regensburger, Freiherr von Redwitz u. a. CSU  
Neuorganisation des Postwesens in Bayern  
Drs. 12/7349, 12/8200 (E), 12/8603 (E), 12/9262 (E)
4. Antrag der Abgeordneten Starzmann, Franz, Harter SPD  
Bekämpfung der Verbreitung der Salmonellose  
Drs. 12/7945, 12/8510 (E), 12/8979 (E), 12/9277 (E)
5. Antrag der Abgeordneten Narnhammer, Dr. Ritzer SPD  
Anerkennung kurdischer Vornamen  
Drs. 12/7963, 12/8981 (E), 12/9290 (E)
6. Antrag der Abgeordneten Regensburger, Kobler, Falk u. a. CSU  
Mehrfachbezug von Sozialhilfeleistungen durch Asylbewerber  
Drs. 12/8067, 12/8980 (E), 12/9289 (E)
7. Antrag der Abgeordneten Spatz, Dr. Zech, Großer und Fraktion FDP  
Haushaltsplan 1993/1994;  
hier: Berücksichtigung von Ausfallzeiten bei Polizeibeamtinnen  
(Epl. 03 A)  
Drs. 12/8343, 12/8499 (E), 12/8894 (E), 12/9292 (E)
8. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Doeblin, Dr. Zech, Spatz und Fraktion FDP  
Kommunaler Finanzausgleich für die den kreisfreien Städten übertragenen Aufgaben der Landkreise  
Drs. 12/8976, 12/9098 (A), 12/9356 (A)  
  
Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen  
Drs. 12/9098 – A –  
Berichterstatte(r): **Spatz**  
Mitberichterstatte(r): **Falk**
9. Antrag der Abgeordneten Max von Heckel, Lochner-Fischer u. a. SPD  
Bayerisches Schulfinanzierungsgesetz  
Drs. 12/9118, 12/9154 (A), 12/9457 (A)  
  
Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen  
Drs. 12/9154 – A –  
Berichterstatte(r): **Lochner-Fischer**  
Mitberichterstatte(r): **Dr. Bernhard**
10. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Lödermann, Dr. Magerl und Fraktion DIE GRÜNEN  
Keine Finanzierung der Alemagna-Autobahn in Südtirol durch die Batia AG, München  
Drs. 12/9174, 12/9344 (A), 12/9632 (A)  
  
Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr  
Drs. 12/9344 – A –  
Berichterstatte(r): **Dr. Magerl**  
Mitberichterstatte(r): **Dingreiter**